

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Besserstellung der Pflegeeltern

GRin. Mag. **Ennemoser** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag. **Ennemoser**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Eine Pflegeplatzunterbringung bietet Kindern, die von den leiblichen Eltern nicht ausreichend geschützt, versorgt und gefördert werden, eine Entwicklungsperspektive im familiären Umfeld. Mit der Unterbringung in einer Pflegefamilie übernehmen neue Erwachsenenpersonen die Verantwortung für das Wohl des Kindes. Die besondere Qualität der Pflegeplatz-erziehung besteht darin, dass Kinder in einem familiären, liebevollen, umsorgten Familienverband aufwachsen und ihre Fähigkeiten dort voll entfalten können.

In Graz werden derzeit lediglich 50 Pflegeplätze angeboten, insgesamt sind jedoch rund 300 Grazer Minderjährige steiermark- bzw. bundesweit auf Pflegeplätzen untergebracht. Als Vergleichszahl sei an dieser Stelle angemerkt, dass aktuell 1050 Grazer Minderjährige im Rahmen der Jugendwohlfahrt in Graz, in der Steiermark sowie auch in anderen Bundesländern in verschiedenen Einrichtungen in Obsorge sind.

Ziel muss es daher aus mehreren Gründen sein, auch ausreichend passende Pflegeplätze für alle bedürftigen Minderjährigen in Graz und Graz Umgebung zu sichern. Das wird allerdings nur gelingen, wenn sich die Rahmenbedingungen für Pflegeeltern deutlich verbessern.

Die Landesregierung fordert zu Recht, dass Pflegeeltern auf ihre Aufgaben gut vorbereitet sind, an Fortbildungsveranstaltungen, Pflegeelternabenden und (Einzel-) Supervisionen teilnehmen, um aktuellen und zukünftigen Problemen lösungsorientiert begegnen zu können.

Die Pflegeeltern fordern aus unserer Sicht ebenfalls zu Recht eine Verbesserung ihrer Situation.

Beispielsweise wird in der Steiermark derzeit ein Pflegeeltern-geld für unter 12-Jährige in der Höhe von € 392,- und für über 12-jährige in der Höhe von € 432,-

gewährt, das in etwa einer Unterhaltsleistung, nicht jedoch einem Entgelt entspricht. Seitens der Pflegeeltern wird daher die Forderung erhoben, für ihre Tätigkeiten auch ein entsprechendes Entgelt und damit auch eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung zu bekommen.

Vor allem aber auch der Rechtsanspruch auf eine Pension ist äußerst wichtig. Derzeit gibt es lediglich das sogenannte Ruhegeld, das vom Land Steiermark freiwillig ausbezahlt wird. Nach 15 Jahren Pflege von ein oder zwei Kindern erhält die Pflegemutter Euro 148,- Gnadepension (hinsichtlich der Höhe eine wohl sehr zutreffende Bezeichnung! – nach 20 Jahren Pflege von drei oder mehr Kindern 257 € Eltern, die für kürzere Zeit Pflegekinder betreuen, fallen bei diesem Modell überhaupt durch.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge sich mittels Petition an das Land Steiermark wenden, um die rechtliche Position von Pflegeeltern deutlich zu verbessern, wobei zumindest nachstehende Punkte zu berücksichtigen sind:

- 1) Weg von der freiwilligen Leistung und hin zu einer besseren rechtlichen Stellung und damit eine
- 2) sozialversicherungs- sowie pensionsrechtliche Absicherung der Pflegeeltern.

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Dringlichkeit wird seitens der SPÖ-Fraktion abgelehnt. Der Grund ist, wie Kollegin Ennemoser auch weiß und die vielen Antragsteller und -stellerinnen auf diesem Antrag ebenfalls wissen, dass seitens des Landtages bereits sehr viel unternommen wurde, um die Pflegeeltern besser sozialrechtlich abzusichern und auch betreffend die Dienstverträge. Es wurde auf Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Kurt Flecker bereits ein Unterausschuss im Landtag eingesetzt, der sich genau mit diesen Problematiken befasst, damit eine besseren Lösung zu Gunsten der Pflegeeltern

ausgearbeitet wird. Zusätzlich ist von meiner Seite zu sagen, dass der Punkt 2 des dringlichen Antrages sowieso falsch ist, weil er sich an die falschen Ansprechpartner richtet. Weil für eine sozialversicherungsrechtliche und pensionsrechtliche Absicherung ist der Bund zuständig in Form von einer ASVG-Änderung und nicht das Land. Die Dringlichkeit wird deswegen von unserer Fraktion abgelehnt, wobei dem Inhalt zugestimmt werden wird.

GRin. **Schloffer:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Antragstellerin. Dieses Thema findet auch die KPÖ dringend. Daher hat die KPÖ im Land Steiermark schon im Jahr 2006 diesbezüglich einen Antrag gestellt. Durch den Antrag ist der Landesrat Flecker erst tätig geworden, denn vorher hätte er eh nix gemacht. Aber, es wird eh in den Unterausschüssen erarbeitet, diskutiert und beraten. Aber unter der Devise, gut Ding braucht Weile. Natürlich ist es auch eine Geldfrage und jetzt diskutieren sie eh schon zweieinhalb Jahre über dieses Thema, aber es ist trotzdem dringend, vielleicht geht dann noch schneller etwas weiter. Aber natürlich ist es eine Geldfrage und man muss auch im Land Prioritäten setzen, wie und wo das knappe Geld am besten eingesetzt wird. Schließlich geht es ja nicht nur, und das ist dann eine Ruck-Zuck-Sache, um die Finanzierung einer Flugshow mit großer Nachhaltigkeit, wo man nicht zweieinhalb Jahre braucht, um zu beraten und zu beschließen, weil das geht alles ein wenig schneller. Bei den Pflegeeltern da muss man ganz besonders lang und gut und viel diskutieren und hin- und herwiegen. Wie wird es billiger, wie wird es besser, für wen wird es besser, für wen wird es billiger und wie viele Euros kann uns das kosten. Im Vergleich zu einer Flugshow, das möchte ich hier noch kurz anmerken.

Natürlich sehen wir die Dringlichkeit auch und unterstützen den Antrag und hoffen, dass es jetzt ein wenig rascher weitergeht und der Herr Flecker etwas rascher weitertut.

GR. **Mariacher:** Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin froh, dass dieses Thema aufgegriffen wurde, weil es immer noch ein aktuelles Thema ist und eben hier noch

keine entsprechenden Regelungen getroffen wurden, die wirklich befriedigend sind. Wir wollen ja gar keine sehr gute Regelung, das wäre vielleicht zu viel verlangt in der heutigen Zeit. Aber zumindest gute und befriedigende Ergebnisse wollen wir haben und die sind leider Gottes nach mehrjähriger Diskussion noch nicht erzielt worden und bei allem Respekt, wenn ich von der Kollegin Mag. Sprachmann höre, dass sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter um diese Sache kümmert und eine Arbeitsgruppe eingerichtet hat, dann muss ich sagen, das allein ist zu wenig. Es zählen wirklich die Fakten, die Taten, es zählen die gesetzlichen Regelungen, die hier wirklich entsprechende Besserungen schaffen und ich denke ja, dass es wirklich nachhaltig wichtig ist, dass wir hier auch von unserer Seite her seitens der Stadt Graz, die sicherlich im politischen System eine Stufe niedriger ist als der Landtag, das ist uns bewusst, dass wir hier entsprechend Druck machen, dass wir hier entsprechend aufmerksam machen, dass es hier wirklich auch zu einem Ergebnis kommen muss und man die ganze Geschichte nicht bis nach den Landtagswahlen wieder vertagt. Daher werden wir diesen Dringlichkeitsantrag unterstützen.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag. **Ennemoser**: Ein paar Sätze nur zur SPÖ. Ich habe hier einen Artikel von der Kleinen Zeitung vom 17. 2. wo die Situation der Pflegeeltern auch dargestellt wurde. Da hat Ihre Fraktionskollegin, die Vorsitzende des Landtagsunterausschusses, Martina Schröck, gesagt, dass das unnötige Vorstöße in diese Richtung sind. Man sei mitten in der Erarbeitung neuer gesetzlicher Grundlagen, die noch vor dem Sommer vorliegen sollen. Sommerbeginn haben wir schon, es rührt sich noch immer nichts und ich glaube, ein Anstupserl aus der Stadt ist grad recht.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Baumann** zum Antrag: Liebe Kollegin Ennemoser, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Gemeinderates, sehr verehrter Bürgermeister. Danke für diesen Antrag. Dieser Antrag ist längst fällig. Dringlich ist er heute, wird er hoffentlich im Herbst nicht mehr sein, weil es dann eine Regelung für die Pflegeeltern gibt. In Graz läuft gerade eine Kampagne für die Suche nach Pflegeeltern, weil das ist eine der wirtschaftlich günstigsten Unterbringungsmöglichkeiten für sozial benachteiligte Kinder oder Kleinstkinder. Wir unterstützen auch die Überlegungen des Jugendamtes diesbezüglich sehr. Vielleicht noch drei Sätze dazu. Die Honorierung für die Pflegeeltern allein ist zu wenig. Man muss noch mitberücksichtigen, dass es auch zu einer weiteren Steigerung der Pflegeelternschaft kommt, dass es ein differenziertes oder ein ausdifferenziertes Angebot im Bereich der Pflegeeltern gibt, dass es eine Weiterentwicklung der fachlichen Standards bedarf und dass es auch zu einer Erhöhung von Partizipation der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Eltern, aus deren Ursprungsfamilie die Kinder kommen, dass diese Partizipation erhöht wird. Wir von Seiten der Grünen unterstützen den Antrag, wir unterstützen den Teilaspekt der Pflegeeltern, die in diesem Antrag gefordert werden, und hoffen auch, dass die weiteren anderen qualitätssichernden Maßnahmen in der Pflegeelternschaft weiter verfolgt werden.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **2) Novellierung des Landes-Sicherheitsgesetzes bezüglich „Betteln“, Petition an die Steiermärkische Landesregierung**

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht im dringlichen Antrag um das Thema Betteln, bzw. genauer gesagt um die landesgesetzlichen Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang aus Sicht jener, die das auch kontrollieren sollen, nicht ausreichend formuliert sind und wodurch es immer wieder zu Schwierigkeiten

kommt. Es ist nicht ganz so eindeutig, wie manche meinen, es sei alles gesetzlich geregelt, sondern es gibt große Schwierigkeiten im Verständnis auch für die Polizei, was z.B. das aggressive Betteln betrifft, oder auch den Umgang, wenn Menschen schwer behindert auf der Straße sitzen, nachzuvollziehen, ob es organisiert oder nicht ist.

Ganz kurz zur Erinnerung, ein wenig historisch auch dazu: Wir haben eine Situation gehabt, vor rund 15 Jahren, wo wir ca. 40 Bettlerinnen und Bettler, damals vorwiegend aus der Slowakei auf unseren Straßen hatten und wo es den Versuch gegeben hat, durch entsprechende Unterbringung und letztlich durch ein Projekt, das über die Grazer Pfarren gelaufen ist, den Bettlerinnen und Bettlern eine andere Möglichkeit zu bieten, ihr Geld zu verdienen, als auf der Straße zu sitzen. Das heißt, das Ziel zu Beginn der Unterstützung der Roma aus der Slowakei war eindeutig dahin gerichtet, dass Betteln in unserer Zeit nicht als Beruf oder als Gelderwerb die für uns richtige Arbeit darstellt, sondern dass man versuchen soll, durch Beschäftigung den Menschen eine Arbeit zu geben, über die sie dann auch entsprechend Geld verdienen können.

Die Situation hat sich, trotz dieses Projektes in den Pfarren, das ja in einigen Pfarren noch immer läuft, deutlich verändert. Von den 40 Bettlern vor 15 Jahren sind es im Schnitt heute in Graz zwischen 220 und 250 BettlerInnen, die über das Stadtgebiet verteilt dem Gelderwerb durch Betteln nachgehen. Fast ausschließlich aus der Zielgruppe der Roma.

Wir haben als Stadt Graz, und das ist der Grund, warum wir in diesem Zusammenhang auch immer wieder dieses Thema aufgreifen, auch wenn versucht wird, es dann immer wieder in eine Richtung zu drehen. Es geht gegen das Betteln und es geht nicht gegen die Bettler, das muss ich hier eindeutig sagen.

Wir wollen nicht die Menschen an sich aus unseren Augen verbannen, sondern wir bemühen uns sehr das Thema der Roma und die Situation von 12 Millionen Roma, vor allem in den osteuropäischen Ländern, auf allen Ebenen immer wieder zur Sprache zu bringen. *(Appl ÖVP)*

Nicht zuletzt, dass es das einzige Thema beim Besuch der Benita Ferrero-Waldner bei uns im Rathaus war, das zur Sprache gekommen ist, mit der Bitte, das auf europäischer Ebene entsprechend zu forcieren. Es hat Briefe, mehrmals Briefe des Bürgermeisters gegeben an die Botschaft von Rumänien, Slowakei und Ungarn

bezüglich dieser Situation. Es hat die Versuche gegeben, mit Pécs in Kontakt zu treten, weil die das einzige Romagymnasium in Ungarn in ihrer Stadt beheimatet haben. Wir haben gute Kontakte zu Welthaus und unterstützen auch das Projekt bezüglich der Unterstützung der Frauen bzw. ein Rechtsanwaltsprojekt in der Slowakei, damit die Menschen, die dort tatsächlich an den Rand gedrängt werden und auch zum Teil ihnen soziale Hilfe vorenthalten wird, damit die zu ihrem Recht kommen, wie es in einem EU-Staat, was nämlich ja wirklich betont werden muss, in einem EU-Staat die Regel sein muss. Wir können nicht einfach hergehen und sagen, naja, es gibt verschiedenste Regelungen zum Thema Betteln in Österreich. Wir haben in Tirol ein Landesgesetz, das es verbietet, wir haben in Salzburg ein Landesgesetz, das es generell verbietet. Ich habe keine Versuche von irgend einer Fraktion bisher gehört, dass dieses Gesetz geändert werden soll. Wir haben in Wien ein Landessicherheitsgesetz. Letztlich muss es auch bei uns Regelungen geben, die das Betteln so weit auch einschränken, dass vor allem jene Gruppen, die schützenswert sind, geschützt werden und dass letztlich auch jene, die in Graz unterwegs sind, nämlich Passanten, Touristen etc. tatsächlich die freie Wahl haben, ob sie etwas geben wollen oder nicht und dass ihnen nicht nachgelaufen wird, dass im Gastgarten nicht ständig durchgebettelt wird und dass man nicht vor der Situation steht, dass Menschen die schwer behindert sind, durch eine milde Gabe schnell vorbeigehen kann, aber letztlich man mit dieser Situation überfordert übrig bleibt. Indem man sagt, wie gibt es überhaupt so eine Behinderung und warum passiert nichts anderes als dass alle vorbeigehen und ab und zu wirft jemand etwas hinein.

In Graz fördern wir wirklich mit sehr viel Geld, und das weiß die Sozialstadträtin am besten, Einrichtungen, die dazu da sind, dass in Graz niemand auf der Straße leben muss, niemand betteln muss, dass jeder medizinische Betreuung bekommt, dass jeder ein Essen bekommt. Das fängt an bei den diversen Obdachloseneinrichtungen, die unsere Stadt hat, das geht weiter über die Einrichtungen der Caritas wie das Marienstüberl, die Marienambulanz, die ja von der Sozialküche beliefert werden, die zum Glück Ärzte haben, die auch jeden gratis behandeln. Es gibt Bekleidung gratis, d.h. egal, wer sich in Graz aufhält, In- und Ausländer haben die Möglichkeit, in Graz zu leben, ohne dass sie betteln müssen. Deshalb ist für uns klar, das Betteln in dieser Form ein Erwerb ist, der anstatt der Arbeit angesehen wird, bzw. der für die, die betteln, als Arbeit angesehen wird und das Betteln wieder zu einer Arbeit wird

oder als Arbeit angesehen wird in einem EU-Europa, dagegen wenden wir uns wirklich vehement. (*Applaus ÖVP*)

Wir haben uns darauf verstanden und wir haben auch die Argumente verstanden, dass ein generelles Bettelverbot durchaus eine Sache ist, die aus menschenrechtlicher Sicht, aber jedenfalls aus christlich-sozialer Sicht, schwierig ist. Das heißt aber nicht, dass es nicht den einen oder anderen Bereich gibt, der einfach klarer geregelt werden muss. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag und deshalb haben wir ein paar Dinge relativ deutlich gesagt.

Wenn ein Landesgesetz nicht deutlich genug formuliert, was aggressives Betteln ist, und das tut es zur Zeit nicht, dann gehört es klar formuliert. Wenn das Thema der Menschen mit Behinderung ausschließlich aus der Sicht des Armen, wo man jetzt nichts sagen darf, weil der ist ja eh schon behindert und deshalb muss man ihn betteln lassen und nicht aus der Sicht, die den Menschen in den Vordergrund rückt, und sagt, das kann nicht sein. Schauen wir hin, warum ist er behindert, wie ist er behindert, wodurch wurde er behindert, was wir selbstverständlich machen würden, wenn es sich um Menschen aus Österreich handelt und wenn es EU-Bürger sind, dann würde es ganz gut anstehen, dass jene, die im Bereich auch der Sozialpolitik tätig sind, sich dieser Menschen auch annehmen. Dass man einfach vorbeigeht und fordert, die müssen betteln dürfen, ist aus unserer Sicht deutlich zu wenig. Man darf, und es ist offensichtlich international etwas anders, wenn man sich den Film *Slumdog Millionär* ansieht, dann bekommt man zum Thema Betteln, in Indien ist es ja sogar als Beruf anerkannt seit 1981, bekommt man zu dem Thema bewusster Verstümmelung und Verkrüppelung einfach einen anderen Zugang.

Dass es das gibt und dass es das wahrscheinlich auch in vielen anderen Ländern gibt, nicht nur in Indien, ist evident, ist auch auf Homepages und in diversen Berichten nachzulesen. Deshalb muss man genau dort ein besonderes Augenmerk hinlegen.

Ich weiß, dass das von der Formulierung her sehr schwierig ist, aber es ist ein Anliegen das, so glaube ich, durchaus gerechtfertigt ist, auch angesprochen zu werden. Denn wenn Menschen die Bänder in den Füßen gerissen werden bzw. die gerissenen Bänder nicht ersetzt werden, damit die Füße in alle Richtungen stehen können, dann kann mir keiner erzählen, dass das freiwillig ist und der oder die Betroffene das eh so gern tut. Zumindest habe ich sie gefragt und davon dass sie

das so super findet und nicht doch Hilfe haben möchte, habe ich nichts gehört. Wir werden sehen, dass wir in diesem Bereich auch etwas zustande bringen.

Letztlich geht es darum, dass wir selbst entscheiden müssen, und das gehört auch einmal gesagt, wenn ich das Ganze als Geschäft sehe, das heißt, Menschen damit Geld verdienen, vielleicht auch Geld verdienen, das sie selbst vielleicht gar nicht selbst behalten können, dann liegt es in der Entscheidung jedes Einzelnen, ob er etwas gibt. Dann kann man auch deutlich machen, dass es sinnvoll sind die vielen Projekte, und der Franz Küberl und der Heinz Schnuderl haben heute eine Pressekonferenz gegeben auch zu diesem Thema, wo sich natürlich jeder gerne heraussucht, was er gerne lesen möchte, das tue natürlich ich auch, wo der Franz Küberl sehr deutlich macht, dass die Projekte, wo man sie angeht, sehr wohl Wirkung zeigen. Das erfordert noch mehr Nachdruck in diesen Regionen, wo Menschen wirklich diskriminiert sind. Er bittet hier um mehr Unterstützung, auch vernetzte Unterstützung, für Projekte, weil das Thema Bildung ist das Hauptthema. Sie haben mit ihren Caritas-Projekten oder auch Welthausprojekten große Erfolge. Also kann man durchaus auch aufrufen dazu, dass Menschen, die wirklich helfen wollen, ihr Geld in diese Richtung hinleiten und es nicht einfach, vielleicht gar nicht so gut nachgedacht, dann letztlich dem Bettler spenden, wo sie eine Situation prolongieren, die wir in der Form tatsächlich in Europa nicht haben wollen und wo wir in Graz sehr viel Geld in die Hand nehmen, dass es für Grazer eigentlich nicht notwendig ist. *(Applaus ÖVP)*

Im Namen der Grazer Volkspartei stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Die Steiermärkische Landesregierung, allen voran der Landeshauptmann, werden im Petitionswege ersucht, das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz bezüglich des Bettelns (§ 3a) abzuändern und zu präzisieren. Damit

- 1) soll das organisierte Betteln analog dem Wiener Landesgesetz unter Strafe gestellt werden;

- 2) soll der Begriff „aggressives Betteln“ entsprechend präzisiert werden, so dass jedenfalls das Nachgehen und Zugehen auf eine Person zum Zweck des Bettelns untersagt wird;
- 3) soll der Schutz des Ausnützens schutzbedürftiger Gruppen, das sind neben den Minderjährigen auch kranke und behinderte Menschen, durch eine entsprechende Regelung sichergestellt werden.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass beide in der Sache betreffenden Dringlichen, gemeinsam abgehandelt werden, aber offensichtlich ist dies nicht möglich. Also wende ich mich einmal dem von der ÖVP zu. Ich sage das auch zu Anfang, weil ich glaube in der Menschenrechtsstadt Graz und als Mitglied des Menschenrechtsbeirates sage ich das auch, ich habe mir heute extra diese Farbe gewählt. Nicht aus Solidarität mit der Grünen Fraktion, sondern als moralische Unterstützung, als Solidarität, als im Gedanken an jene, die in ganz anderer Weise von Leben und Leib bedroht sind, auf den Straßen sterben, gegen Diktatur und religiöse Vorzeichen kämpfen, der Gewalt ausgeliefert sind. Ich glaube, jenen in den Straßen von Teheran und in den Städten Irans, denen unsere Unterstützung, unsere Solidarität, denen sollten wir unsere Gedanken angedeihen lassen aus unserer Stadt, die sich erste europäische Menschenrechtsstadt Europas nennt. Wer gegen das Unrecht im Iran kämpft, wer gegen die Diktatur und die religiösen Vorzeichen im Iran kämpft, wer für Demokratie kämpft, für die Stimme, für ein Gesicht dieser Stimme, der muss auch, wenn er dort kämpft, auch hier kämpfen, für Freiheit, für Menschenrechte und für Menschenwürde (*allgemeiner Applaus*). Herr Bürgermeister, wenn ich gutgläubig wäre, würde ich deiner Linie folgen wollen, wenn Du sagst, es stehen Landtagswahlen bevor und Nachtigall ich hör dir trapsen. Die Aktion ist abgestimmt zwischen steirischer ÖVP und Grazer ÖVP, sonst hätte der Kollege Klubobmann Drexler nicht den identen Antrag eingebracht im Land für die kommende Ausschusssitzung am kommenden Dienstag zwecks Verhandlungen mit den Fraktionen im Landtag. Wenn ich dir Glauben schenken würde, dass es dir um die Sache ginge, Extremismus oder Radikalismus den Boden abzugraben, dann wäre ich wahrscheinlich eher naiv, weil ich glaube es einfach nicht. Wer sich einlässt,

Emotionen zu entfachen, wer sich einlässt, Feuer zu schüren, wer sich einlässt, das Image der Stadt Graz europaweit so in die Medien und in die Schlagzeilen zu bringen, der gerät in einen moralischen Sumpf, der gerät in eine schiefe Lage. Da helfen auch christlich soziale schöne Worte nicht, die Kollege Silberzunge Walter Rajakovics hier kundgetan hat. Wir beschäftigen uns mit der Problematik seit 15 Jahren, sie hat auch zur Vermehrung der Stimmen bestimmter Fraktionen geführt, sie hat uns immer beschäftigt vor, während, nach Wahlen welcher Art auch immer, aber insbesondere bei Kommunalwahlen. Ich denke, die Vorgehensweise die du gewählt hast, hat Dir ja nicht nur Kritik eingebracht von jenen, wo du in einem Interview erklärt hast in der Hamburger Zeit, während du ein Junge warst, wärst du gerne ein Pfarrer geworden, und zwar in dem Artikel „Singapur liegt an der Mur“, wo eine international renommierte großflächige und nicht eine linke, eine großflächige liberale Zeitung über „Harte Gesetze und kleinliche Verordnungen verwandeln Graz in eine Sicherheitszone, dennoch geht die Angst um“ formuliert wurde. Warum ich das sage, die christlich-soziale Not deinerseits in dem Interview. Rajakovics hat ja angeführt, dass heute Caritasdirektor Franz Küberl und Bischofsvikar Heinrich Schnuderl eine Pressekonferenz abgehalten haben und strikte deine Vorgangsweise und die Vorgangsweise der christlich-sozialen ÖVP abgelehnt haben. Die derzeitige Gesetzeslage reiche völlig aus, um gegen organisierte Bettelei und Ausbeutung vorzugehen, heißt es in ihrer Stellungnahme heute. Das sind nicht irgendwelche Unbekannte der katholischen Kirche. Ich will gar nicht mehr eingehen auf die harten Worte des Pfarrers von St. Vinzenz, Eggenberg, Wolfgang Pucher. Ich bin ja selber seit 15 Jahren im Nachtdienst im Vinziness. Der meint, die in deinem Interview angeführten Worte: „Gebt den Bettlern keinen Cent“, dies sei für ihn ein ganz schlimmes Armutszeugnis und schicke eine Botschaft von Graz in die Welt, die nie ausgesprochen hätte werden dürfen. Man versuche, Bettler aus Graz zu vertreiben. Wenn jemand behauptet, damit den Bettlern helfen zu wollen, ihnen Gutes zu tun, dann sei das in der Sprache des Pfarrers Wolfgang Pucher erstunken und erlogen. Ich glaube, das sind harte und herbe Worte, die dir als praktizierendem Katholiken durchaus zu Herzen gehen mögen. Aber ich sage ja, wir schließen ja nicht die Augen als SozialdemokratInnen. Die Situation ist ja in der Tat unzumutbar, dass in der reichen EU behinderte Menschen gezwungen sind bzw. möglicherweise sogar gezwungen werden, bei Wind und Wetter auf der Straße zu kauern und zu betteln. Das ist eigentlich untragbar. Ich sage das immer wieder und das ist der Hintersinn,

das wird seit der Ära Stingl bis heute und das durchaus getragen von der Mehrzahl der GemeinderätInnen in diesem Haus und der meisten Fraktionen, auch diese Projekte hier in Graz und vor Ort immer wieder unterstützt haben und begleiten und zwar tatkräftig, finanziell, und auch getragen vom politischen Willen dieser Stadt.

Klar ist aber auch, es geht uns nicht nur darum, und in deinem Interview kam das ja eher zum Ausdruck, zum Unterschied von Wolfgang Rajakovics, der gemeint hat, es sei nicht gegen die einzelnen Bettler gerichtet. In dem Interview ...

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Ich heiße Thomas.***

GR. **Herper:** Ach Thomas, in dem Interview sagst du: Jeder, der glaubt, dass die Bettelei nicht organisiert ist, der irrt. Das Betteln durch Behinderte gehört verboten. Diese Menschen werden von Geschäftsmachern missbraucht und müssen geschützt werden, das gilt auch für Jugendliche bzw. Kinder. In einem weiteren Beitrag in der Kronen Zeitung, du bist ja sozusagen als Trittbrettfahrer sofort aufgesprungen auf die Kampagne, lässt du es zu, dass geschrieben wird, du, der Bürgermeister der Stadt Graz, lässt es zu, dass geschrieben steht: „Nagl möchte ein Bettelverbot für Behinderte“. Das meine ich, ist die Tendenz zum Unterschied von dem Dringlichen, der hier vorgetragen wurde, dass hier nicht die Armut, die die Menschen auf die Straße treibt bekämpft wird, sondern die Armen bekämpft werden. Für uns steht im Mittelpunkt immer, ob die nun behindert oder bettelnde Menschen oder nicht, oder doch oder auch, sind, die Menschen im Vordergrund, ihnen Hilfe zu geben. Da ist sicher, durchaus richtig, die EU fordert, die ihren Mitgliedsländern soziale Standards einfach abverlangen muss. Die Behauptung, die allgemein in den Zeitungen tendenziell vorhanden ist, in deinem Interview, in Reaktionen, in Stellungnahmen, es gäbe so etwas wie eine organisierte Bettelei; gäbe es so etwas, mir ist der Nachweis noch nicht erbracht worden, dann muss das natürlich auf das Schärfste bekämpft werden. Noch dazu, wenn schwerstbehinderte Menschen in Abhängigkeit gehalten werden, das ist meiner Meinung nach unmenschlich und verabscheuungswürdig, da gehört ein Riegel vorgeschoben. Aber es gibt Selbiges

nicht. Wer sagt das? Die Polizeivertreter, Stadtkommandant Kemeter, die Vertreter der Polizei beim runden Tisch, der von Sozialstadträtin Elke Edlinger einberufen wurde und schon zweimal getagt hat, der Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates Univ.-Prof. Wolfgang Benedek, jeder, der sich geäußert hat, hat gefunden, es gibt und gab keine Nachweislichkeit für organisiertes Betteln und es gäbe auch keine Nachweislichkeit, dass Selbiges stattfindet. Ich habe mir die Pressesprecherin der Wiener Polizeidirektion mir wieder angehört und mit ihr in Kontakt getreten, die da sagt, gibt es die Frau Karin Strycek, gibt es so etwas wie Organisationsstrukturen, die bereits aufgedeckt worden sind im Raume Wien, sie antwortet drauf, wenn es so etwas gäbe, dann gibt es so etwas wie Familienverbindungen, Familienclans zum Beispiel, Hinweise auf angeblich große organisierte Strukturen stellten sich bislang als unüberprüfbar heraus oder waren falsch. Im Wiener Raum hat es im letzten Raum einen Anstieg oder Anzeigen oder Aufgriffe von Bettlern, sind die verzeichnet worden? Antwort: Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es keine wesentlichen Veränderungen. Und Wolfgang Benedek hält auch fest in einem Interview in der Kleinen Zeitung, natürlich wir alle sind immer betroffen, wenn wir tagtäglich, wöchentlich Menschen erleben, die als Behinderte oder Nichtbehinderte betteln müssen, das ist für uns alle eine Herausforderung, so wie es für mich seit 16 Jahren eine Herausforderung ist, im Vinzi-Nest Nachtdienst machen zu müssen. Das ist eigentlich eine sehr schwer überwindbare, aber für mich eine an mir selber arbeitende Frage, ob wir das aushalten, ob wir uns dieser Fragen stellen, ob wir hier vor Ort helfen, wie wir helfen, wie wir in der Slowakei helfen, wie wir Druck auf die EU machen damit die EU-Mitgliedesländer sich an die Gesetze und ihre Reglements und die EU-Regeln halten. Aber weder, wie gesagt, kann dir die Polizei solche Vorwürfe, Behauptungen, Hinweise erhärten, noch der Menschenrechtsbeirat in seinen Dokumenten und Recherchen. Deswegen halte ich dies für eine bewusste, ich habe in den letzten Tagen einen Beitrag gelesen über den Wahlsieg der Rechten in den Niederlanden, wie Feindbilder forciert werden, wie Feindbilder verstärkt werden und wie hier beiden Seiten Fehler gemacht haben. Und ich meine, diese Aktion, Herr Bürgermeister, lieber Sigi, ist eine Aktion, die natürlich auf die Landtagswahlen hinzielt, aber sie zielt in der erster Linie gegen die Menschen und sie geht ab vom Weg, den wir die letzten Jahre gemeinsam gegangen sind und sie fängt mit Behauptungen und Darstellungen an, die nicht nachvollziehbar und nicht vertretbar sind. Der dringliche Antrag, den du vortragen lässt, vermischt nämlich alles

Mögliche, er verlangt eigentlich mehr Polizei und zugleich tut die Innenministerin Polizisten abziehen für die Soko Ost.

***Zwischenruf GR. Grosz: Tut sie.***

GR. **Herper:** Tut sie, habe ich gesagt. Du verlangst, das organisierte Betteln analog dem Wiener Landesgesetz unter Strafe zu stellen. Ich habe mir das Wiener Landesgesetz, also ich frage mich, man kann noch über Details reden, aber der § 3a 1 und 2 des Steirischen Landessicherheitsgesetzes betreffend Bettelei spricht alles das an, was wir ansprechen wollen, was uns schmerzt, was uns weh tut, was uns betrifft, nämlich die aufdringliche Weise, das Anfassen, das unaufgeforderte Begleiten, das Beschimpfen um Geld wird mit Verwaltungsübertretung geahndet und der Punkt 2, die unmündigen minderjährigen Personen, wie wir wissen, also Kinder und Jugendliche, sind davon auch mit Verwaltungsübertretung zu bestrafen, die das veranlassen oder sie anhalten, dies zu tun. Das organisierte Betteln analog dem Wiener Landesgesetz ist die Schwierigkeit, dem nachzufolgen, denn ich habe mir das Wiener Landesgesetz angesehen, das ist ein Gummiparagraph. Organisiert ist nämlich gar nicht definiert. Die Wiener Polizei definiert, die Wiener Polizei, ich habe nämlich mit der Pressereferentin gesprochen der Polizeidirektion, die Wiener Polizei definiert organisiert so: das bewusste Verabreden von mindestens drei Personen zur Ausübung des Bettelns und die Punkte 2 und 3, die Begriffe aggressives Betteln entsprechend zu präzisieren, ich weiß nicht, wie man noch weiter über den Punkt des Landessicherheitsgesetzes noch hinaus gehen könnte. Der Punkt 3, das Ausnützen schutzbedürftiger Gruppen, die man dann über den Punkt 3a (2) hinausgehen könnte, sollten Juristen befasst werden. Politisch sehe ich dies als eine Aktion, die gegen Menschen gerichtet ist, weil wir reden jetzt über behinderte Bettler, wir reden dann über bettelnde Menschen, wir reden über Asylanten dann, wir reden dann über AusländerInnen, wir reden über Menschen mit anderen Religionen und anderer Hautfarbe, wir reden über Menschen mit anderer sexueller Neigung, wir kommen ja von einem ins andere. Dazu gehört sozusagen eine Tendenz und eine

strikte Vorgehensweise, dass wir einfach nicht auf die schiefe Ebene kommen wollen. Wenn ich die Hamburger Zeit noch einmal zitieren darf, das hat mich sehr betroffen gemacht, weil das ist eine große liberale Zeitung. Da steht nämlich: „Doch immer wieder gerieten die Lebensentwürfe der Alteingesessenen, bezogen ist das auf die Landeshauptstadt Graz, mit jenen der Studierenden, die aus den Bundesländern zuzogen, in Konflikt und trotz des optischen Modernisierungsschubs, der die erfolgreiche Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2003 brachte. Rückwärts gewandte Lieblichkeit gegen den Mut zu wahren Brüchen lauten noch immer die verhärteten Positionen. Eine Auseinandersetzung, die Bürgermeister Nagl zugunsten der Bewahrer entschied. Aber er hat sich vom Bewahrer zum offensiven Treiber bewegt und das ist der feine Unterschied, den er mit dem Interview in der Kronen Zeitung eingegangen ist und das ist auch die Grenzmarke zu uns. Wir sind dazu bereit, über alles reden zu können, wenn es hilfreich ist für die Menschen, die in Abhängigkeit und benutzt werden und ausgenutzt werden. Wenn das wirklich organisiert sein soll, wenn es nachweislich ist, da findet er uns, aber er findet uns nicht bei allgemeinen Behauptungen, es gäbe organisierte Bettelerei und es sei sozusagen raus mit den Bettlern, wie im Wahlkampf, und raus mit behinderten bettelenden Menschen. Und ich muss eines sagen, das was mich am meisten betroffen gemacht hat, wir alle wissen, dass es dem Pfarrer Pucher sehr schlecht gegangen ist in den letzten Wochen. Und ich bin mit ihm seit 15 Jahren engstens verbunden, weil sonst würde ich den Dienst nicht machen und auch mit den Leuten von der Pfarre St. Vinzenz. Aber dass du einfach derartige Äußerungen über Pfarrer Pucher und sein Engagement für die Roma aus der Slowakei und insgesamt geäußert hast, hat mich eigentlich menschlich zutiefst enttäuscht. Denn ohne sein Engagement und vor allem der Dutzenden, der Hunderten, nicht nur in der Pfarre St. Vinzenz, sondern überall in Graz in den Pfarren, wäre es auch in den letzten Jahren viel schwieriger gewesen, das wissen wir alle, viel schwieriger gewesen, das weiß auch die Frau vom Peter ganz genau. Deshalb möchte ich mich auch eigentlich für die Attacken auf den Pfarrer Pucher entschuldigen, weil ich glaube, es nicht notwendig gewesen ist, in der Art und Weise in einem Interview dies darzustellen. Wir werden dem Dringlichen aus Gründen der Menschlichkeit, aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit und aus politischen Erwägungen nicht die Zustimmung geben. Ich habe mit der Landtagsfraktion gesprochen für die Verhandlungen am Dienstag im Ausschuss, so lange nichts nachweislich ist an Organisiertheit, solange es nur gegen

einzelne Bettler als Personen geht und nicht nachweisliche Kriminalität und Banden dahinterstehen, findet ihr uns nicht und Drohungen mit einem Volksbegehren sind schlicht sozusagen eine politische Aktion im Vorfeld der Landtagswahlen und es ist genau zu berechnen, was davon zu halten ist. Wir wollen Gespräche, wir wollen Hilfe hier weiter stärken, um die Menschen zu integrieren und den Menschen Möglichkeit zu bieten, mit den Pfarren, mit den Hilfsorganisationen, mit den NGOs, wir sind auch bereit darüber zu reden, wie auch vor Ort weiter Hilfe gemacht werden kann und geholfen werden kann und wie der Druck auf die EU-Gremien gestärkt werden kann und verstärkt werden kann. Ich habe auch mit dem neuem Delegationsleiter im EU-Parlament der sozialdemokratischen Fraktion Österreich, Jörg Leichtfried, gesprochen. Entsprechende Initiativen auch im neu konstituierten Europaparlament, wenn möglich auch mit der grünen Fraktion in Erwägung zu ziehen. Das alles findet ihr uns auf der Ebene der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit und der nachvollziehbaren Gesetze, aber für politische Aktionen, die nur gegen die Menschen gerichtet sind, findet ihr uns nicht. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat in den letzten Monaten eine Form des organisierten Bettelns gegeben, die viele in Österreich als höchst widerlich betrachten, die wir auch schärfstens ablehnen. Es war das organisierte Betteln der Banken um Steuermilliarden. Da ging es um Unsummen (*Applaus KPÖ*), vergelt's Gott würde der Pfarrer Pucher sagen, da geht es um Unsummen, die bereitgestellt werden sollen, ohne dass der Steuerzahler sagen kann, was mit seinem Geld passiert.

*Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das stimmt ja nicht.*

Mag. **Fabisch**: Wenn ich durch die Herrengasse gehe, kann ich entscheiden, ob ich die 50 Cent oder die ein, zwei Euro hineinwerfe oder nicht.

**Zwischenruf GR. Mag. Korschelt:** *Gehen Sie doch zur Bank, da können Sie auch entscheiden.*

Mag. **Fabisch:** Zum Antrag, Karl-Heinz Herper hat schon viel vorweggenommen. Ich habe an dieser Stelle vor mindestens drei Jahren darüber auch gesprochen. Es ist offensichtlich, dass die nun kapitalistisch gewordenen Staaten nach der Wende im Osten völlig versagen. Pfarrer Pucher, mit dem ich mich ausgiebig unterhalten habe, hat bestätigt, dass diese Menschen früher alle Arbeit hatten und ein Dach über den Kopf, das ist wesentlich. Nicht nur die Staaten des Ostens versagen nun, sondern auch die EU, sonst müssten wir uns hier nicht Gedanken machen, wie wir zur Hilfe vor Ort schreiten können. Die, die am schärfsten für die EU-Osterweiterung waren, haben jetzt diese Aufgabe, dieses Problem endlich zu lösen. Betteln ist nun mal ein Menschenrecht, das hat Prof. Brünner von der Universität beim EUGH am Falle eines Einzelbeispiels ausjudizieren lassen. Wir müssen in Österreich aufpassen, dass bei der sich verschärfenden sozialen Situation nicht viele Einheimisch sich auf den Straßen sitzend finden müssen. Was heißt organisiert? Natürlich muss man sich ausreden, dass man mit einem Auto aus der Slowakei oder wo auch immer, gemeinsam herfährt, das muss man sich ausreden. Vielleicht hat einer ein Auto, die meisten werden natürlich keines haben. Natürlich wird man sich dann den Spritt teilen, natürlich wird man sich dann ausmachen, welche Plätze man sich dann untereinander aufteilt. Wesentlich ist wohl, dass hier niemand gegen seinen Willen diese Tätigkeit verrichtet. Kinderbettelei ist natürlich genauso verboten, wie aggressives Betteln, das wissen wir. Wir meinen auch, dass die Gesetze dazu völlig ausreichen, wir werden aber den SP-Antrag unterstützen, da uns der als vernünftig und objektiver Zugang zu dieser Angelegenheit scheint. In Wirklichkeit geht es um ein paar Dutzend Leute, denn die sind ja nicht ewig da, die sind da und fahren dann wieder in ihre Heimat zurück. Aktuell sind es immer ein paar Dutzend Leute, die nicht stehlen, rauben oder andere Leute überfallen im Gegensatz zu den echten organisierten Banden, da braucht es scharfe Antworten, da sind wir uns alle einig. Dass du, lieber Thomas, bewusste Verstümmelungen jetzt hier hereinbringst, also bei dieser Thematik muss ich ehrlich sagen, das halte ich jetzt innerhalb der Länder, um die es jetzt geht, für Schauermärchen. Außerdem wundert mich auch, lieber

Thomas, ich weiß ja von deiner Caritas-Nähe, dass du den Direktor Küberl und den Bischofsvikar Schnuderl zitierst, die beiden Herren lehnen eine Verschärfung des Gesetzes schärfsten ab, das wissen wir. Wir halten diesen Antrag für absolut nicht notwendig. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich glaube, ich bin sicherlich nicht hier in dieses Haus gewählt worden und stehe auch heute nicht hier am Pult, um eine von Bürgermeister Nagl angekündigte Initiative in diesem Gemeinderat verteidigen zu wollen. Ganz im Gegenteil, habe ich mir sehr schwer getan, die Initiative auch der ÖVP zu unterstützen, da ich einerseits durchaus anerkenne, dass die ÖVP nach vier Jahren das Problem jetzt erkannt hat und in die richtige Richtung geht, aber ich geneigt war dazu zu glauben, dass es eine PR-Aktion des Bürgermeisters ist. Die Wortmeldung von Klubobmann Herper hat meine Meinung nunmehr gänzlich geändert. Das, was du, lieber Klubobmann, hier soeben abgeliefert hast, ist diesem Gemeinderat in keinsten Weise würdig. Diese Diskussion um die Formen der organisierten Kriminalität, die nachweisbar ist, und ich komme darauf mit Menschenrechtsverletzungen im Iran in Verbindung zu bringen, wo Menschen auf der Straße sterben auf Grund eines politischen Regimes, das unter Einflussnahme der Religion Menschenleben auslöscht, mit einer demokratischen Stadt, die auf Grund von demokratischen Wahlen einen Bürgermeister und Gemeinderat sich in einem Gemeinderat zusammengesetzt hat, lieber Klubobmann Herper, das ist schändlich, schlichtweg schändlich und das überschreitet auch die Grenzen der politischen Auseinandersetzung. Die Betroffenheit über Menschenrechtsverletzungen, egal, wo sie passieren, soll uns einen. Die Verbindung aber dieser Menschenrechtsverletzungen mit einer Diskussion über organisierte Kriminalität in Graz ist eine Beleidigung jener Opfer, die im Iran unter Diktatur zu leiden haben. Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Klubobmann Herper heute hier die organisierte Bettlerkriminalität in Frage stellt, dann gibt es nur zwei Varianten, entweder die um ihren gesamten Namen kastrierten Sozialen, einst die sozialistische Partei Österreichs, dann die sozialdemokratische Partei, nunmehr Soziale, in einem halben Jahr Sozis und dann überhaupt nur mehr die, volkstümlich gesagt, die, um es in sozialdemokratischer Manier zu sagen, die einen Bundeskanzler in dieser

Republik stellen, dessen eigene Innenministerin am 21. Juni 2007, da Innenminister Platter und dessen eigene Innenministerin Maria Fekter am 20. März 2009 eine der sozialdemokratischen Fraktion vorliegende Erklärung abgibt, Ihnen, euch vorliegende Erklärung abgibt, wo sie im Rahmen einer Anfrage betreffend die organisierte Bettlerkriminalität in Österreich antwortet zur Frage drei: Die organisierte Bettelei erstreckt sich überwiegend auf die Großstädte Österreichs, Hauptstädte, Ballungszentren, insbesondere auf Wien und Graz. Unterschrift für die Bundesregierung, die Innenministerin. Schwerpunktaktionen, die Bürgermeister Häupl, der dir bekannte gewichtige Bürgermeister von Wien bei Innenministerin Fekter und Innenminister Platter angeordnet hat, die dazu geführt haben, dass in den Jahren 2007 und 2008 in Wien 515 Personenüberprüfungen durchgeführt worden sind, davon 62 Anzeigen, 12 Festnahmen und 39 Strafverfügungen ausgesprochen sind wegen organisierter Bettelei in Zusammenhang mit Menschenhandel. Und jetzt frage ich mich schön langsam, welche Lobby du hier mit deinen Sozialen hier heraußen vertrittst? Jene, die Menschenhandeln dulden und davon profitieren, und diese provokante Frage sei mir angesichts deines provokanten Vortrages hier durchaus erlaubt oder jene, die in dieser Stadt organisierte Kriminalität und die Ausbeutung von Menschen verhindern wollen und gegen Menschenhandel vorgehen. Zwei Dokumente des Innenministeriums, zwei offizielle Dokumente, die das Logo der Republik Österreich tragen, dessen Regierung Bundeskanzler Werner Faymann vorsitzt, dein Genosse Faymann, der in seiner Regierung bestätigt, dass es in Österreich organisierte Bettelei gibt. Und daher gibt es nur zwei Möglichkeiten, entweder du hast es nicht gewusst oder diese Tatsachen passen nicht in dein parteipolitisches Konzept. Wenn du es nicht gewusst hast, verzeihe ich es dir, wenn es hier aber nur um ein parteipolitisches Konzept geht, dann ist das das zweite Mal schändlich, denn Menschen mit ihrem nackten Hintern, volkstümlich gesagt, ohne diese Menschen beleidigen, dazu zu zwingen, hier auf den Straßen der Stadt zu sitzen mit teilweise schwersten Behinderungen, nur damit einige wenige Hintermänner ihr goldenes Geschäft machen, das ist widerwärtig und das ist menschenverachtend. Und wenn du hier herausgehst und sagst, also die organisierte Bettelei hat es denn noch nie gegeben, das ist doch eine Erfindung des BZÖ und der rechten Parteien und des Bürgermeisters Nagl, der einen Landtagswahlkampf vorbereitet, dann darf ich dir Bert Brecht und die Dreigroschenoper empfehlen. Der bereits im Jahr 1928 in seiner Figur des Jonathan

Peachum und des dortigen Mecki Messer die organisierte Bettelei in London zu einem literarischen Werk verfasst hat. Dieser Bert Brecht, der im Widerstand gekämpft hat, der sehr wohl diese Methode, Leid auszunutzen, literarisch niedergeschrieben hat in seinem Werk Dreigroschenoper. Ich würde dir empfehlen, lieber Klubobmann Herper, aber auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren, setzen Sie sich dafür ein, dass der steirische Herbst die Dreigroschenoper in der Herrengasse inszeniert, vollkommen subventionsfrei, als Hauptdarsteller können wir Pfarrer Pucher als Peachum einstellen und als Mecki Messer den Herrn Herper oder vielleicht bietet sich irgendein kostengünstiger Darsteller aus der grünen Fraktion an, dann brauchen wir den steirischen Herbst nicht mehr subventionieren, Sie haben eine Gratisinszenierung und die Statisten sitzen ja täglich unter menschenunwürdigen Umständen in der Grazer Herrengasse. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Klubobmann Herper, und wenn du mir hier mit dem Herrn Schnuderl und dem Herrn Küberl kommst, dann erinnere ich diesen Gemeinderat, dass es doch wohl nicht Sinn und Interesse der Demokratie ist, dass die Religion in diesem Land Politik macht, ansonsten wäre es doch der Umkehrschluss, dass ich als Politiker in Zukunft Religionspolitik mache. Wenn ich Religionspolitik mache, dann wirst du der Erste sein, der einen Aufschrei liefert und hier mit finsterner und tränenerstickter Stimme das als menschenverachtend geißelt, also bleiben wir durchaus beim säkularisierten System, gebt Gott, was Gott ist und gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, machen wir in dieser Stadt die Politik, sichern wir diese Stadt ab, schauen wir, dass wir organisierte Kriminalität und menschenverachtende Umstände unterbinden und soll die Kirche das ihre tun, was ihr Auftrag seit 2000 Jahren ist und wenn sie sich daran nicht gewöhnt, bin ich der Erste, der morgen meinen Kirchenbeitrag einstellt und meinen Austritt aus dieser Gemeinschaft erklärt, denn bei einer politischen Partei bin ich schon, da brauche ich nicht zu einer zweiten politischen Partei gehen. Sehr geehrte Damen und Herren, die organisierte Bettelkriminalität in Graz ist bekannt und sie ist seit vier Jahren bekannt. Nicht zuletzt der von der Grünen Klubobfrau außer Dienst, damals noch als Klubobfrau Sigi Binder in Frage gestellte UNICEF-Bericht 2007, wo sie ja mittlerweile Gelegenheit hatte, sich dort umfassend einzulesen, auch mehrsprachig, stellt ja das fest, dass in Österreich die organisierte Bettelkriminalität Bestandteil des Menschenhandels ist. Nicht Zahlen von mir, nicht Zahlen des BZÖ, auch nicht Zahlen des Bürgermeisters Nagl oder wahlwerbender Parteien, sondern Bericht der UNICEF. Die UNICEF ist im

Übrigen auch für Sie keine Vorfeldorganisation des BZÖ. Am 1.1.2009, lieber Klubobmann Herper, wird in führenden Tageszeitungen unseres Landes und nicht jener des Onkel Hans, ein gewisser Herr Oberst des Bundeskriminalamtes Helmut Krainer, offenbar hast du am 1.1.2009 noch Silvester gefeiert, weil sonst würdest du wissen, dass das in den Zeitungen gestanden ist, wie folgt gesagt: Wir bereiten uns seit Monaten intensiv darauf vor, dass eine neue Kriminalitätswelle aus dem Osten zu uns schwappt. Vor allem bei illegaler Prostitution, Einbrüchen, Autodieben sowie bei organisierten Bettlerbanden stehen wir in Österreich hoch im Kurs, sagt der führende Oberst im Innenministerium des Bundeskriminalamtes. Und was der Kemeter dazu sagt, ist mir vollkommen egal. Der Herr Kemeter ist ein Organ der Exekutive und hat das zu tun, was die Gesetzgebung auf ihren unterschiedlichen Ebenen auch beschließt und hat es zu vollziehen. Und wenn eine Innenministerin, führende Beamte des Innenministeriums und Polizisten es bestätigen, sind mir die parteipolitisch bestellten Äußerungen eines Herrn Kemeter, nur damit das quasi etwas decken soll, was hier in dieser Stadt politische Meinung ist, gänzlich egal und wir haben auch als Politik darauf nicht Rücksicht zu nehmen. Bereits am 17.2.2006 deckte damals eine Wochenzeitung diese Bettelkriminalität in Graz auf. Dokumentiert auch mit Fotos, damals vorgebliche Behinderte, die sich nach dem zweiten Hinsehen als die größte Auferstehung nach Lazarus geriert haben, indem sie das Tuch der Magdalena in ihrem Rollstuhl liegengelassen haben und der einst Behinderte plötzlich zur Würstelbude gehen konnte. Mittlerweile haben wir in unserer Stadt tatsächlich kranke und arme Menschen, die ausgebeutet werden. Kranke und arme Menschen, denen offenbar eine medizinische Behandlung verweigert wird. Kranke und alte Menschen, wo es im Interesse ihrer Hintermänner auch gar nicht ist, dass sie einer ordentlichen medizinischen Überprüfung und Behandlung zugeführt werden, weil es ja gar nicht im Interesse ist, dass jene ein Heil erfahren und zwar ein tatsächliches Heil in ihrem Leid, da sie ja sonst nicht das Mitleid aller anderen Menschen erregen könnten. Das BZÖ, wir haben mehrmals in diesem Gemeinderat darauf aufmerksam gemacht in insgesamt drei dringlichen Anträgen. Sämtliche unserer Meinungen, sämtliche unserer Argumente wurden zur Seite geschoben und schubladiert, sämtliche. Wie ich von organisierter Bettelei gesprochen habe, haben zwei Drittel dieses Gemeinderates gesagt, das gibt es nicht. Wie ich gesagt habe, es werden behinderte Menschen ausgenutzt, das gibt es nicht. Mittlerweile sind wir Gott sei Dank soweit, dass wir wahrscheinlich heute eine Mehrheit dafür finden werden,

dass zwar noch nicht die Lösung am Tisch ist und beschlossen wird, aber dass diese Form der organisierten Bettelerei in einem Beschluss anerkannt ist. Ich bin nämlich nicht der Meinung, dass der Antrag der ÖVP das Problem lösen wird, ich bin der Meinung, dass das der erste Schritt in die richtige Richtung ist, aber wir werden uns im September hier wiederfinden und wir werden sehen, dass auch, wenn sich das Landessicherheitsgesetz geändert hat, dass das längst nicht das Problem gelöst hat, denn welche wirre Blüten diese Diskussion allein in den Anträgen, die wir heute auch als Zusatzanträge zu behandeln haben, getrieben hat, sehen wir, wenn wir die kommenden Zusatzanträge der Sozialdemokraten uns ansehen, die von einer organisierten Bettelerei sprechen, die es nicht gibt, einer Innenministerin, die aufgefordert werden soll, obwohl sie offenbar ja schon seit eineinhalb Jahren tätig ist, oder einem Abänderungsantrag der Freiheitlichen, der eingebracht wird aus der Frühstücksdirektion des Herrn Eustacchio, die kleine Bemerkung sei mir auf Grund der Einleitung heute zu Mittag gestattet, das Betteln soll generell unter Strafe gestellt werden, sollen schutzbedürftige Gruppe, das sind neben Minderjährigen, auch kranke und behinderte Menschen, durch entsprechende Regelungen besonders berücksichtigt werden, also komplizierter und verfassungswidriger geht es ja auch nicht mehr. Das ist ungefähr so wie die wirren medialen Meldungen die ich gehört habe, in Zukunft darf man nur betteln, wenn man sitzt und steht, aber man darf dazu nicht behindert sein. Das ist ungefähr so als kratzt man sich mit der Linken am rechte Ohr, aber man löst dieses Problem nicht. Uns ist es daran gelegen, dieses Problem zu lösen. Im Interesse der Menschen, die hier ausgenutzt werden, im Interesse der Kritik, die uns die UNICEF hier in Österreich, in Wien und in Graz aufgelegt hat und im Interesse auch dieser sogenannten viel beschworenen Menschenrechtsstadt, die es einfach nicht zulassen kann, dass unter unseren Augen Menschenhandel stattfindet, daher werden wir der Dringlichkeit des ÖVP-Antrages selbstverständlich zustimmen und damit auch mehrheitlich zum Durchbruch verhelfen auf Grund der geänderten Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus und zweitens dann auch einen Zusatzantrag einbringen als vierte Chance und als vierte Möglichkeit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, um dieses Problem endgültig zu lösen im Interesse jener Menschen, die hier schändlichst ausgenutzt werden unter Duldung einer Minderheit dieses Hauses. Ich danke Ihnen.

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich glaube, dieses Thema ist berechtigterweise heute Gegenstand der Debatte. Dieses Thema ist berechtigterweise in den Schlagzeilen, denn die Zustände in Graz sind mittlerweile wirklich unfassbar und hier muss man auch der Kronen Zeitung durchaus an dieser Stelle Dank sagen, dass sie ein Sensorium auch gezeigt hat für die momentanen Zustände, und wir erleben ja seit eineinhalb Jahren, eigentlich schon seit zehn Jahren, weil vor zehn Jahren war die FPÖ hier das erste Mal heraußen und hat einen Antrag diesbezüglich eingebracht, dass nichts unternommen wurde. Wir erleben heute eine leichte Bewegung seitens der ÖVP, nachdem die Medien und die Öffentlichkeit dem Bürgermeister gehörig auf die Finger gestiegen sind, aber das goutieren wir auch. Hier kann man auch eine durchaus sanfte Annäherung an die damaligen Wahlversprechen seitens der ÖVP feststellen. Aber am schlimmsten finde ich hier wieder einmal die Realitätsverweigerer von den Grünen, von der KPÖ und leider auch von der SPÖ. Im Chor mit Prof. Benedek und auch Pucher, der wieder heute ausgezogen ist und mit erhobenem Zeigefinger hier auch gegenüber dem Bürgermeister hier das zu tun, was ein kirchlicher Vertreter eigentlich nicht zu tun hat. Und offensichtlich ist es bei Ihnen noch immer so, dass sie die Organisationen, die Organisation, die hinter dieser Bettelei steckt, noch immer abstreiten und was hier auch eine Augenauswischerei ist und im Bereich des Unseriösen abzustempeln ist, ist, dass Sie hier immer die Polizei bemühen. Die Polizei hat ja laut dem Steirischen Sicherheitsgesetz ja gar nicht die Befugnis, hier dem nachzugehen, ob es sich hier um organisierte Bettelei handelt und es ist schon klar, dass die parteinahen Führungsoffiziere oder die oberen Stellen in der Polizei hier nichts Derartiges zum Besten geben werden und hier die wahren Probleme auch ansprechen. Anders ist es, wenn man mit Mitarbeitern im Polizeiapparat spricht, die auf der mittleren Ebene angesiedelt sind, hier hört man sehr deutlich ein anderes Bild. Und ich getraue mich hier auch eindeutig auf Grund der zahlreichen Informationen, die uns zugegangen sind von Bürgern, aber auch von Menschen, die nur in Graz Beobachtungen getätigt haben, dass die Bettelei eindeutig, ich wiederhole es, eindeutig organisiert ist, dass sie über entsprechende Strukturen verfügt und in letzter Konsequenz auch der Bereicherung einiger Weniger dient und zwar nicht der Bettler, das muss man hier an dieser Stelle auch sagen und hier hilft nur ein generelles Bettelverbot (*Applaus FPÖ*), alles andere ist Augenauswischerei und es mag vielleicht den Pfarrer Pucher auch erstaunen, dass es in Graz eben

Bettlergruppen gibt, die nicht auf seine Unterstützung zurückgreifen und die privat wo wohnen und wo andere Menschen auch verdienen und zur Not, und das sei hier auch festgehalten, zur Not wird es auch die FPÖ sein, die Ihnen das beweisen wird.

*Zwischenruf GR. Grosz: Wenn es euch dann noch gibt.*

GR. **Sippel**: Und ich denke, wir befinden uns auf dem richtigen Weg mit dem Antrag der ÖVP. Das was aber im Endeffekt herauskommen wird, ist wieder ein Streit um des Kaisers Bart. Denn in Wirklichkeit ist das Ganze nicht exekutierbar. Ab wann darf man betteln, ab wann nicht? Ab wann ist jemand krank, ab wann nicht? Ab wann ist jemand behindert, ab wann nicht. Wie definiert beispielsweise die ÖVP oder wie definieren Sie organisiertes Betteln, wie definieren Sie aggressives Betteln, das sind alles Dinge, die in Wirklichkeit nicht festmachbar sind und das zeigt ganz einfach auch, dass an Hand dieser Einwände es auch dazu kommen wird, dass dieser Antrag letztendlich ins Leere gehen wird und sich als zahnloses Instrument herausstellen wird. Man muss zugeben, der Antrag wurde medienwirksam unterstützt und auch sehr gut aufbereitet. Im Endeffekt entspricht es leider wieder nur der Alibipolitik der ÖVP, die wir schon leider seit geraumer Zeit hier herinnen erleben. Ein weiteres Problem ist mit Sicherheit auch, und das ist, denke ich, virulent, dass der Polizeiapparat nicht in der Lage sein wird, das Ganze auch zu exekutieren, dafür ist einfach der Personalmangel momentan zu akut. Das sind in Wirklichkeit keine Lösungen, das hat auch mein Kollege Gerald Grosz vor mir ausgeführt, er hat mir auch den Abänderungsantrag schon vorweggenommen, den ich stellen werde, dafür möchte ich mich auch recht herzlich bedanken und ich glaube nicht, dass irgendetwas im Endeffekt am generellen Bettelverbot vorbeiführt, aber wir sind hier mit Sicherheit nicht die Instanz, die hier die Aufgabe hat, hier juristisch für die Feinabstimmung zu sorgen. Ich glaube, das generelle Bettelverbot ist vernünftig, ist hier die einzige exekutierbare Lösung und ich glaube, das wird sich auch bei den nachfolgenden Betteldebatten, die wir mit Sicherheit führen werden, auch bestätigen. In weiterer Folge kann man mit Sicherheit auch mit uns Freiheitlichen darüber reden,

etwas oder sagen wir so, wir sind durchaus bereit, hier einen Schritt auch noch auf Sie zuzukommen, ich glaube, es kann auch abseits Ihrer Lösung und abseits unserer Lösung in der Mitte irgendwo noch einen Kompromiss geben zwischen generellem Bettelverbot und Ihrer Initiative, wo es darum geht, dass es nicht sein kann, dass wir den Menschen nachweisen müssen, dass sie organisiert sind, sondern sie uns nachweisen sollten, dass sie nicht organisiert sind. Hier könnten wir dann in weiterer Folge vielleicht irgendwann einmal mit Ausnahmeregelungen hantieren. Aber wir bleiben dabei, wir werden diesen Antrag der ÖVP unterstützen, werden folgenden Abänderungsantrag einbringen und wir attestieren hier zumindest einen Schritt in die richtige Richtung. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

**GR. Rajakovics:** Ganz kurz nur richtigstellen zur Dringlichkeit, es wird ja, nehme ich an, die Dringlichkeit gegeben sein. Also ich war auch etwas von der Moraldespotie des Herrn Karl-Heinz Herper heute überrascht, der sehr tief in die Moralkiste gegriffen hat, um zu interpretieren, was andere in ihrem Innersten eigentlich meinen könnten, wobei er ja selbst auch der Meinung ist, dass man das besser überprüfen soll und deshalb gibt es ja einen dringlichen Antrag dann noch, wobei Fakten am Tisch liegen. Ich würde dich bitten, dass du zur Kenntnis nimmst, dass es ernst gemeint ist, ernst gemeint ist, dass es nicht so sein kann, dass man da einfach drüber hinwegschaut, wenn Menschen hier in unserer Stadt und auch Kinder, und wenn einer sagt, im Polizeibericht steht es leider fälschlich drinnen, ich glaube, wenn wir zwei durch die Stadt gehen und im Polizeibericht steht drinnen, in vier Wochen haben wir ein Kind beim Betteln gesehen, im neuen steht es eh schon wieder anders drinnen, aber das war der Bericht vom Mai, dann wirst du mir zugestehen, dass wir beide, glaube ich, bei unserem Spaziergang viel mehr mit Kindern betteln sehen als offensichtlich die Polizei. Also, man darf nicht auf alle Aussagen, auch der Polizeidirektion, eingehen, aber ich möchte bitten, dass hier die Ernsthaftigkeit des Themas nicht in Frage gestellt wird, sonst hätten wir zahlreiche Initiativen, jetzt zuletzt auch über die Städtekoalition gegen Rassismus nicht unternommen. Wir haben als Stadt Graz dieses Thema vergangenen September in Bologna auf die Tagesordnung gesetzt, große Referenten dazu gehabt, Roma-Vertreter dort gehabt und ich weiß, dass das Problem diffizil ist. Auch Roma-Vertreter sagen, dass wir mit

dem Unterstützen des Bettelns grundsätzlich das Problem nicht lösen werden. Sage ich nur hier noch einmal dazu und zu den Medien, also die Auflage der Zeit, die ja nur in Österreich als Beilage erscheint und nicht in der Hamburger Zeit, ist ein Teil, den ein Standard-Redakteur für die Zeit auch wieder macht, mag in vielen Kreisen, intellektuellen, zirkulieren, ist aber nicht der große Empörungsaufstand, dass Graz ganz furchtbar ist und was mich noch mehr wundert ist, dass man eigentlich weder in Salzburg, Tirol noch in Wien von Seiten der Sozialdemokratie an den Gesetzen rüttelt. Die Gabi Burgstaller, ihr seid ja lang genug jetzt Landeshauptfrau in Salzburg, es ist ein generelles Bettelverbot. Ich kenne keine Initiative des Landes, dass das in irgendeiner Form aufzuweichen sucht, also ich kenne auch keine Anträge im Innsbrucker Landtag der Sozialdemokratie, im Übrigen auch nicht der Grünen, dieses Landesgesetz abzuändern, also es muss in irgendeiner Form vorbeigegangen sein, dass es Länder gibt, wo es komplett verboten ist, das haben wir auch mit unserem Koalitionspartner aus guten Gründen nicht gefordert. Und diese Veränderungen sind, glaube ich, im Interesse, nämlich die Präzisierungen sind eindeutig und auf Zuruf auch des Polizeidirektors Westermayer, auch durchaus Hinweis des Herrn Brigadier, jedenfalls des Herrn Semlitsch, der sich auch wünscht, der auch beim runden Tisch der Stadtidee teilgenommen hat, der sich gewünscht hat, dass wir genau jene Tatbestände präzisieren. Es tut mir leid, wie er mit mir gesprochen hat, ich weiß nicht, was andere da verstehen, zu mir hat er gesagt, es wäre wichtig, eine Präzisierung des aggressiven Bettelns vorzunehmen, weil die Polizei sonst nicht einschreiten kann und das versuchen wir hier und deshalb ist es ein ernsthafter Versuch, die Situation hier in Graz zu verändern, bei gleichzeitigem ernsthaften Bemühen, die internationale Gemeinschaft, den österreichischen Bundesstaat, aber auch unsere Landesregierung in die Pflicht zu nehmen, weil die tatsächlich Auslandshilfe leisten können und wir als Stadt Graz, wie du weißt, vom Statut her das selber nicht tun können. Bitte um die Abstimmung zur Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Grosz** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wie angekündigt, ich bringe den Zusatzantrag der Gemeinderäte Gerald Grosz, Mag. Gerhard Mariacher und Georg Schröck ein. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelei, zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese unabhängig vom Ausgang der ans Land gerichteten Petition bezüglich der Novellierung des Landessicherheitsgesetzes bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im September 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Wenn wir es tatsächlich wollen, dass wir nicht nur Klopapier an den Steirischen Landtag verfassen, sondern tatsächlich wollen, dass wir eine ordentliche Regelung hier zustande bringen, dann ersuche ich Sie auch um Ihre Zustimmung. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, ich glaube, dass es notwendig ist, wer A sagt, muss auch B sagen. Sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP. Zur Sozialdemokratie möchte ich nur eine kurze Anmerkung treffen, Kollege Rajakovics hat gemeint, Sozialdemokraten in Innsbruck und Salzburg, also in Innsbruck gibt es keine Sozialdemokraten mehr, in Salzburg sind sie auch schwer dezimiert und seit der EU-Wahl in Graz sind sie auch nur mehr in Restbeständen vorhanden.

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Antrag der ÖVP. Also, dass der Thomas Rajakovics im Namen des Herrn Bürgermeister Anträge stellt, das ist ja an sich legitim und das macht ja auch nichts, soll ja auch so sein, weil der Bürgermeister selber kann ja keinen Antrag stellen, aber er im Auftrag des Herrn Bürgermeister, und wie weit dein innerer Auftrag da übereinstimmt, das kann ich jetzt nicht beurteilen, ich habe zwar schon den Eindruck, dass es so ist, einen Antrag stellt, der einen Geist atmet, der eigentlich die Ärmsten, die bei uns da in der Stadt existieren, diffamieren, diskreditieren, aussperren wollen und dann noch so schlampig recherchieren seit wann, ich meine, das könnte ich auch irgendwie lernen, vielleicht ist das ein Lerneffekt von mir, dass ein Film wirklich eine Recherchequelle sein kann wie Slumdog Millionär. Du hast das dann zwar etwas abgeändert, deinen Antrag, aber ich will es mir nicht verkneifen, auf diese Punkte einzugehen. Diese

Oberflächlichkeit, die verzeih ich der ÖVP in diesem Antrag nebst dem Inhalt nie mehr. Da schreibt er, dass Slumdog Millionär und so wie in Indien die Menschen verstümmelt werden, so ist das ja auch in Rumänien Faktum. Oder, er spricht unter Punkt 2, dass ja, das sind ja alles EU-Bürger, die zu uns einreisen aus der Volksgruppe der Roma und die Reisen als Touristen ein und wenn sie bei uns als Touristen einreisen, dann müssen sie natürlich auch Barmittel anführen, nicht einmal da hat er recherchiert, denn wir haben uns dann erlaubt, das rumänische Konsulat anzurufen und wollten genau wissen, ob das stimmt. Das Konsulat hat uns bescheinigt, nein, keineswegs, es gibt ja ein Touristenvisum bis drei Monate und man kann mit Pass oder Identitätskarte einreisen und erst wer dann länger da sein muss, da stellen sich dann die Dinge anders.

*Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Laut EU gibt es kein Visum mehr. Das ist falsch.*

GRin. **Binder**: Und so ist dieser Antrag durchspickt mit Oberflächlichkeiten und mit Bildern, die einfach beschämend sind für eine Partei, die sich christlich sozial nennt. Die Roma...

*Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Schengen!*

GRin. **Binder**: Aber, lieber Herr Kollege, tun Sie sich informieren und tun Sie Ihren lieben Kollegen bitte dann auch informieren und Sie werden es etwas besser wissen. Zurück zu diesem Antrag. Ich freue mich über Ihre Emotionen, auch wenn Sie noch so herausschreien, es wird deswegen nicht richtiger. Zum Antrag weiter, was die ÖVP mit diesem Antrag noch geleistet hat. Sie hat ein Scheunentor geöffnet für jene, für

die die Roma sowieso immer in irgendeiner Weise missliebig aufgefallen sind, ein Dorn im Auge sind, die die Roma, die hier betteln, weil Betteln für sie die einzige Möglichkeit ist, zu Geld zu kommen, weghaben möchten, für ein BZÖ und mit dem BZÖ legen sie sich ins Bett, die in ihrer Wahlwerbung mit dem Besen eindeutig gezeigt hat, wie sie diese Stadt säubern möchte. Und sie ziehen das, das BZÖ zieht das konsequent durch und die ÖVP legt sich mit diesem BZÖ und mit dieser FPÖ ins Bett und das ist eine Schande, es erfüllt mich mit Scham, denn ich bin mit Ihnen in einer Koalition gebunden.

***Zwischenruf GR. Grosz: Koalitionsbruch! Wer A sagt, muss B sagen. Schmeißt es hin.***

GRin. **Binder:** Weißt was, Gerald Grosz, kümmere dich um deine Angelegenheiten, von dir brauche ich keine Hinweise, was ich zu tun habe. Die Roma, die vom Betteln leben, können wahrlich nicht auf Sympathie der Bevölkerung oder mit Sympathie der Bevölkerung rechnen. Zu unangenehm ist für viele das Bild der sichtbaren Armut auf den sauberen Straßen der Stadt Graz und das Märchen, dass hinter diesen bettelnden Menschen Frauen und Männern, reiche Hintermänner hocken, die sie abzocken wollen, dieses Märchen hält sich leider sehr, sehr lange, ist ein Klischee, dessen sie sich bedienen, auch die ÖVP, auch ein Thomas Rajakovics, denn ich kann solche Behauptungen nur dann aufstellen, wenn ich schlüssige Beweise habe und die habt ihr nicht. Ihr bedient euch Bilder, die durch unsere tiefen Filter, die wir alle haben, sofort ganz andere Bilder noch hervorheben, wenn ihr sprecht von organisierter Bettelei, übersetzt er das hinten sofort mit organisierter Kriminalität. Das sind die Bilder, die ihr hervorruft und dieser Verantwortung werdet ihr euch nicht mehr entziehen können, Peter Piffil-Percevic, das werdet ihr nicht mehr (*Applaus Grüne*). Die Roma aus den osteuropäischen Ländern haben so gut wie keine Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt eine Arbeit zu suchen. Es ist sinnlos einzufordern, wie das früher passiert ist in den Wortmeldungen der beiden Parteien da hinten, es ist sinnlos einzufordern, dass sie sich um eine Arbeit kümmern sollen,

bitte wo denn, wo sollen die arbeiten, es ist eben so, dass die Liberalisierung der Arbeitswelt, der Wirtschaft auch in die osteuropäischen Staaten gelangt ist. Der Andreas Fabisch hat das auch schon angeschnitten und diese Liberalisierung ist natürlich auch verbunden mit den Sparkursen, die ihnen auferlegt worden sind, hat nicht dazu geführt, dass die Armut geringer geworden ist. Im Gegenteil, für diese Menschen gibt es keine sicheren Sozialsysteme und gibt es keine sicheren Gesundheitssysteme. Und alle die, die für diesen sogenannten Wirtschaftsprozess produktiv nicht tauglich bezeichnet werden, haben keine Chance und fallen heraus. Und im besonderen Maße trifft das die Roma, die Roma, die Jahrhunderte lang der Vertreibung ausgesetzt waren, die aber auch auf Grund dieser Vertreibung niemals so eine Bildung und so eine Ausbildung genießen haben können, wie das bei anderen zur Tradition geworden ist und wie wir wissen, ist Bildung und Ausbildung ein Grundelement dafür oder eine Voraussetzung dafür, dass jemand auch eine Ausbildung, einen Beruf erlernen kann oder im Arbeitsprozess eingegliedert werden kann. Karl-Markus Gauß, einige werden ihn kennen, nämlich die, die sich beschäftigen mit dieser Thematik, sagt Folgendes, ich zitiere ihn: „Hört man sich einmal genauer an, wie in Österreich gegen die Roma-Bettler mobil gemacht wird, könnte man vermuten, es gäbe so etwas wie ein Menschenrecht der Wohlhabenden, nicht durch die pure Anwesenheit von Hungerleidern behelligt zu werden.“ Im Grund genommen trifft er genau die Debatte hier, wie sie geführt wird. 15 bis 20 Menschen, vielleicht sind es 30, ist doch völlig egal bei einer Stadt mit über 250.000 Einwohnern. Niemand darbt, zumindest der Großteil darbt hier nicht, aber wie auch Halwachs, den auch jene kennen, die sich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, wie Halwachs auch sagt, für viele ist Betteln und auf der Straße Sitzen im Westen noch wesentlich angenehmer als darben zu müssen zu Hause. Und Sie müssen ja nichts geben, aber wenn der Herr Bürgermeister, Headline in der Kronen Zeitung und von der lässt er sich vor sich hertreiben, in der Headline sagt, gebt keinen Cent, so ist das der Aufruf bitte, und das werdet ihr nicht abschwächen können, so ist es der Aufruf für ein allgemeines Bettelverbot und wenn wir hören (*Applaus*), ja das sind die Richtigen, die da klatschen, und wenn wir hören, wie diese bettelnden Menschen bereits über die schon bekannte Verächtlichmachung noch hinaus angespuckt werden und noch zusätzlich beschimpft werden, dann solltet ihr euch genieren für das, was ihr da anrichtet mit diesem Antrag.

***Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.***

GRin. **Binder:** Da brauchen Sie nicht befinden, wir wissen schon, was wir zu tun haben, Ihren Ratschlag brauchen wir diesbezüglich nicht. Betteln ist, wie das Kassationsgericht in Italien zum Beispiel festgestellt hat, das möchte ich auch dazu sagen noch, da gab es auch so eine Anzeige wegen aggressiven Bettelns beziehungsweise Betteln mit Kind, und das Kassationsgericht in Italien, ich war völlig erstaunt, wie ich das gelesen habe, hat Folgendes gesagt: Betteln ist eine traditionell verankerte Lebensbedingung für die Roma, also da ist die Toleranz viel weiter als da bei der ÖVP und es ist nicht möglich, Mütter, die ihre Kinder mithaben und wo die Kinder nicht betteln, zu verurteilen. Zum Landessicherheitsgesetz noch etwas, weil immer behauptet wird, dass dieses Landessicherheitsgesetz viel zu unscharf ist und die Polizei hat immer so ein Problem, was soll sie denn tun usw. und letztlich zielt ja dieser Antrag darauf hinaus, dass da besonders noch eine scharfe Würze nachkommt, also eigentlich ist es für mich klar umrissen, es steht unterm § 3a, was ist aggressives Betteln? In aufdringlicher Weise, durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten und Beschimpfen um Geld und Geldwertsachen betteln, das ist klar ein Verwaltungsdelikt und natürlich steht auch eindeutig Unmündig, Minderjährige, das ist verboten und auf die Frage meiner grünen FreundInnen im Landtag, wie viele Menschen denn eigentlich wirklich jetzt schon angehalten und verurteilt wurden, komisch da steht dann, die Antwort war: Wegen Bettelei gemäß § 3a erhielten bislang zwei Personen eine Verwaltungsstrafe, das war 2007, muss ich dazusagen, bislang zwei Personen eine Verwaltungsstrafe und das in der Bezirkshauptmannschaft Feldbach und in Graz wurden einige Personen beanstandet, jedoch nicht angezeigt. Und da habe ich auch ein bisschen ein Problem mit der SPÖ. Karl-Heinz, du warst für mich bis jetzt immer das menschenrechtliche und das soziale Gewissen deiner Fraktion, die anderen gehören dazu, aber du warst für mich sozusagen das Aushängeschild. Was reitet dich, was reitet dich, diesen Antrag zu stellen, du stellst ihn nicht, es stellt ihn der Kollege Eichberger. Du machst genau...

**Zwischenruf GR. Grosz: Heute machst du alles falsch.**

GRin. **Binder:** Auf einer anderen Ebene, aber du machst genau dasselbe, was die ÖVP gemacht hat. Denn wenn sowohl die Polizei als auch verschiedene Verbände bezeugen, dass es kein organisiertes Betteln gibt etwa, dann kommt ihr mit so einem Antrag, ich verstehe das nicht mehr. Mich stört es nicht, wenn diese Menschen auf der Straße stehen, wenn sie mir den Becher entgegenhalten, ich gebe zu, ich gebe nicht immer etwas hinein, mich stört es auch nicht, wenn sie auf der Straße sitzen, mich anschauen und sagen, bitte, und immer wieder gebe ich und immer wieder gebe ich nicht. Das Antlitz der Armut ist nie schön gewesen und soll es auch nicht sein. Aber es soll uns vergegenwärtigen, dass in den EU-Staaten die soziale Absicherung von Minderheiten, insbesondere von Roma, nicht gegeben ist. Verwerflich ist daher eine Politik, die auf dumpfe Vorurteile aufbaut und Diskriminierung, Verfolgung und Verhetzung auf ihre Fahnen schreibt. Ich würde den Applaus vom BZÖ und von der FPÖ niemals haben wollen. Aber es ist ein Kalkül der ÖVP gewesen (*Applaus*). Sie wusste...

**Zwischenruf GR. Grosz: Jetzt haben Sie ihn bekommen. Sie wünschen, wir spielen.**

GRin. **Binder:** Die ÖVP wusste Sie hat die Mehrheit und daher haben unsere Bedenken keinen Boden gefunden bei der ÖVP. Sie lässt sich von den reaktionären Parteien hier herinnen vor sich hertreiben und gefährdet in meinen Augen damit den Grundkonsens der Koalition (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte jetzt auf diese salbungsvollen Worte der Klubobfrau außer Dienst Binder nicht eingehen. Ich glaube, eine Replik erübrigt sich, ich glaube, die Worte sprechen für sich, ich kann nur hoffen, dass das auch nach draußen dringt, obwohl ich das ja das leider nicht glaube, aber ich glaube, dann hätten die Bürger hier ein Schauspiel der Realitätsverweigerung auch erleben können. Ich stelle im Namen der freiheitlichen Fraktion folgenden Abänderungsantrag: Die Steiermärkische Landesregierung, allen voran der Landeshauptmann, werden im Petitionswege ersucht, das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz bezüglich des Bettelns § 3a abzuändern und zu präzisieren. Damit

1. soll das Betteln generell unter Strafe gestellt werden,
2. sollen schutzbedürftige Gruppen, das sind neben den Minderjährigen auch kranke und behinderte Menschen durch entsprechende Regelungen besonders berücksichtigt werden.

Ich danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin Jahn.

GR. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Frau Gemeinderätin Jahn möchte am Schluss sprechen, deshalb beginne ich mit den weiteren Wortmeldungen des Grünen Gemeinderatsklubs. Was Sie mit ihrer Annäherung an das Thema, mit Ihrer Kommunikation zu dem Thema bewirken, ist nicht Anteilnahme von Menschen, sondern das ist ganz einzig und allein, dass sich die Leute belästigt fühlen. Die Menschen in Graz fühlen sich zusehends belästigt oder glauben, dass sie sich belästigt fühlen müssen. Ich war vor kurzem bei einem Supermarkt einkaufen und habe mir erlaubt, einem Bettler Geld zu spenden und wurde daraufhin sehr rüde von einer Dame darauf hingewiesen, wenn Sie das machen, dann sitzt der immer da. Und da habe ich mich echt gefragt, wo sind wir jetzt, dass wir als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt von Mitbürgerinnen und Mitbürgern gemäßregelt werden, weil wir

Menschen Geld geben, weil wir Bettlerinnen und Bettlern spenden. Diese Geschichte zeigt für mich sehr schön, welchen Beitrag Sie hier leisten, das ist kein schöner Beitrag und es ist einer, der in der Menschenrechtsstadt wie Graz unwürdig ist. Danke (*Applaus Grüne*).

StRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Thomas Rajakovics hat vorher von uns eingefordert, wir mögen die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der ÖVP-Fraktion glauben und ich denke, wir nehmen alle die ÖVP-Fraktion sehr ernst, sehr, sehr ernst und das, was sich herauslesen lässt an Ernsthaftigkeit ist in Wirklichkeit, die ÖVP will in der Grazer Innenstadt, in der schönen, möglichst sauberen Grazer Innenstadt, keine Bettler und Bettlerinnen mehr sehen, das wäre ihnen am liebsten. Wie kommt man auf das, wenn man sie ernst nimmt, indem was sie sagen und als ersten Beleg darf ich doch das heute schon angesprochene Sonntagsinterview des Bürgermeisters zur Hand nehmen. Es beginnt mit der Frage: Herr Bürgermeister, wie geht es Ihnen, wenn sie derzeit durch die Grazer Innenstadt gehen? Und Herr Bürgermeister Nagl hat geantwortet und das scheint wirklich so gewesen zu sein, sonst hätte man schon ein Dementi gehört: Man kann nicht länger zuschauen, ich sage es ganz deutlich, man soll den Bettlern, vor allem den behinderten Bettlern kein Geld geben. Was ist die Folge, wenn den Bettlern und Bettlerinnen kein Geld mehr gegeben wird, sie werden nicht mehr in der Innenstadt sitzen, weil sie hier ja auch kein Einkommen mehr erzielen können. Als zweiten Beleg dafür, dass es in Wirklichkeit euch darum gehen muss, dass Bettler und Bettlerinnen sich in der Innenstadt nicht mehr aufhalten, nehme ich euren dringlichen Antrag her, nämlich den ersten Antragspunkt. Ihr fordert, dass das organisierte Betteln analog dem Wiener Landesgesetz unter Strafe gestellt werden soll. Wie wird die Frage, was ist organisiertes Betteln, in Wien interpretiert, die Polizei legt die Frage, organisiertes Betteln in Wien liegt dann vor, so aus, dass sobald drei Leute sich absprechen um zu betteln, liegt organisiertes Betteln vor. Beim runden Tisch am Dienstag im Stadtsenatssitzungssaal, Oberleutnant Semlitsch, der dabei war von der Polizei, ist auch schon heute von Thomas Rajakovics zitiert worden, hat Gustl Eisner vom Vinzi-Nest erzählt, na ja, aber wenn das so ist, dann ist ja quasi alle Form, die momentan in Graz an Bettelei läuft, organisiert, weil wie läuft es denn ab? Die Bettler und

Bettlerinnen, die aus Hostice kommen, sprechen sich zusammen, einer fährt mit dem Auto und die anderen geben ihm 30 Euro an Benzinzahlung, weil das nämlich billiger kommt, als wenn sie um 80 Euro mit dem Zug nach Graz fahren würden. Wäre nach eurer Forderung organisiertes Betteln, müsste quasi abgestellt werden, sprich damit ist auch der zweite Beleg und der zweite Beweis gegeben, dass es euch in Wirklichkeit darum geht, dass möglichst rasch Bettler und Bettlerinnen nicht mehr in der Innenstadt und in der Stadt generell gesehen werden. Und weil heute Bischofsvikar Schnuderl und Franz Küberl schon zitiert wurden, nämlich auszugsweise genau das, was dem Thomas in sein Redekonzept gepasst hat. Du hast, glaube ich, ORF online hergenommen, ich habe mir auf der Homepage der Diözese Graz-Seckau die gesamte Presseerklärung der Diözese ausgedruckt und die möchte ich euch nicht vorenthalten. Die beginnt nämlich mit der Überschrift, das wird vielleicht für euch jetzt verwunderlich sein, wenn ihr jetzt diese Argumente aus meinen Mund hört, als Agnostikerin, aber wie gesagt, Überschrift: „Gott begegnet uns gerade in den schwächsten Gliedern der Gesellschaft. Kein Gesetz kann die persönliche Verantwortung ersetzen, ob uns die Würde auch solcher Menschen am Herzen liegt.“ Und dann wird aus einem Buch zitiert, nämlich Geschichte der Armut, Elend und Barmherzigkeit in Europa und das finde ich sehr spannend, dass das genau von der Diözese an den Beginn der Presseerklärung gesetzt wird. „Als nämlich in Nordfrankreich 1525 in einem Ort beschlossen wurde, alle fremden Bettler auszuweisen und die Einheimischen zu versorgen, stellte sich der Pariser Bürgermeister mit dem Argument, die Sorge um die Bettler sei Christenpflicht gegen ähnliche Maßnahmen in seiner Stadt.“ Diese Passage setzt die Diözese an den Beginn ihrer Presseerklärung und ich denke mir, alle die sehr genau lesen und sehr fein hinhören, was ist damit gemeint, da wird eine Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht. Was erwartet man sich von einem Bürgermeister einer Stadt“ Die Entfernung löst nicht das soziale Problem dahinter. In der aktuellen Bettlerdebatte geht es vordergründig darum, vor allem bettelnde Menschen mit Beeinträchtigungen so rasch wie möglich aus dem Gesichtsfeld der Grazerinnen und Grazer zu bringen. Bischofsvikar Heinrich Schnuderl ist als Grazer Stadtpfarrprobst selbst unmittelbar betroffen und begegnet diesen Menschen tagtäglich. Ich kann Menschen gut verstehen, die bettelnde Menschen, vor allem mit furchtbaren körperlichen Behinderungen als Provokation empfinden, als Christ muss ich mir aber vor Augen halten, dass Gott selber uns gerade in den schwächsten Gliedern der Gesellschaft

ansieht. Wie jemand im Einzelfall damit umgeht, dafür gibt es sicher keine einfachen Rezepte. Wenn diese Menschen aus dem Gesichtsfeld entfernt werden, ist das soziale Problem dahinter nicht gelöst und beide, Bischofsvikar Schnuderl und Direktor Küberl, halten die bestehende Gesetzeslage für ausreichend, um Ausbeutung zu verhindern und gegen organisierte Bettelei vorgehen zu können. Kein Gesetz und auch kein Sozialstaat können aber die persönliche Verantwortung ersetzen, ob mir die Würde solcher Menschen tatsächlich am Herzen liegt. So schließt die Presseerklärung der Diözese, kann nachgelesen werden auf der Homepage. Die Diözese hat darin formuliert, was erwarten sie sich vom Bürgermeister oder einer Bürgermeisterei. Und wenn wir zurückdenken an den Gemeinderatswahlkampf 2008, da haben viele von Ihnen persönlich erlebt, was sich hier auf den Straßen der Innenstadt abgespielt hat. Da haben Menschen Besen in die Hand genommen, die sie von einer Wahlpartei geschenkt bekommen haben, sind mit diesen Besen auf am Boden sitzende Bettler zugegangen und haben so getan, als würden sie diese Menschen wegfegen. Als ob sie ein Stück Dreck wären, das ist im Gemeinderatswahlkampf 2008 nicht einmal, sondern mehrfach passiert, so aufgeheizt war die Stimmung damals. Ich kenne viele Berichte, wo Menschen erzählt haben, dass sie gesehen haben, dass Bettler/Bettlerinnen von Menschen auch bespuckt worden sind. Es war eine sehr aufgeheizte Stimmung und ich glaube, niemand in der ÖVP war glücklich über diese aufgeheizte Stimmung, aber von einem Bürgermeister und einer Bürgermeisterei kann man sich, glaube ich, erwarten, dass sie Haltung bewahren, Haltung bewahren auch dann, wenn der mediale Kampagnenwind ins Gesicht bläst, man kann sich von einem Bürgermeister und einer Bürgermeisterei erwarten, dass, wenn es wirklich um Hilfe für die Betroffenen geht und um den Schutz, dass man sich sehr seriös damit auseinandersetzt, durch welche Maßnahmen dies möglich ist und vor allem es in einer Art und Weise macht, dass man Dämme nicht brechen lässt. Das was hier passiert ist, war mehr als Dämme brechen lassen, das war selbst ein Hämmern daran, dass der Damm brüchig wird und weil wir euch ernst nehmen, liebe ÖVP, möchte ich euch fragen, wie geht es euch mit dieser Tatsache? (*Applaus SPÖ und Teile Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich werde noch gerne darauf antworten, weil ja auch ein ganz wesentlicher Unterschied zum Jahre 1525 in Nordfrankreich besteht, damals wollte man fremde Bettler ausweisen, um die Einheimischen zu versorgen. Die fremden Bettler in Graz werden versorgt und das ist ein ganz ein kleiner Unterschied gegenüber den Zuständen des Jahres 1525. Ich werde mir auch erlauben, das dann mit den Herren, die das herausgegeben haben, zu diskutieren (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sahen sich an und der Arme sagt bleich, wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“ nach Berthold Brecht. Ja, Armut und Reichtum, zwei Seiten einer Medaille; mit leichter Verwunderung musste ich feststellen, dass die ÖVP in den letzten Jahren Reichtumsdebatten vermieden hat, dieses Thema immer wieder unter den Teppich gekehrt hat, ok, die Verwunderung ist vielleicht leicht übertrieben, aber das ist einfach der Tatsachenbericht der letzten Jahre. Vermögenssteuer wird abgeschafft, Erbschaftssteuer verschwindet, man steht hinter einem Bankgeheimnis, also beim Reichtum ist man eigentlich relativ stark beim Unterstützen dabei, man fordert nicht ein die soziale Verantwortung des Kapitals...

*Zwischenruf unverständlich.*

Dr. **Wohlfahrt**: Ich will da um eine Vermögenssteuer nicht debattieren und dergleichen, dann sehe ich das nicht ganz so. Und nachdem ihr auf dieser Reichtumsseite schon nicht weiter tut, kommt jetzt ein nächster Schritt dazu, man will auch noch die Armut vertuschen. Das kann es, glaube ich, nicht sein, ich glaube es macht keinen Sinn. Das Problem des Bettelns ist ein gewisses Problem, aber es ist ein Problem, dem man sicher nicht mit einem Verbot beikommen kann. Also ich glaube, dem muss man sich stellen, das wird man weiter zulassen müssen, es ist

manchmal kein erfreulicher Anblick, das mag schon für einige so sein, aber es gehört einfach zum Leben dazu und ich glaube, deswegen lehne ich diesen Antrag ab und für die, die sich mit dem nicht so ausführlich auseinandersetzen wollen, was manchmal unliebsam ist, gibt es aus den Entwicklungsländern nämlich eine ganz einfache Regel und die macht vielleicht manchen das Leben leichter, man überlegt sich einfach im Vorhinein einen kleinen Geldbetrag, wie groß der auch immer sein mag und dem ersten Bettler, den man trifft, oder der ersten Bettlerin, gibt man diesen Geldbetrag oder den ersten zwei, drei von mir aus. Das heißt, es führt für den Einzelnen eigentlich zu einer etwas Erleichterung, man muss ja nicht jeden Tag mit diesem Problem auseinandersetzen, es führt uns, wenn es konsequent gemacht wird, auch dazu, dass die BettlerInnen am Vormittag ein Geld bekommen, den ersten, den man sieht, um vielleicht nachher auch heimgehen können zum Vorteil beider Seiten, also ich glaube, man kann sich als Gesellschaft auch Spielregeln überlegen, wie man damit umgehen kann. Aber ich glaube, ein Verbot von Bettelei oder auch, wie es im Antrag drinnen steht, von organisierter Bettelei, die Grenzen sind sehr unscharf, im Antrag steht natürlich organisierte Bettelei, aber wo grenzt man diese ab und vor allem, und ich glaube hier, bitte die Leute von der ÖVP nachzudenken, was löst man eigentlich damit aus. Der Antrag heißt natürlich Verbot der organisierter Bettelei, das ist richtig, aber die Mediendiskussion ist hier eine ganz andere geworden und ich glaube, wir Politiker haben da eine Mitverantwortung, ich glaube, es muss klar sein, was man mit so einem Antrag auslöst. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Baumann**: Natasha, Natasha ist der Titel eines Films, wo es nicht um indische Bettler und um eine Inszenierung handelt. Natasha ist ein Film, der von Ulli Gladik gemacht worden ist und am 6. Juli im Rechbauerkino Premiere hat, zu der auch die Filmemacherin zu einem Gespräch einlädt. Herr Bürgermeister, ich lade Sie ein, mit mir gemeinsam an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Natasha ist eine Bettlerin, Natasha K. ist eine Bettlerin, die von Ulli Gladik seit zwei Jahren mit der Kamera begleitet wurde, um ein Filmporträt zu machen. Sie hat die junge Frau mehrmals in ihrem Heimatort in Bresnik, einer Kleinstadt in Bulgarien besucht. Natasha ist körperbehindert, ihre Eltern haben bis 1989 in einer Fabrik gearbeitet, nach der

Wende wurden sie arbeitslos. Die Familie hätte um ein Haar das Häuschen verloren, wäre Natasha nicht nach Österreich, nach Graz gekommen, um hier mittels Betteln Geld zu verdienen. Dank der Grazer und Grazerinnen konnte sie in den letzten Jahren das Haus abbezahlen und den Lebensstandard der Familie soweit aufrecht erhalten, dass die Kinder weiterhin die Schule besuchen können. Hinter jedem Bettler- und Bettlerinnenschicksal steht eine Welt, die mit Ihrem Antrag, liebe Kollegen und Kolleginnen der ÖVP, zerstört wird. Ich lade dich ein, Kurt, den man vor zwei Monaten einen Antrag unterstützt haben, der in die richtige Richtung gegangen ist. Ich lade dich ein, da rauszukommen und Stellung zu beziehen zu dem Antrag, den dein Parteikollege im Auftrag des Bürgermeisters hier stellt. Sissi Potzinger, du bist für mich das soziale christliche Gewissen deiner Partei, du hast gehört, was dein Bischof sagt, bitte komm raus, nimm Stellung dazu persönlich zu dem Antrag des Herrn Bürgermeisters. Kollege Kvas, ich weiß, dass es da eine tiefe Verwurzelung mit dem Christentum gibt bei dir, komm raus und erkläre mir und uns allen deine Haltung zu dem Antrag des Herrn Bürgermeisters und mein Sitznachbar ist jetzt weg, dem habe ich das schon gesagt, lieber Georg, du bist lange in der Arbeiter- und in der Sozialbewegung der katholischen Kirche tätig gewesen, bist Pfarrgemeinderat, erkläre es mir hier und auch deinen Leuten in der Pfarre, was du mit diesem Antrag da welche Tore du da für Sachen öffnest, erkläre, warum du diesem Antrag zustimmst, bitte.

***GR. Grosz: Dass die Grünen die Kirche verteidigt, das hat sich die Kirche nicht verdient.***

GR. **Baumann:** Ich möchte noch ein bisschen weiterlesen. Auf Grund ihrer Körperbehinderung fährt Natasha nie allein nach Österreich. Meist wird sie von ihrer Schwester, ihrem Freund und ihrer Mutter begleitet, die dann ebenfalls betteln. Auch die slowakischen und rumänischen Bettler, die Ulli Gladik im Rahmen der Recherche in den letzten Jahren interviewt und begleitet hat, kommen nie alleine, sondern meist mit Verwandten und Nachbarn. Natasha wohnt in einem kleinen überbezahlten

Zimmer im Süden von Graz, das sie sich auf Grund der hohen Kosten mit einer ebenfalls aus Bulgarien stammenden körperbehinderten Bettlerin und ihrer Mutter teilt. Mein zweiter Teil meiner Rede wird dem Thema Organisation gelten. Da ist heute schon eines gefallen, wenn Sie, Herr Bürgermeister, von organisierter Bettelei reden, redet Grosz von organisierter Kriminalität. Das ist Ihr Verdienst, Herr Bürgermeister und das ist dein Verdienst, Thomas, diese Sache so unkommentiert nebeneinander zu lassen. Wenn ich von Organisation rede, rede ich, wenn zwei, drei, vier sich zusammenstellen in der Früh, vielleicht auch noch einen Kaffee, vielleicht einen Kaffee von mir gesponsert bekommen und reden, wo sie sich hinsetzen, das ist meine Organisation, die ich mir vorstelle. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, gegen diese Art der Organisation sind, dann sind sie auch gegen jede Form der Organisation, die Menschen dazu führt, sich zusammenzusetzen, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Es gibt genügend Grazer und Grazerinnen, die in diesem Film um Ulli Gladik bedankt werden dafür, dass sie die Bettler und Bettlerinnen, die nach Graz kommen, unterstützen. Das war mein Teil einer sehr subjektiven Sichtweise, wenn wir von Betteln, von Bettlerinnen und Bettlern reden und wenn wir von einem Weg hin zu einem Verbot von Bettlern und Bettlerinnen reden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der ÖVP zielt auf eine Novellierung des Landessicherheitsgesetzes, ab über das möchte ich jetzt auch ein paar Worte verlieren. Um was geht es denn in diesem Landessicherheitsgesetz? Es geht um Lärm, großes Sicherheitsproblem, um Alkoholkonsum, zweifellos ein Problem, aber ist das gleich ein Sicherheitsproblem? Es geht um Anstandsverletzung, was unsere Sicherheit offensichtlich ganz im Zentrum bedroht, es geht um allgemeine Grundsätze der Schicklichkeit, also da muss ich wirklich sagen, ein riesiges Sicherheitsproblem für unsere Gesellschaft. Es geht um die Nutzung von Denkmälern und Brunnen in anstößiger Weise, weiteres Sicherheitsproblem, es geht um Ehrenkränkung, da ist auch unsere Sicherheit stark in Gefahr und es geht eben um Bettelei, offensichtlich auch ein Sicherheitsproblem. Ich war auch schon so ein Sicherheitsproblem, ich bin nämlich im Jahr 2005, als dieses Gesetz verabschiedet wurde, ich habe einen Fuß in den, er war sogar

gewaschen der Fuß, ich habe einen Fuß in den Stadtparkbrunnen gehalten und wurde von einem Polizisten auf Grund des Landessicherheitsgesetzes, er hat sich explizit darauf bezogen, beanstandet. Ich finde, da wird ein ganz ein großer Etikettenschwindel gemacht. Der erinnert mich an auch ein Gesetz im Bereich der Sicherheit, das war übrigens ein Gesetz das kann man tatsächlich als Sicherheitsgesetz bezeichnen im Gegensatz zu dem, was dieses Steirische Landessicherheitsgesetz ist, in den Vereinigten Staaten wurde ganz massiv Etikettenschwindel mit einem Gesetz betrieben, es ist nämlich nicht um Patriotismus gegangen in diesem Gesetz, sondern um Überwachung und um Entrechtung der BürgerInnen, nicht um Patriotismus (*Applaus Grüne*). So ein Etikettenschwindel das muss man halt verantworten, wenn man das macht. Das Problem ist, das Ganze hat Folgen. Denkmäler in anstößiger Weise nützen, na gut, aber Lärm erregen, Alkoholkonsum, Anstandsverletzung, Ehrenbeleidigung, ok, das sind Probleme und das sind Sachen, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen kann. Das sind soziale Konflikte, die da passieren und die man am besten lösen muss. Aber wo kommen wir hin, wenn wir jeden sozialen Konflikt als Sicherheitsproblem titulieren, wenn wir jeden sozialen Konflikt womöglich in die Nähe der Kriminalität rücken oder gar kriminalisieren, dann schaffen wir nämlich wirklich Unsicherheit, wenn wir derart fahrlässig mit sozialen Konflikten umgehen. Der Hohn der zivilisierten Welt, wir haben es schon gehört, ist uns sicher ob dieser ganzen Vorgänge, Singapur liegt ja bekanntlich inzwischen an der Mur, kann man drüber diskutieren, jedenfalls weiß man es hier ja auch besser, es wird so bald anscheinend keine sozialpädagogische Interventionsgruppe geben, die mit den entsprechenden Methoden soziale Konflikte löst, was nötig ist, aber nicht alles kriminalisiert und nicht aus allem und jedem ein Sicherheitsproblem macht. Das Landessicherheitsgesetz, es ist in weiten Teilen eher so etwas wie ein Landesbenimmichgesetz, es ist ein Gesetz, das aus der Sichtweise oder für Erwachsene angepasste, sozial abgesicherte, womöglich konservative Leute gemacht worden ist und alle anderen werden damit diskriminiert. Jugendliche, AußenseiterInnen und eben auch BettlerInnen und da wird noch etwas draufgesetzt. Kann schon sein übrigens, dass es billiger ist, starke gesetzliche Regelungen zu machen als eine sozialpädagogische Interventionsgruppe aufzustellen, billiger ist es womöglich, aber jedenfalls ist es billig, billig als Politik nämlich, auf diese Weise auf soziale Probleme loszugehen. Diese Ergänzung des Landessicherheitsgesetzes, das bleibt mir jetzt noch zu sagen, ist für mich

bestenfalls der Auswurf einer Wohlstandsverwahrlosung, mit Gesetzen gegen Bettler und Bettlerinnen vorzugehen, aber ganz sicher ist das kein Gesetz und ganz sicher ist in diesem Antrag keine Ergänzung, die zu diesem Gesetz, die zum Wohl der Menschen hier beiträgt und zum Zusammenleben dieser Menschen. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. **Hagenauer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs, wie sich gehört, meine Befangenheit erklären. Die Hagenauers haben Jahre vor dem Herrn Pfarrer Pucher für 15 oder 20 Jahre jetzt, ich kann mich nicht mehr erinnern so genau, Roma aus der Slowakei in ihrem Reihenhauses beherbergt über lange Jahre. Wir hatten Platz bei uns und ab und zu war es natürlich auch lustig am Anfang, als man diesen Leuten, Herr Kollege, die Instrumente noch nicht abgenommen hatte an der Grenze, hat es dann auch einmal ein Gratiskonzert gegeben für die Familie. Ich rede nicht gerne, und tu das auch öffentlich nie, über diese Sache, weil das war unsere private Geschichte. An dieser Stelle möchte ich es aber jetzt doch erwähnen. Und damit komme ich auch schon, damit Sie mich besser verstehen, zum Thema Organisation. Die Leute, die da gekommen sind am Anfang, waren zum Teil Bürgertumetablierte. Man hatte in der Slowakei, auch in Ungarn doch einiges getan, um diese Gruppe zu integrieren. Abgesehen davon, aber auf das komme ich noch, dass diese Leute eine Einstellung zum Betteln hatten, aber auf das möchte ich noch kurz dann eingehen. Das waren Leute, die waren Berufsmusiker, zum Teil sogar anerkannte und erfolgreiche in der Slowakei mit einem eigenen Haus dort und über Nacht in der Wende sind nicht nur zehntausende sondern eben hunderttausende degradiert worden und in ihrem sozialen Status, in ihrem Einkommen auf null gerutscht, mit einer Anfangsunterstützung, sozialen, die natürlich ein Hohn war und später hat es das dann auch nicht mehr gegeben. Sie können sich an das wahrscheinlich noch erinnern, die Leute, die da am Hauptplatz bei der Weikhard-Uhr am Abend zusammengestellt sind, zusammengestellt haben und dann nicht mehr Melodien aus dem Zigeunerbaron, sondern Free-Jazz gespielt haben. Den einen oder den anderen, wenn sie an den Kollegen denken mit der Gitarre, der lässt es noch ein bisschen aufblitzen. Was hier an Kapazundern sogar unterwegs war. Die sind noch gekommen mit ihrem eigenen Auto, im Lada, wenn es nicht so ernst wäre, Herr

Kollege Molnar wird mich verstehen, Lada heißt auf ungarisch „die Kiste“, der Lada ist das Auto und diesen feinen Unterschied das war einer, den ich auch gelernt habe, weil wenn man an der Grenze zum ungarischen Zöllner gesagt hat, Lada, dann hat man eben die Lacher auf seiner Seite gehabt, weil es war eine Kiste, die Kiste, mit der sind sie gekommen über Jahre und irgendwann war sie dann kaputt und dann hat die Organisation in der Tat begonnen und das ist natürlich jetzt nicht mehr zum Schmunzeln, das ist, es ist schon erwähnt worden, natürlich mussten die dann entweder jemand bitten, der sie führt. Wir haben uns dann auch dann und wann schon auch die Frage erlaubt, den Chauffeur zu fragen, was er kassiert beziehungsweise haben es eh erfahren und wenn der Pkw nicht zur Verfügung war, dann war natürlich unter Umständen auch ein Kleinbus da und dann hat man schon die Massen, die sogenannten, in der Stadt, so ist das. Erzählen Sie mir nicht was anderes. Die Beiträge hier, mehrere haben, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, das eh sehr schön gesagt, was das Problem ist, nämlich dass einfach von Organisation, von organisiert, dann wieder kriminell, alles wild durcheinander gemischt wird. Die Frage stellt sich nur mehr, ob mit Absicht oder nicht, aber die möge sich bitte hier im hohen Gemeinderat, das ist doch wohl zumutbar, jeder, jede selber beantworten diese Frage. Aber sie muss natürlich beantwortet werden, es kann keine Debatte darüber geben, dass, wenn sich jemand abspricht, das ist jetzt schon mehrfach, wie gesagt, erwähnt worden, wenn sich jemand abspricht, hier ein Delikt zu erkennen und wenn es etwas Kriminelles ist, dann gibt es dafür in diesem schönen Land bekanntlich Institutionen, die dafür zuständig sind, auf das komme ich jetzt als Nächstes. Ich möchte aber an der Stelle noch etwas sagen, was mir auch ein Anliegen ist, was ich mir übrigens überlegt habe eine zeitlang, ob ich es ausspreche oder nicht. Nämlich der Rückblick auf, ich bin jetzt 64 Jahre alt, Baujahr 1945, daher erlaubt ich mir das. Ich habe angesichts der jüngeren Geschichte beziehungsweise der Geschichte im vorigen Jahrhundert und meiner Konfrontation mit dem, was meine Elterngeneration auch zu verantworten hatte, die Ahnden, wie der Herr Kollege Grosz heute erwähnt hat, darf ich mir und bin ich natürlich konfrontiert gewesen und geprägt genau von diesen Entwicklungen, und eines sage ich daher, wenn man jemand attackieren will, wenn man jemand aggressiv gegenüber treten will, wenn man eine Gruppe bekämpfen will, dann macht man vorher was, damit das leichter geht, damit das in der Bevölkerung besser hinüberkommt, man diffamiert sie. Und Sie wissen, welchen historischen Vergleich

ich damit meine und erzählen Sie mir nicht, dass das zu weit hergeholt wäre, das ist so und ich bitte Sie, das auch sich zu merken für diese Thematik und für die zukünftigen Entwicklungen und Konfrontationen, die uns natürlich noch bevorstehen werden, angesichts von Entwicklungen, die tatsächlich ernst sind, wenn ich mir die Weltwirtschaftlage oder die globale ökologische Krise anschau, die auf uns zukommt, die entsprechenden Wanderungsbewegungen. Und jetzt noch ein paar Bemerkungen zum Abschluss zum Spezialisten für die Würde des Hauses, dem von mir so wenig geschätzten Kollegen Grosz. Er hat die Frau Fekter zitiert, bravo, Herr Kollege, Kollege Grosz zitiert die Frau Fekter mit Fakten. Ausgerechnet die Frau Innenministerin, wenn ich das so flockig formulieren darf, ausgerechnet die Frau Fekter, der Polizeioffizier, der zuständige, der Herr Kemeter, der wird diffamiert als parteipolitisch vorausgeschickt. Wenn es also noch irgendjemand, das Wort wirr ist heute gefallen, ich weiß allerdings nicht von wem, Kollege Grosz meldet sich freiwillig, wenn es also noch eines Beweises bedurft hätte auch für eine gewisse Verwirrung, dann stelle ich hier, sind Sie mir nicht böse, einmal einen gewissen Widerspruch fest, dasselbe gilt, kein Zufall, für den Kollegen Sippel...

***Zwischenruf GR. Grosz: Bitte nicht auf gleicher Ebene.***

GR. **Hagenauer:** Wenn der Kollege Sippel hergeht und nicht in der Lage ist, das Problem zu definieren, sondern nur weiß, dass er zuschlagen muss und hergeht und nicht in der Lage ist zu definieren, was denn jetzt wirklich das Kriminelle an der Geschichte ist und was eine kriminelle Organisation ist und das Problem dann so auflöst, ich zitiere: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier das beweisen zu müssen, das hatten wir schon Herr Kollege, das haben wir ja genau gehabt, es hat schon einmal eine Zeit gegeben, da war das alles eins, zu der Zeit hat nur mehr die Gesinnungsgemeinschaft Recht gesprochen und sie hat gesagt, was die Kirche zu tun hat, sie hat nicht nur gesagt, und das sage ich jetzt natürlich auch in Richtung ÖVP, sie hat nicht nur gesagt, was die Polizei zu tun hat und die Justiz zu tun hat, sondern auch die Kirche. Und kommen Sie mir nicht, wenn man schon von

Verwirrung sprechen damit, dass Sie die Kirche verweisen in ihre Schranken und dass die Kirche sich um Ihre Sachen kümmern muss und die Politik sein lassen, Sie, Her Kollege Grosz, Sie, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit darauf verweist, dass in seinem Taufschein katholisch steht und in der letzten Gemeinderatssitzung vom Heiligen Geist anlässlich des Osterfestes gesprochen hat....

***Zwischenruf GR. Grosz: Über Sie ist er ja nicht hernieder gekommen.***

GR. **Hagenauer:** ...es ist übrigens Pfingsten, aber das ist ein anderes Kapitel, der Kollege Strache, der auch der Spezialist ist für die saubere Trennung von Politik und Religion, wie wir alle wissen, auch der andere Freund aus der Gesinnungsgemeinschaft, bitte dass ich bei Ihnen eine Verhaltensänderung nicht bewirke ist mir bewusst, deswegen habe ich auch vorhin gesagt, ich bitte die ÖVP, tatsächlich darüber nachzudenken. Auch, übrigens die Worte, wenn Sie sich einprägen in der gebotenen Bescheidenheit, wenn ich Ihnen das raten darf. Wer A sagt, muss auch B sagen und alle ähnlichen Geschichten, das ist tatsächlich so. Da wird es nicht nur bei dieser einen Gemeinsamkeit bleiben, überlegen Sie sich das mit Bündnissen, ich muss Ihnen nicht sagen, dass es eine obersteirische Gemeinde namens Knittelfeld gibt in diesem schönen Land und zum Abschluss: Ich habe, Herr Kollege Rajakovics, mir natürlich inzwischen die Zeit genommen, in Innsbruck anzurufen, das wird Sie nicht überraschen, das Ergebnis, es gibt das Bettelverbot nicht, es gibt schon gar keine Zustimmung der Grünen, es gibt allerdings das, was wir den Status haben in Graz, das heißt, die Ordnungswache, die Ordnungskräfte kontrollieren die Bettler auf Kinderbettelei und allenfalls Hintermänner, die ihnen das Geld wieder abnehmen. Auskunft vor fünf Minuten von der Frau Stadträtin und langjährigem Mitglied des Innsbrucker Gemeinderates, ich glaube ihr. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir in den letzten Tagen in der Zeitung gelesen haben, waren Aussagen, Formulierungen wie Graz wird überschwemmt, das ist ein ungelenkter Tornado, Ulfried Heinzl, neugewählter Wirtschaftskammerpräsident, gewaltiges Bettlerproblem, war die Einleitung zu einem Interview mit dem Herrn Bürgermeister. Es hat keine Entgegnung gegeben. Im Juni dieses Jahres hat die Polizei eine sogenannte Sommeroffensive gemacht, viereinhalb Stunden lang im Innenstadtbereich untersucht, wie viele Personen dort betteln und welcher Hintergrund das ist. 15 Personen waren das. Wird die Stadt Graz von 15 Personen überschwemmt? Das Resultat oder der Hintergrund von solchen Formulierungen ist genau das, was wir dann hier in der Kronen Zeitung sehen. Sie haben 14 Personen, glaube ich, gefunden. Sie wirklich sehr viel Mühe gemacht, alle die zeitgleich da waren, abzuklappern, um es darzustellen, als würde die Stadt Graz überschwemmt, 15 Personen, stellen Sie sich das bitte vor. Viereinhalb Stunden haben sie geschaut, wer gleichzeitig anwesend ist. Zweite Sache, Herr Bürgermeister hat gesagt, wer glaubt, dass die Bettelei nicht organisiert ist, irrt. Es irrt also die Grazer Polizei, es irrt Wolfgang Benedek und der Menschenrechtsbeirat, es irren die Expertinnen und Experten vom Welthaus, von Behindertenorganisationen, von all denen, die als Profis wirklich vor Ort sind, die als Profis mit diesen Leuten Kontakt aufnehmen, die vor Ort arbeiten, alle diese irren? Irren ja, aber der Irrtum ist auf Ihrer Seite. Gehen Sie hin zu diesen Leuten, sprechen Sie mit ihnen, versuchen Sie wie andere auch, die Sprachen zu erlernen oder lassen Sie sich helfen, Sie werden erfahren, dass das nicht stimmt. Aus dem Antrag, jeder oder jede, der den oskargekrönten Film gesehen hat usw., unglaublich wissenschaftlicher Beweis, unglaublich überzeugend, dass ein Film, noch dazu aus dem anderen Ende der Erdkugel nahezu, als Beweis herangezogen wird, dass die Menschen, die hier bei uns gerade jetzt in diesen Tagen in Graz auf der Straße sitzen und betteln, bewusst Verstümmelungen zugefügt bekommen haben. Sehr überzeugend. Für mich ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, an Sie geht das jetzt, an euch, für mich ist das wirklich mit zweierlei Maß messen, mit zweierlei Zunge sprechen. Ihr sagt, ihr wollt für die Menschen eintreten, ihr wollt Verbesserungen machen, glaube ich euch, nur Verbesserungen so, dass man so ein Klima so schürt, dass dann solche Dinge in der Zeitung stehen?

***Zwischenruf GRin. Gesek: Das habt ja ihr geschürt.***

Mag.<sup>a</sup> **Grabe:** Verbesserungen damit, dass man durch die Wortwahl, durch Nicht Widersprechen unterstellt, diese Leute, die hier jetzt auf der Straße sind, sind alle Angehörige einer organisierten, stillschweigend mittransportierten kriminellen Gruppe. Damit sicher nicht. Wir können anfangen, wir können anfangen, das was jetzt schon begonnen wurde, vor Ort Projekte zu fördern, wie das jetzt im Round Table mit den Sozialeinrichtungen, mit den Behinderteneinrichtungen passiert, das ist ein guter Weg, dort wird mit seriösen Leuten, die seriös zu dem Thema lange schon arbeiten, werden Modelle entwickelt, wie auch die Stadt Graz hier eine VorreiterInnenrolle übernehmen kann. Symbolisch aber auch de facto PartnerInnenschaften eingehen kann, um zu zeigen, dass es ernst gemeint ist mit der Sache. Aber mit der Kronen Zeitung und der Verschärfung des Klimas, das da passiert, Schritt in Schritt zu gehen, das ist absolut der falsche Weg, ich glaube Ihnen gerne, dass Sie tatsächlich an dem Schicksal dieser Personen interessiert sind, dann tun Sie bitte auch was für die und nicht gegen die. Kurz eine Bemerkung zu den KollegInnen von der SPÖ, zu eurem Antrag. Motivenbericht kann ich vollkommen unterstreichen, auch die Worte von Karl-Heinz Herper sind sehr überzeugend, das Problem, das bei diesem Antrag ist, ist , dass nicht genau das eben gefragt wird, nicht der Auftrag ist, schaut euch an die Situation der Menschen, die jetzt vor Ort sind, was die realen Lebensbedingungen in ihren Herkunftsländern sind, sondern das, vielleicht unabsichtlich, aber aus meiner Sicht ungeschickt, die Polzeischiene wieder aktiviert wird, die eigentlich dieses Vorurteil, da ist ja doch was dran, bestärkt, das ist für uns der Grund gewesen, warum wir das hier nicht so sehen. Sie mögen es anders gemeint haben, Sie können ja nachher dazu Stellung beziehen. Aber ich gehe zurück zu dem größeren, schwierigeren Thema, die Haltung der ÖVP und ich empfehle euch und Ihnen wirklich, nehmen Sie Kontakt auf zu den NGOs. Kurt Hohensinner war dabei bei diesem Round Table, du hast die Dinge alle gehört was gesagt wird von den Organisationen, die wirklich als Expertinnen und Experten vor Ort arbeiten, ich verstehe nicht, wie du dann nach wie vor auf diese Schiene setzen kannst, dass hinter dem allen offenbar größtenteils eine organisierte Kriminalität steht. Ich verstehe es nicht. Spenden zu verwehren, ich hatte eigentlich

gedacht, dass Almosen nicht nur etwas ist, was in der islamischen Kultur zu einer Art guten Sitte, Pflicht gehört, sondern auch in einer christlichen Kultur auf jeden Fall in einer Kultur, die sich Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat und Einsatz für alle Menschen, die hier in der Stadt leben. Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, setzen Sie nicht noch eines drauf auf das, was gegen diese Menschen an Kampagnen gemacht wird, setzen Sie etwas dagegen. Widersprechen Sie, wenn in der Kronen Zeitung Sie in Interviews gefragt werden, was Sie von diesem gewaltigen Bettlerproblem halten, es ist kein gewaltiges Problem, es sind 15 Menschen, 20 Menschen, wie auch immer. Eine Erläuterung, was Ergebnisse dieses Round Table der Behinderteneinrichtung auch waren, ein Ergebnis war, vor Ort aktiv zu werden, das hatten wir schon, das ist sicher unterstützenswert, ein anderes ist, ein deklariertes, klares Zeichen zu setzen gegen die Stimmung die gegen diese Menschen gemacht wird, gegen die Aufhetzung, gegen die pauschale Diffamierung, die wunderbar alle möglichen alten Klischees bedient, ob das jetzt bewusst ist oder nicht, es bedient sie dieses Klischee, Roma, sprich Zigeuner sind alles Verbrecher und das wird mit solchen Interviews mit Nicht-Entgegenreten gefördert. Wir haben, Sie werden sich vielleicht fragen, was unsere Schleifen hier sind, es gibt seit geraumer Zeit die internationale Flagge der Roma, die aus Himmel, Erde und dem Speichenrad der Roma besteht, wir versuchen hier und auch draußen auf der Straße, ein Zeichen zu setzen für Solidarität mit den Menschen, mit den Roma, die hier draußen, ja, ihrer Beschäftigung nachgehen, die sitzen nicht einfach so da, sondern die haben ihre Arbeit und da hilft es nichts, so gut es ist, dass wir hier in Graz genug Schlafstellen usw. haben. Ich lade alle herzlich ein, die diese Haltung teilen, sich uns anzuschließen, ebenfalls mit einer Schleife, mit irgendeinem Symbol nach außen deutlich zu machen, dass sie hinter diesen Menschen stehen, dass sie sie nicht kriminalisieren, ob absichtlich oder nicht. Und zum Schluss, Herr Bürgermeister, ich habe mich lange beschäftigt und möchte Ihnen etwas überreichen, ein Buch, das ich leider, ich habe es gerade erst bestellt, zu Hause nicht mehr gefunden habe, es gibt einen wunderbaren Roman einer senegalesischen Autorin, Aminata Sow Fall, Der Streik der Bettler, Sie kriegen von mir symbolisch, bis das Buch angekommen ist, dieses Titelbild. Hier geht es darum, Hauptfigur Mour Ndiaye ist Leiter der Gesundheitsbehörde, nichts gegen Sie, Kollege Riedler, Leiter der Gesundheitsbehörde und ein Karrierist,...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.***

Mag.<sup>a</sup> **Grabe:** Nein, aber zum Thema Gesundheit, dass Sie es nicht missverstehen, ...und ein Karrierist. Als Umbesetzungen in der Regierung anstehen, bekommt er Ambitionen auf das Amt des Präsidenten. Zu dieser Zeit sehen manche Minister aus der dortigen Regierung Bettler als Belästigung für die Bürger, da schau her, und als Gefahr für den wichtigen Tourismus. Ndiaye ergreift Maßnahmen, die Bettler zu vertreiben, holt die dortige Ordnungswache usw., usw., bis die Bettler aus der Stadt vertrieben sind und sich das Ganze umdreht, und ich wünsche mir wirklich, wenn Sie das Buch lesen, dass Sie über diese Dinge nachdenken, die Bettler beginnen, einen Streik zu machen und genau das führt dazu, dass die Menschen sich bewusst werden, dass Barmherzigkeit und Almosen in dem Fall jetzt im islamischen Kulturkreis eine Pflicht sind, kommen in große Not, weil sie ihre Bettler nicht mehr finden und überhäufen sie anschließend mit Geschenken. Natürlich muss der Karrierist, natürlich muss dieser Leiter der Gesundheitsbehörde, seine Maßnahmen zurückziehen, denn das war etwas, was ganz klar gegen die Menschen gegangen ist und die Mehrheit der Bevölkerung dort in dem Roman hat erkannt, dass das der falsche Weg ist. Ich überreiche Ihnen symbolisch dieses Buch, Sie bekommen es von mir in den nächsten Tagen persönlich übermittelt, zugestellt, wie auch immer. Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. **Jahn:** Die ÖVP hat uns heute leider wieder einmal bewiesen, dass, wenn es um die BettlerInnen in Graz geht, es mit der christlich-sozialen Gesinnung, auf die ja auch im Antragstext und auch sonst, die ja sonst immer sehr ausführlich von der ÖVP strapaziert wird, dass es damit nicht sehr weiter her ist, dass davon relativ wenig übrig geblieben ist, ich würde das hier als moderne Pharisäertum bezeichnen, was hier von der ÖVP hier geliefert wird.

***Zwischenruf GRin. Gesek: Also das ist arg.***

GRin. **Jahn:** Auch wenn es in eurem Antrag nicht direkt drinnen steht, dass ihr ein Bettelverbot in Graz wollt, ist es natürlich so, dass die geforderten Restriktionen letztlich ein derartig enges Netz spannen werden, dass am Schluss ein Bettelverbot übrig bleibt. Ich denke, da brauchen wir uns nichts vormachen. Ich denke, das hat nichts mit christlich sozial zu tun, ich finde das heuchlerisch und es enttäuscht mich und ich finde es sehr schade, dass es keine Gemeinderäte und Gemeinderätinnen aus der ÖVP gibt, die hier herauskommen, gerade die, die in der Kirche engagiert sind in den sozialen Bewegungen, ich finde das bedauerlich.

***Zwischenruf GRin. Potzinger: Sind zu Wort gemeldet.***

GRin. **Jahn:** Dass es da nicht intern bei euch einen Diskussionsprozess gibt, wo vielleicht manche sagen, da kann ich persönlich mit meiner Gesinnung nicht mehr mit. Ich finde das sehr traurig. Gleichzeitig muss ich sagen, der Kollege Rajakovics hat mir vorher gesagt, dass es auch da Vorgespräche gegeben hat zwischen ÖVP und BZÖ und das halt, wenn das BZÖ den Antrag der ÖVP unterstützt, im Gegenzug dann es auch eine teilweise Zustimmung bei BZÖ-Anträgen gibt. Ich frage mich, ob das jetzt der erste Vorgeschmack des Landtagswahlkampfes ist. Ich kann mir vorstellen, dass es vielleicht Umfrageergebnisse gibt, Erhebungen, Forschungen von Instituten, die besagen werden, dass es hier ein Potential gibt im rechten Bereich, wo die ÖVP noch etwas dazugewinnen könnte und vielleicht geht es hier auch darum, den Landtagswahlkampf einzuläuten auch hier in Graz. Ich hoffe, dass ich mich damit irre und täusche, ich hoffe, dass das eine Ausnahme bleibt, was wir hier heute erleben haben müssen auch an der Diskussion und ich gehe einmal davon aus, dass es jetzt noch heftig weitergehen wird, wir haben ja noch mehrere Anträge zum Thema Sicherheit heute hier vorliegen. Zur Lektüre empfehle ich aus der christlichen

Soziallehre Jon Sobrino, zum Beispiel die Literatur zum Thema Option für die Armen, sind ganz, ganz großartige Sachen, die hier zusammengefasst sind, worum es hier auch geht, wo es um das Thema der Solidarität des Gemeinwohls geht, der Gerechtigkeit, der Caritas, des Almosengebens. Sind ganz grundlegende Dinge, ich glaube, die sehr, sehr vielen GemeinderätInnen bei der ÖVP auch etwas bedeuten. Ich empfehle euch und Ihnen auch aus dem zweiten Vatikanum die Pastorkonstitution und Liturgiereform, „Gaudium et Spes“, eins und „Lumen Gentium“ acht. Ich kann euch das gerne zukommen lassen, ich hoffe, es ist lehrreich (*Applaus Grüne*).

**GR. Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrte Stadtregierung! Ich werde mich jetzt sicher nicht beteiligen an der Diskussion oder am Wettreden, wer der bessere Mensch ist, weil ich habe jetzt sehr, sehr lange zugehört und ich glaube, dass das Thema mit so einer Diskussion extrem verfehlt ist. Und ich werde mich ganz sachlich halten und werde auch niemanden beschuldigen, dass er irgendwie unmenschlich ist oder die Menschenrechte hier bricht, ich möchte zuerst einiges klarstellen und dann auf einige Sachen Bezug nehmen, weil ich wurde ja mehrmals angesprochen. Zuerst auf den Herrn Gemeinderat Hagenauer, du hast vorher gesagt, dass es in Tirol kein generelles Bettelverbot gibt und ich stelle klar, § 10 Tiroler Landespolizeigesetz: Wer an einem öffentlichen Ort oder von Haus zu Haus von fremden Personen unter Berufung auf wirkliche oder angebliche Bedürftigkeit zu eigennützigen Zwecken Geld oder Geldwerte Sachen für sich oder andere erbittet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 360 Euro oder mit Arrest bis zu zwei Wochen zu bestrafen.“ Das generelle Bettelverbot ist momentan für uns kein Thema, das haben wir schon gesagt, aber ich möchte trotzdem die Sachen klarstellen. Zur SPÖ Salzburg, und da ist Landeshauptfrau die Gabi Burgstaller, § 3b, Salzburger Landessicherheitsgesetz. Wer an einem öffentlichen Ort oder von Haus zu Haus, von fremden Personen unter Berufung auf wirkliche oder angebliche Bedürftigkeit zu eigennützigen Zwecken Geld oder Geldwerte Sachen für sich oder andere erbittet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 500 Euro und für den Fall

der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu einer Woche zu bestrafen. „Also das ist sogar noch schärfer und da hat anscheinend ein Bundesland vom anderen abgeschrieben, aber da müsste eigentlich die grüne Partei in diesen Bundesländern auch aufschreien. Aber ich möchte da wirklich jetzt sachlich bleiben. Zu den Barmitteln, was Thomas Rajakovics angesprochen hat, möchte ich sagen, wir haben nachgeschaut, da geht es darum, das stimmt, Barmittel, das ist schon ein erneuerter Begriff, es müssen Mittel zur Lebenserhaltung mitgeführt werden, ob das jetzt eine Kreditkarte ist, Schecks, das ist den Reisenden selbst überlassen. Und zur Sigi Binder, in einem Schengenland braucht man kein Visum, ich weiß nicht, ob du...

***Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.***

GR. **Hohensinner:** Wir haben das so gehört und wir wollten das einfach klarstellen. Ich möchte Karl-Heinz Herper zitieren, die Situation ist in der Tat unzumutbar. Meine Einschätzung ist, dass die Anzahl der in Graz bettelnden Menschen wirklich angestiegen ist und vor allem auch die Anzahl der Menschen mit Behinderung. Die Polizei hat in den letzten Wochen auch eine Aktion scharf gemacht, sie haben insgesamt 15 Personen kontrolliert, davon haben vier eine Verwaltungsübertretung bestritten, ganz genau aufgeschlüsselt, eine wegen Kinderbettelei und der Rest wegen aggressiver Bettelei. Ich möchte einen Satz der aktuellen Diskussion aufnehmen, es wird immer gesagt, eine Gesellschaft, eine Wohlstandsgesellschaft muss den Anblick einfach aushalten können. Da stimme ich euch absolut zu, aber es widerspricht doch nicht, dass wir schwächere Leute schützen und versuchen, vor Ort zu helfen. Das ist mir ganz, ganz wichtig.

***Zwischenruf GRin. Mag.<sup>a</sup> Grabe: Steht aber so nicht im Antragstext.***

GR. **Hohensinner:** Habe ich so eingebracht, genau. Den Zustand einfach so hinzunehmen zu sagen, es gehört zum gesellschaftlichen Bild dazu und wir lassen es so, das ist einer Menschenrechtsstadt nicht würdig. Vor zwei Monaten oder noch ein bisschen länger her, bin ich ja von Selbstvertretungen angesprochen worden und gebeten worden, hier was zu machen und das möchte ich noch einmal ganz kurz erörtern warum, weil damals, kann ich mich erinnern (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), haben wir ganz lange diskutiert und das ist nicht so positiv damals aufgenommen worden, mein Antrag. Ich kann mich genau noch erinnern, wir haben mindestens eineinhalb Stunden diskutiert, jetzt wird das ganz anders gesehen. Ich möchte das noch einmal präzisieren, vor 30 Jahren haben Menschen mit Behinderung noch Betteln müssen, da hat man armen, behinderten Menschen einfach Geld gegeben, dass sie ihr Leid mildern können und da ist eine Selbstbestimmungsbewegung in Gang gekommen, Gott sei Dank, da sind sehr viele Pioniere dabei gewesen, dass es irgendwann einmal geheißen hat, ja den Schützlingen muss man helfen, da ist dann Kainbach entstanden, wo die Leute am Land waren, sie haben ein Essen gekriegt, sie haben es schön warm gehabt, aber das war schon ein ganz anderer Ansatz. Der weitere Schritt war, dass man in die Stadt gegangen ist, Einrichtungen gebaut hat und da sind die Klienten betreut worden. Und jetzt sind wir wirklich schon fast von der Integration zur Inklusion gekommen, dass man auch durch das Behindertenhilfegesetz des Landes Rahmenbedingungen geschaffen hat, dass Menschen ganz selbstbestimmt, Menschen, nicht Behinderte, Menschen selbstbestimmt in ihrem Leben arbeiten und wohnen können, das ist ganz wichtig und wer auch beim Runden Tisch dabei war, da hat sich der Zivilinvalidenverband zu Wort gemeldet und da sind behinderte Menschen, da sind die Leute, über die wir reden, und die haben gesagt, sie fühlen sich auch diskriminiert und das muss man akzeptieren, wenn diese Menschen das sagen, dann muss man das auch so aufnehmen. Sie haben gesagt, früher wurden sie genannt Behinderte, dann ist schon natürlich die Behinderung noch da gewesen, behinderte Menschen und jetzt, Gott sei Dank, steht der Mensch im Mittelpunkt und die Behinderung ist nebenbei und momentan, was hier passiert ist, dass die Behinderung in den Vordergrund gestellt wird und wirklich auch mit der Behinderung Geld gemacht wird und da passiert eine Gehirnwäsche wieder zurück und das haben Betroffene gesagt, dass man Menschen mit Behinderung mit Bettlern gleichsetzt und das ist eine Entwicklung, der gehört entgegengewirkt.

***Zwischenruf GR. Baumann: Das macht ihr.***

GR. **Hohensinner:** Und eines möchte ich da klarstellen, ein Mensch mit Behinderung, der aus eigenem Willen Betteln möchte, wird auch Betteln können.

***Zwischenruf GR. Baumann: Nicht nach diesem Antrag.***

GR. **Hohensinner:** Ganz sicher, das nicht selbstbestimmte Betteln, Herr Baumann, das nicht selbstbestimmte Betteln von Menschen mit Behinderung gehört verboten und ich glaube, dass der ganze Gemeinderat dahintersteht und das war gemeint. Wir haben und wir haben diskutiert vor zwei Monaten, ich finde, dass wir schon sehr früh dran waren, und das ist mir heute abgegangen an der Diskussion. Es hat 15 Wortmeldungen gegeben, mindestens, und nur in der Wortmeldung von Kollegin Grabe ist es ein bisschen vorgekommen, dass man gesagt hat, wie kann man diesen Menschen helfen. Sonst ist es nur darum gegangen, wer ist unmenschlich und wer ist der bessere Mensch und das bestürzt mich (*Applaus ÖVP*). Obwohl auch einige Personen hier im Raum vor zwei Monaten dagegen gestimmt haben, haben wir bereits zwei runde Tische zum Thema zusammengebracht. Ich kann Ihnen kurz erzählen, der erste runde Tisch war noch vor der EU-Wahl und ich bin mit einem langen Gesicht rausgegangen, weil da ist wirklich wieder die Ohnmacht gegenüber der EU in dutzenden Wortmeldungen bekundet worden, ja die EU, der begegnen wir am Wahltag, mehr nicht, solche Zitate sind gefallen und es ist wirklich sehr oft eine Wortmeldung gekommen, warum was nicht funktioniert. Ganz im Gegensatz zum ersten runden Tisch war der runde Tisch vorgestern. Da war auch der Franz Wolfmeier dabei und der der Chef des Dachverbandes der Behindertenhilfe in der Steiermark ist und der hat ein Projekt vorgestellt, was mich wirklich zuversichtlich stimmt, und zwar ist es die EASPD und zwar seine Dienstleistungsorganisation für Menschen mit Behinderung in ganz Europa und für alle Gruppen von Menschen mit Behinderung, die schauen oder die versuchen, EU-Töpfe anzuzapfen und da wird ein

Budget zusammengebracht von 30 Millionen Euro bis 70 Millionen Euro und da wird sehr, sehr viel gemacht. Er hat uns einige Projekte vorgestellt, da gibt es ein Projekt, wo Institutionen von hier Institutionen in Bulgarien und Rumänien unterstützen Tweening nennt sich das und dann gibt es weitere Projekte, wo andere Städte unterstützen.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Hohensinner:** Ja, das ist ja ein Gesamtpaket. Nur ohnmächtig zu sagen, Bettelei muss eine Wohlstandsgesellschaft aushalten können, und Punkt, ist mir zuwenig. Und organisierte Bettelei in ein Landessicherheitsgesetz festzuschreiben, ist wirklich nichts Arges, es ist nichts Arges. In Wien gibt es das und wenn es das nicht gibt, dann haben wir eh kein Problem damit, es wird nur festgeschrieben. Ich möchte ganz kurz sagen, dass Franz Wolfmaier auch das vorgestellt hat, bedanke mich bei der Sozialstadträtin, die diese Sitzung sehr konstruktiv geleitet hat und es ist in Aussicht gestellt worden, und das ist mir bei dieser Diskussion heute wirklich abgegangen, dass wir hier ein Projekt zusammenbringen, ob wir dafür einen Trägerverein verwenden, dass wir diesen unterstützen, um vor Ort zu helfen oder ob wir das selbst machen können, das ist ja ein bisschen schwieriger, das ist noch offen, aber ein dritter runder Tisch wird folgen, der Dachverband hat sich bereit erklärt, hier zu recherchieren, einen Trägerverein zu gewinnen, der dann konkret was ausarbeitet. Es wird auch geschaut, ob man die EU-Mittel anzapfen können, dass wir von der Stadt ein bisschen ein Geld bereitstellen. Nein, es ist ein Gesamtpaket und jetzt möchte ich zum Schluss noch einmal zur Gesetzesänderung kommen, und zwar der Herr Oberstleutnant Semlitsch war auch bei dem runden Tisch dabei und hat gesagt, dass er sich ein bisschen vor den Kopf gestoßen gefühlt hat, wie er in der Zeitung gelesen hat, dass Lisa Rücker überhaupt das Gesetz, das Werkzeug nicht ändern möchte, das hat er gesagt und die Polizei und nicht nur er, sondern viele Polizisten begrüßen das, und deshalb werden wir auch die Gesetzeslage ändern und da tun wir niemanden weh, wir wollen helfen und nicht nur mit dem Gesetz, sondern

konkret und ich hoffe, dass einige Wortmeldungen auch zum Thema, wie kann man am besten helfen, jetzt kundgetan werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich habe irgendwie das Gefühl, es wird Zeit, eine Zusammenfassung der Debatte zu versuchen. Also, einmal ganz offen gestanden, ich habe heute nichts Überraschendes gehört. Es ist eigentlich so gelaufen, wie das schon vor zehn Jahren gelaufen ist. Es hat Zeiten gegeben, da gab es einen sozialdemokratischen Bürgermeister und eine konservative Rechts-, Rechts-, Rechtsmehrheit. Die ÖVP war damals Junior-Partner und trotzdem hat sie mit großer Vorliebe, gerade bei diesem Themen mit den Freiheitlichen zusammengearbeitet. Ab 1993 konnte ich selbst beobachten, und das Verhalten der ÖVP überrascht mich daher nicht, wir bekommen heute vorgeführt, dass es in diesem Haus tatsächlich eine Rechts-, Rechts-, Rechtsmehrheit gibt, die Beschlüsse fassen kann und das unabhängig von allfälligen Koalitionsabsprachen oder sonstigen Vereinbarungen und Verbindungen auch tut. Ich möchte jetzt gar nicht mehr emotionales Öl ins Feuer schütten, obwohl mich die sagenhaft unsachlichen Ausführungen des Herrn Gemeinrat Grosz dazu animieren könnten, theoretisch, aber praktisch nicht, weil es sich gar nicht auszahlt und ich nicht fertig werden würde, die unglaubliche Reihe von Inkompetenzen und Fehlmeinungen hier zu widerlegen.

***Zwischenruf GR. Grosz: Inkompetenz ist ein Ordnungsruf.***

StR. Dr. **Riedler**: Ich rede ja nicht über Krokodile und ich rede auch nicht über Körpergrößen und wo das Hirn anfangt und aufhört, sondern ich sage nur, ich stelle fest, dass es bei dir eine unglaubliche Zahl von Inkompetenzen gibt, die du völlig ungeniert in deinen Wortmeldungen auch präsentierst dem staunenden Publikum. Der muss an deiner Eitelkeit gewaltig gekratzt haben, der Faul, Wahnsinn, wäre mir nicht passiert, aber ich bin auch einen Kopf größer vielleicht. Aber einmal abgesehen

davon, gehe ich einmal davon aus und ich will das so nehmen, anders als viele Kollegen und Kolleginnen der Grünen Fraktion, dass die ÖVP tatsächlich Gutes will, aber es einfach nicht richtig formulieren kann und nicht in die richtigen Anträge gießen kann. Und ich möchte mich jetzt einmal mit dem Antrag von Thomas Rajakovics, ich hoffe, ich habe seinen Vornamen getroffen jetzt,....

***Zwischenruf Gr. Rajakovics unverständlich.***

StR. Dr. **Riedler**: Na mir gefallen Vornamen, die mit W beginnen ohnehin, also ich finde es nicht so tragisch, Thomas Rajakovics hat einen Antrag eingebracht, der zuerst einmal eine Wiederholung des Interviews von Siegfried Nagl in der Kronen Zeitung darstellt. Übrigens bin ich anderer Meinung als manche andere, die es formuliert haben, ich bin tatsächlich der Meinung, dass wir der Kronen Zeitung dankbar sein sollten für die Aufbereitung dieses Themas, weil es uns Gelegenheit gibt, Standpunkte zu beziehen und das kann man gerade in dieser Sache ja sehr gut tun. Für mich als sozialdemokratischem und sozialem Oppositionspolitiker eine fantastische Gelegenheit. Also zuerst fangen wir einmal an, erster Punkt, es soll das organisierte Betteln analog dem Wiener Landesgesetz unter Strafe gestellt werden. Das Wiener Landesgesetz ist ein Verwaltungsgesetz, ein Verwaltungsstrafgesetz noch genauer gesagt und legt fest, wo Knöllchen verteilt werden können und dazu gibt es jetzt tatsächlich eine ganze Latte von Positionierungen und Erläuterungen, die überhaupt nicht funktionieren, also nicht in dem Sinne, den der Gesetzgeber ganz offensichtlich beabsichtigt hatte. Es gibt für uns aber noch einen ganzen anderen Punkt und da stelle ich mich gegen die sozialdemokratische Meinung in Salzburg oder gegen sozialdemokratische Meinung in Wien. Wir in Graz sind nicht der Meinung, dass die Bettler und Bettlerinnen bestraft werden sollen, dass die Ärmsten bestraft werden sollen dafür, dass sie in ihrer Armut dazu gezwungen sind, etwa zu tun, was manchen Menschen hier in Graz nicht passt.

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Sind eh die Organisatoren.***

StR. Dr. **Riedler**: Das ist ja so ähnlich, wie wenn ich sage, das Recht ist eh für alle gleich, alle dürfen nicht betteln, das Recht ist eh für alle gleich, alle dürfen nicht unter Brücken schlafen. Das, womit wir hier konfrontiert sind, ist nicht mehr und nicht weniger als die europäische Armut, die hier einen Ausdruck findet. Es geht um arme Menschen in Europa und sozialdemokratische Position war nicht, offen gestanden, man muss den Mut haben, dem Betteln ins Auge zu sehen oder man muss akzeptieren, dass es bettelnde Menschen gibt, sozialdemokratischer Standpunkt über Jahrzehnte war und ist bis heute, wir müssen verhindern, dass Menschen betteln müssen, wir müssen verhindern, dass Menschen arm sind und da ist in Europa nicht in allen Ländern, auch in der europäischen Union, genug getan, da ist der Standard nicht soweit, dass tatsächlich Menschen nicht betteln müssen. Es gibt Menschen, die das zum Überleben brauchen, das muss man einmal verstehen. Daher sind wir der Meinung nicht bestraft werden sollen Menschen, die aus Armut und Not sich gezwungen sehen zu betteln, ganz gleich, ob bei uns oder anderswo, und daher können wir diesem Punkt nicht die Zustimmung geben. Und ich lasse mich da überhaupt nicht in die Bredouille bringen, wenn man mir sagt, aber in Wien haben sie es auch. In Wien sind die todunglücklich damit, die Polizei weiß nicht, wie sie es vollziehen sollen, weil die gehen durch die Straßen und dann sollen sie draufkommen, wie die das organisiert haben, sind sie zusammen hergefahren oder nicht. Nach Interpretation der Wiener Polizei übrigens wird der Begriff „organisiert“ so definiert. Verabreden von mindestens drei Personen zur Ausübung des Bettelns. Was soll man damit anfangen? Es verabreden sich drei, eine Familie zum Beispiel das sie in Graz betteln gehen, ja was für ein Unfug soll denn das sein? Das wollen wir nicht hier und daher werden wir auch nicht dafür sein, dass ein solches Landesgesetz, das Abreden von Bettelei unter Strafe stellt, das ist eine ganz, ganz einfache Sache, das halten wir für schlecht. Also kommen wir zum zweiten Punkt: Zweitens soll der Begriff aggressives Betteln entsprechend präzisiert werden, sodass jedenfalls das Nachgehen und Zugehen auf eine Person zum Zweck des Bettelns untersagt wird, und es ist heute ja schon mehrfach zitiert worden, wie die geltende Bestimmung lautet, nämlich, wer in aufdringlicher Weise durch das Anfassen,

unaufgefordertes Begleiten und Beschimpfen um Geld oder geldwerte Sachen bettelt begeht eine Verwaltungsübertretung, also jetzt sollen wir...Ich bin Jurist, aber ich weiß auch nicht alles. Es soll mir einer, vielleicht gibt es eine Juristin oder einen Juristen oder jemand anderen sehr Gescheiten oder vielleicht jemanden, der eine Fantasie entwickelt dazu, erklären, was das weiterbringt, also mitgehen dürfen sie nicht, nachgehen dürfen sie nicht, aggressiv dürfen sie nicht sein. Das was jetzt zusätzlich verboten wird ist, sie dürfen gar nicht entgegenkommen, ja gratuliere. Also ein wahnsinnig fortschrittlicher Zugang, gratuliere.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Da geht es um die Gastgärten.***

StR. Dr. **Riedler**: Also es geht um die Gastgärten, hören wir jetzt, da geht es auf einmal nicht mehr darum, wie geht es diesen Menschen, Herr Thomas, sondern da geht es darum, dass das Geschäft nicht gestört werden soll, ok, gut, das ist ein Standpunkt, den kann man akzeptieren. Es geht es um das Geschäft in der Innenstadt, ja endlich jemand, der das sagt, dankeschön, aber dann frage ich mich, und da ist mir dann auch der Herr Grosz mit seiner Position fast ein bisschen lieber, dann muss man eben das Bettelverbot insgesamt verlangen, wenn man das nicht will.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Nein, warum?***

StR. Dr. **Riedler**: Ganz einfach, weil dann hast du es nicht mehr in der Stadt, ganz einfach, dann hast du sie nicht vor den Geschäften, vor den schönen Auslagen, vor den sündteuren, sitzen. Ich zweifle nicht daran, damit viele Grazerinnen und Grazer emotional zufriedenzustellen und damit muss man sich auseinandersetzen, es ist

nicht leicht als wahlwerbende Partei, die Position zu beziehen und zu sagen, das wollen wir nicht, aus Überzeugung und mit guten Gründen auch im Hinblick auf die Menschenrechte, gut. Im Übrigen das Hausrecht gilt auch in Gastgärten und selbstverständlich kann jeder Wirt verhindern, dass jemand reinkommt und er kann die Leute aus seinem Lokal wegweisen, das ist ein viel einfacheres Mittel, die rechtlichen Möglichkeiten bestehen. Er kann sogar der Wirt, die Wirtin, sich gegebenenfalls Ordnungskräfte zur Hilfe holen, ich bin nicht unbedingt dafür, es macht keinen schlanken Fuß, aber...

***Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.***

StR. Dr. **Riedler**: Nein, das Hausrecht ist zu wahren selbstverständlich, entschuldige, erzähle mir nichts, also da muss man...da brauche ich kein Landesgesetz dazu, da gibt es ja viel schärfere Waffe, das Hausrecht steht sogar in der Verfassung drinnen, nämlich, ist ja völlig klar. Das Landesgesetz ist ein Landesverwaltungsgesetz, Knöllchen verteilen, um das geht es. Das, was da suggeriert wird, ist, dass man eine Riesen-Keule in die Hand nimmt, man holt aus und dann lässt man es wieder fallen oder man holt aus und schlägt ihnen ordentlich auf die Finger, dazwischen gibt es im Übrigen nichts, außer man lässt die Keule fallen und sie fällt einem auf den Kopf, so geht es euch jetzt. Und damit kommen wir, also zweiter Punkt obsolet, dritter Punkt: Soll der Schutz des Ausnützens schutzbedürftiger Gruppen, das sind neben den Minderjährigen auch kranke und behinderte Menschen, durch eine entsprechende Regelung sichergestellt werden. Ja, soll sichergestellt werden, niemand von uns hier im Raum, ich glaube nicht einmal die Grünen oder Kommunisten und sicher auch nicht die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, wollen, dass Menschen ausgenutzt werden, das will niemand. Aber das lässt sich mit einem Verwaltungsgesetz überhaupt nicht verhindern, das ist ja völlig klar, dazu gibt es aber Regelungen im Strafgesetzbuch und der Unterschied zwischen verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen und Strafgesetzbuch ist, bei einer Übertretung nach Regeln des Strafgesetzbuches steht man vor dem Richter. Wenn

jemand Menschen schleppt, Menschen herbringt, Menschen die Beine bricht, wie der Herr Bürgermeister angedeutet hat, oder die Hände, wenn das geschieht, sogar wenn das in Rumänien passiert ist, ist der hier zu verfolgen und es ist ein Offizialdelikt, er muss bestraft werden und das muss die Polizei machen, niemand anderer, nicht die Ordnungswache. Wenn aber eine Amtsperson davon Kenntnis hat, wie es der Bürgermeister andeutet in seinem Interview, dann ist es seine Verpflichtung, dieses Offizialdelikt den zuständigen Behörden zur Kenntnis zu bringen und das hat er trotz seiner hohen Kenntnisse, die er bekanntgegeben hat, nicht getan, vermute ich, oder wenn er es getan hat, würde es mich sehr interessieren.

***Zwischenruf GR. Grosz: Kollege Riedler, es hört doch eh keiner mehr zu.***

StR. Dr. **Riedler**: Du doch, weil sonst würde es dir gar nicht auffallen. Also, dieser dritte Punkt ist abgedeckt durch alle diesbezüglichen relevanten Bestimmungen des Strafgesetzbuches, er ist also in der Form überflüssig. Daneben soll jetzt noch ein Polizist stehen und ein Knöllchen verteilen, ich sage es noch einmal, ein Knöllchen verteilen. Jetzt geht es aber um Leute, die entweder ganz böse, üble Gauner sind und die auf der Straße so ohne weiteres eh nicht erwischt werden, sondern da muss man ordentlich untersuchen, also die sind von Strafmandaten relativ wenig beeindruckt oder es geht um arme Schweine, die kein Geld haben werden, weil sonst müssten sie nicht betteln. Ich frage mich, wo die die 700 Euro hernehmen. Wenn der oder die aber nach Hause fährt, ist eine Verwaltungsstrafe ohnehin nicht durchsetzbar, wie wir wissen. Diese Bestimmung geht völlig auch an dem, was offenbar die ÖVP-Fraktion will, vorbei. Sie trifft nicht. Alle drei sind Mimikry, das tut nur so, als ob es was wäre, ist aber in Wirklichkeit nichts, außer der Ausdruck einer Gesinnung, das will ich aber nicht unterstellen, das haben Mitglieder der grünen Fraktion sehr deutlich gemacht, dem will ich mich nicht anschließen, ich bin kein Gesinnungserforscher, es wäre mir auch zu mühsam und ich habe auch diesen engen Kontakt nicht mehr, ihr müsst es besser wissen, wie da getickt wird. Uns

scheint doch zu sein, dass die Sache einen guten Kern haben könnte, nämlich, dass man in der ÖVP ein Problem, ein menschliches Problem, gerne gelöst sehen möchte, nicht das Problem der Gastgartenbesitzer, sondern das Problem der Menschen, die hier unter Druck gesetzt werden und wenn man das lösen will, da gibt es einen einfachen Weg und daher unser Antrag, wenn es tatsächlich strafrechtlich relevante Übertretungen und Menschenrechtsverletzungen gibt, dann müsste, und wenn was unterstellt wurde vom Kollegen Grosz, der ja alles und jedes weiß und besprechen kann, in lustigen und launigen Worten manchmal, manchmal auch weniger, wenn es also so ist, dass die hiesige Polizei einfach zu unflexibel, zu faul ist, diesen Menschenrechtsverletzungen nicht nachgehen will und wenn das die Unterstellung ist, dann wollen wir haben, dass die zuständige Innenministerin eine Weisung gibt und sagt, wir haben hier eine ganz neue Bettlerszene, hat der, ich weiß nicht, wer es gesagt hat, jemand von der ÖVP, glaube ich, es gäbe da eine ganz neue Szene. Wenn das so ist, dann soll man untersuchen, ob diese Menschen ausgebeutet werden, ganz, ganz einfach, das ist der Sinn unseres Antrages, wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass in diesem Fall die Innenministerin die Weisung erteilt, untersucht, ob hier strafrechtlich Relevantes geschieht und wenn das ist, dann bringt es, arbeitet es auf und bringt es der Justiz zur Aufbereitung, weil wir nicht wollen, dass Menschen ausgebeutet werden. Das was wir nicht wollen ist, dass Menschen bestraft werden, die arm sind, die leiden, die auf der Straße sitzen, die behindert sind, das, was wir wollen ist, dass die Chefs bestraft werden, wir wollen die großen Fische erwischen, die es gibt, wie behauptet wird, weil es der Herr Bürgermeister genau weiß. Wenn das so ist, sollen die bestraft werden, dann sollen die ordentlich an die Kandare genommen werden und dazu reicht das österreichische Strafgesetzbuch allemal aus. So einfach ist das, ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, ich habe solche Diskussion schon öfter einmal erlebt...

***Zwischenruf GR. Grosz: Du warst schon besser.***

StR. Dr. **Riedler**: Aber sogar, wenn ich so schlecht bin wie heute möglicherweise, kommst du an mich eh nicht heran, aber einmal abgesehen davon (*Applaus SPÖ*), einmal abgesehen davon meine ich, das, was hier vorgelegt wurde von der ÖVP, ist unzureichend, wenn es gut gemeint ist und wenn es nicht gut gemeint ist, kriegt sie erst recht keine Zustimmung von uns. Wir machen aber das Angebot, Nägel mit Köpfen zu machen und die zuständige Innenministerin aufzufordern und zu ersuchen, die Maßnahmen zu setzen, die tatsächlich Abhilfe schaffen können der menschlichen Ausbeutung, das ist unser Ziel (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was der Herr Stadtrat Riedler jetzt gesagt hat, zeigt auf wieder einmal, dass sein Informationsstand ein unvollständiger ist. Wir brauchen die Frau Innenministerin nicht aufzufordern, hier aktiv zu werden, dass kriminelle Banden aufgegriffen werden können (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich darf den lieben verehrten KollegInnen der SPÖ, der KPÖ und der Grünen den Beweis liefern, dass es kriminellen Menschenhandel gibt, besonders schlimm Kinderhandel; Kinder, die zum Betteln gezwungen werden; in Wien hat man solche kriminelle Ringe bereits gesprengt. Ich habe die Fakten, habe mit einem Oberst des Innenministerium ein langes Gespräch geführt. Mit Hilfe rumänischer und bulgarischer Kontaktbeamten ist es gelungen, den Nachweis der kriminellen Menschenhandelsaktivitäten zu erbringen. Kinder werden aus Rumänien und Bulgarien nach Wien gebracht und dort zum Betteln gezwungen. Es sind Erwachsene in ihrer Nähe, die behaupten, ihre Eltern zu sein, die Kinder sind gezwungen das zu bestätigen. Dank der Zusammenarbeit mit den rumänischen und bulgarischen Kontaktbeamten konnte man die Verbrecher entlarven, die nicht die Eltern der Kinder sind, sondern Menschenhändler. Konkrete Hilfe ist bereits angelaufen, auch mit Hilfe der Europäischen Union. Allein in Bulgarien gibt es mittlerweile Kinderheime, wo über 5000 solcher armer Kinder schon untergekommen sind, die liebevoll betreut werden und gemäß der UN-Kinderrechtskonvention das erfahren, worauf sie ein Recht haben: Zuneigung, liebevolle Behandlung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutert mit der Ordnungsglocke*) und Bildung. Bildung, ein kostbares Gut. Wir sind in einer begnadet, wohlhabenden Menschenrechtsstadt,

freuen uns über Bildungserfolge, gerade die Nachricht, Kollege Linhart freut sich, sein Töchterchen hat soeben mit Auszeichnung maturiert (*Applaus ÖVP*), solche Freude gönnen wir und wünschen wir den Roma-Familien in ganz Europa. Die Köpfe auf europäischer Ebene rauchen zu diesem Thema, ich war vor 14 Tagen drei Tage lang in Brüssel bei der Kommission, ich arbeite mit. Nächstes Jahr ist das europäische Jahr der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und der Armut. Das Thema der 12 Millionen Roma, die bitterarm sind und um milde Gaben betteln müssen, um überleben zu können, ist mittlerweile auch auf europäischer Ebene angekommen. Das Soziale ist kein patentiertes Alleinrecht einer Partei, ich würde sagen christlich-sozial ist jedenfalls eine Steigerung von sozial, Nächstenliebe, Barmherzigkeit, christliche Hilfsbereitschaft ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Spitzenpolitiker der Grazer Volkspartei haben immer wieder konkret geholfen, angefangen von Helmut Strobl gab es immer wieder konkrete Hilfsprojekte für Roma vor Ort. Wir wollen, wie im Antrag formuliert, diese Hilfsprojekte vor Ort ausbauen und unterstützen. Selbstverständlich ist in unserer Stadt niemand persönlich, der hier lebt, von so bitterer Armut betroffen, dass er weder Nahrung noch Bekleidung, noch Wohnung, noch medizinische Versorgung in menschenwürdiger Form hat. Unser Bürgermeister hat dafür gesorgt, dass kein Grazer betteln muss. Es kommen Menschen aus Rumänien, aus Bulgarien, aus der Slowakei zu uns, um um Gaben zu bitten. Die werden nicht kriminalisiert, aber die Helfershelfer im Hintergrund, die diese Armut ausnützen gehören sehr wohl vor den Kadi. Insbesondere, wie mein Kollege Hohensinner ausgeführt hat, ist es eine Menschenpflicht Menschen mit Behinderungen und Kinder im besonderen Maße zu schützen (*Applaus ÖVP*). Ich darf in diesem Zusammenhang erinnern, wir haben uns schon viel überlegt, ich habe auch einmal den Vorschlag gemacht, in der Herrengasse eine Skulptur künstlerisch gestalten zu lassen, um Armut nicht zu verstecken, dass Menschen dort in eine Spendenbox ihre Gaben geben können und eine Hinweistafel darauf verweist, was mit dem Geld passiert. Dieser Vorschlag ist in Evidenz, ich hoffe, dass er eines Tages auch umgesetzt wird als ein Mosaiksteinchen im Bereich der Hilfe. Diejenigen, die gegen den Antrag stimmen, haben ihn offenbar nicht gelesen. Bei uns ist die Hilfe für die Armen an erster Stelle, aber wenn es um kriminelle Machenschaften geht, wenn Menschen mit Behinderung, wenn Kinder missbraucht werden, ist das kriminell anzuprangern und abzustellen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der*

*Ordnungsglocke*). Ich bitte um Annahme des Antrages meines Kollegen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wie es aussieht und wie auch schon mehrere angemerkt haben, hat heute der nächste Wahlkampf seinen Auftakt genommen und gleich vom Anfang an auf niedrigstem Niveau. Sie, Herr Bürgermeister, hätten die Chance gehabt und die Möglichkeit, diese Debatte, die jetzt einen unseligen Lauf nimmt, schon am Sonntag im Keim zu ersticken. Es ist enttäuschend, dass das nicht gelungen ist. Ich möchte aber jetzt auf Dinge eingehen, die heuer noch nicht gesagt wurden und insbesondere auf die Frage, was das auch für eine Koalition von Schwarz/Grün bedeutet. Wir haben in Graz eine Koalition, wir sind eine Koalition eingegangen im vollen Bewusstsein, dass hier zwei unterschiedliche Parteien miteinander zusammenarbeiten wollen und etwas Gutes für die Stadt wollen. Wir haben uns auch gegenseitig ganz klar zugestanden zu unseren Werten und Prinzipien, dass wir dazu weiter stehen werden, dass wir uns nicht unseren jeweiligen Farben wegentwickeln werden, sondern dass wir genau aus unseren Haltungen heraus zusammenarbeiten werden. Im Gegensatz zum Beispiel zu einem Erlebnis der letzten Wochen auf Bundesebene, dass dort eine Koalition stattfindet, die einander so fest bindet, dass es nicht einmal möglich ist, in dieser unseligen Frage zum Herrn Graf einen anderen Weg zu gehen, für die Sozialdemokratie zum Beispiel. Da haben wir uns in Graz viel mehr Gedanken darüber gemacht, was ist notwendig, um sich selbst treu zu sein und trotzdem eine Koalition einzugehen. Die ÖVP in Graz, ihr, habt im letzten Wahlkampf, und das muss ich schon sagen, das war sicherlich auch ein wichtiger Punkt und eine wichtige Grundlage, warum eine Koalition für uns dann auch denkbar wurde, ihr habt bewiesen, dass man auch in einer klaren Abgrenzung nach Rechts, in einer klaren Abgrenzung zu dem, was im letzten Wahlkampf, im letzten Gemeinderatswahlkampf hier von rechts an Politik gemacht wurde, in einer klaren Abgrenzung trotzdem erfolgreich sein kann. Ihr habt eine Partei repräsentiert, wo ein Hinwenden zu einer christlich-sozialen Werthaltung durchaus ein bisschen spürbar war, auch in Abgrenzung zu dem, was wir auf Bundesebene von der ÖVP oder auch auf Landesebene erlebt haben in den letzten Jahren. Das war eigentlich gar keine so schlechte Voraussetzung, weil da reden wir

dann auch von Prinzipien und Werten und ich denke, da hätten wir durchaus immer wieder Bezugspunkte gehabt und die finden wir ja auch immer wieder, wenn wir miteinander sehr prinzipiell diskutieren. Jetzt, mit diesem Antrag, über den man streiten kann inhaltlich, ob er jetzt im Detail das eine oder das andere mehr will, er öffnet eine Tür, das ist einmal ganz sicher, er öffnet eine Tür in Richtung eines untergriffigen Wahlkampfes, der auf Kosten von armen Menschen geführt werden wird und da muss ich sagen, da hat die ÖVP einen Weg verlassen, von dem wir gehofft haben, dass sie eben auch weiterhin weiß, dass Graz, dass die ÖVP in Graz einen anderen Weg gehen könnte. Wie der weitere Weg ist, könnte jetzt entschieden werden und ob wir ihn gut gemeinsam gehen, wird auch jetzt entschieden, noch ist es nicht zu spät. Weil eines möchte ich schon, und das ist die Grundsatzfrage, wir müssen uns die Frage stellen und das müssen wir uns alle da herinnen stellen, in welcher Stadt wollen wir leben? Wir haben heute viele Städtevergleiche gehört. In welcher Stadt wollen wir leben? Wollen wir in einer Stadt leben, die kleinlich ist, in einer Stadt leben, in der man einfach die Stadt als Rattenloch diffamieren kann, wie es die FPÖ eben gerade in dem erst zu Ende gegangenen Wahlkampf gemacht hat, wollen wir eine Stadt voller Verbote, wollen wir eine Stadt, in der man die Sicherheit als oberstes Thema redet und den Leuten einredet, sie würden in einer vollkommen unsicheren Stadt leben oder, und das ist wirklich die Grundfrage und die müssen wir uns jetzt stellen, und die Frage wird für uns Grüne eine wichtige Grundlage sein, in dieser Koalition weiterhin auch arbeiten zu können: Wollen wir ein Graz, das solidarisch ist, eine Menschenrechtsstadt, wollen wir eine Stadt, die mutig ist und die selbstbewusst ist und eben deswegen, weil sie anders ist. Ich möchte weiterhin stolz sein, in dieser Stadt Vizebürgermeisterin zu sein, die mutig, solidarisch und selbstbewusst ist und nicht kleinlich, voller Verbote und sich laufend diffamieren lassen darf, weil sie Angst schürt (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Auch zu später Stunde. Diese heutige Diskussion rund um den Antrag der ÖVP, der auch zu Recht hier eingebracht worden ist samt den Zusatzanträgen, die von uns gekommen sind, möge wirr begonnen haben, findet aber offenbar tatsächlich ein jämmerliches Ende. Was haben wir heute gehört auch von den Grünen, es ist enttäuschend, was die

ÖVP hier macht, was hat Sigi Binder gesagt, Nagl rüttelt an den Grundfesten der schwarz/grünen Koalition. Rücker O-Ton, ÖVP öffnet die Tür für einen untergriffigen Wahlkampf, ÖVP hat den Weg verlassen, heute können wir entscheiden, dieser Weg wird heute entschieden, ob wir in der Koalition überhaupt noch arbeiten können. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, die Koalition wird heute an der politischen Realität nicht zerbrechen. Ihre Koalition wird weitergehen, denn der Kitt, der Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, an Ihre Koalition bindet, ist Ihr Amt als Vizebürgermeisterin und auch die Gage von 11.000 Euro (*Applaus FPÖ und BZÖ*), da können Sie noch so sehr am Nasenring durch die Arena gezogen werden, da werden wir heute gemeinsam, das BZÖ mit der ÖVP und die Freiheitlichen, einen richtigen Weg einschlagen, einen Weg, der eine Fortsetzung finden wird müssen, denn wir wissen, das aufbauend auf dieser möglichen Änderung des Landessicherheitsgesetzes sicherlich in diesem Bereich noch nicht alles getan ist, wir wissen, dass das nur ein erster Schritt sein kann, das ist uns allen bewusst und wir werden diesen Weg auch gehen, wir werden diesen Weg endlich konsequent nach drei Jahren in dieser Stadt gemeinsam mit der ÖVP und mit den Freiheitlichen gehen und Sie werden nicht abspringen, Frau Vizebürgermeisterin, da habe ich überhaupt keine Sorge. Sie sind an Ihrem Sessel festgeklebt, Ihr Amt als Vizebürgermeisterin bindet Sie, da sind Ihnen Grundsätze egal, denn Ihnen geht noch immer das würdige Amt und Ihre Sänfte und Ihr Gehalt vor jedem Grundsatz, den Sie im Wahlkampf gepredigt haben und daher rufe ich auch der ÖVP zu, macht euch keine Sorgen, die Grünen werden da schon nicht abspringen, sind halt jetzt ein bisschen renitent, aber das wird sich schon über den Sommer wieder legen und dann werden sie auch das wieder tun, zu was sie eigentlich gewählt worden sind. Ein kurzer Satz zum Kollegen Stadtrat der SPÖ, Riedler, der gemeint hat, der Grazer Stadtpolizeikommandant Kemeter kennt sich da so wunderbar aus und auch Kollege Hagenauer hat das gesagt, was das dann für eine Sauerei ist, wenn ich da hergehe und jetzt den Herrn Kemeter kritisieren. Ich zitiere, nein, ich weiß nicht alles, Kollege Riedler, sondern ich zitiere das, was Schwarz auf Weiß ist und bilde mir auch meine Meinung. Ich zitiere Dr. Gerhard Lecker, Leiter des Sicherheits- und der kriminalpolizeilichen Abteilung Graz vom 1.3.2007: Wir gehen davon aus, dass in Graz in kleinerem Rahmen ähnliche Strukturen wie in Wien aufgebaut sein könnten (Klammer auf von mir: Wie die Strukturen in Wien sind, fragt deinen lieben Genossen Häupl, denn der war der erste Bürgermeister, der endlich einmal Initiativen dagegen

ergriffen hat). Ermittlungen laufen, beobachten konnten wir Familienverbände mit bis zu acht Personen, die betteln. Dazu kommen die vom Pfarrer Pucher unterstützten Bettler aus der Slowakei. Einen sogenannten Kapo konnten wir bis jetzt noch nicht überführen, aber wir prüfen. Die von Dr. Lecker im Übrigen zitierten ähnlichen Strukturen in Wien hatten am 6.3.2007 zur Folge, und da erweitere ich jetzt das, was Sissi Potzinger richtigerweise gesagt hat auch mit Zahlen, dass durch eine große Schwerpunktaktion insgesamt 35 Anzeigen gegen die sogenannte organisierte Bettlerkriminalität in Wien durchgeführt wurden, die Wiener Stadtpolizei hat bei dieser Schwerpunktaktion 229 Personen kontrolliert und zehn festgenommen, weitere 35 Anzeigen erfolgten wegen Bettelei, so, lieber Herr Kollege Riedler, der Wiener Stadthauptmann Josef Koppensteiner, im Übrigen ein ausgewiesener Sozialdemokrat in der Wolle gefärbter Träger der Viktor-Adler-Plakette, also ich würde dir wirklich einmal empfehlen, dich schlau zu machen, wie es in deiner Partei ausschaut. Ich weiß, mit 15 % ist das schon sehr krisenhaft, weil tiefer kann man nicht mehr sinken, aber als Stadtparteivorsitzender sollte man durchaus es sich einmal darüber kundig machen, was in der eigenen Stadt und in der eigenen Partei vorgeht und nicht in bester Manier des Herrn Christian Faul hier Gemeinderäte zu diskreditieren, das ist nicht unbedingt das intellektuelle Format dessen Mäntelchen du dir ja immer gerne umhängst. Den Herrn Kollegen Hagenauer, weil er so gerne von Knittelfeld gesprochen hat, darf ich etwas sagen. Ich habe im Kongresshaus Knittelfeld angerufen und gebe auch die Telefonnummer weiter: 03512/86621. Zur Klärung der Streitigkeiten innerhalb der Grünen, ob Frau Vizebürgermeisterin weiterhin 11.000 Euro kassiert und die eigene Partei am Nasenring führt oder nicht, steht das Kongresshaus euch selbstverständlich gerne für eine Landes- oder Stadtversammlung zur Verfügung. Da könnte ihr dann eure Mediationsgespräche auf gutem Boden machen mit ungefähr ähnlichem Ausgang, den auch Kollege Sippel sicherlich hier darlegen könnte. Also das Kongresshaus Knittelfeld hilft euch sicherlich dabei bei eurer Selbstfindung hin wieder zu mehr Grundsätzen der Grünen und weg von der Käuflichkeit eines Regierungsamtes. Wir werden dem Antrag zustimmen, nochmals als erster Schritt zur Bekämpfung des Menschenhandels, nicht zur Missachtung der Menschenrechte, nein, zum Schutz der Menschenrechte und gehen davon aus, dass wir gemeinsam auch mit der ÖVP und der FPÖ hier nach einen richtigen Kurs für Graz gehen werden.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 20.35 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich übergebe nun den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin und melde mich selbst zu Wort. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das dürfte heute ein Gemeinderat werden, der nicht nur an einem Tag stattfindet, sondern auf Grund der zehn weiteren dringlichen Anträge und der enormen Tagesordnung aller Voraussicht nach am Freitag fortgesetzt werden muss. Ich bin zum Thema Bettelei in Graz immer wieder überrascht und auch heute wieder, nicht überrascht, sondern eigentlich auch enttäuscht, was an Interpretationen in der Politik alles so eingebracht wird. Es gibt so viele Interpretationen, die da aufkommen, über die ich mich nur mehr wundern kann. Was will ich als Bürgermeister einer Menschenrechtsstadt? Ich will, und das glaube ich, haben wir in Österreich seit Maria Theresia als gut befunden, dass sowohl in Österreich aber in der ganzen Europäischen Union Kinder zur Schule, gehen und wenn ich heute hier in der Aussendung der Diözese lese, dass der Caritas-Präsident sagt, eine der wenigen Möglichkeiten diesen Problemen zu entkommen, ist die Bildung, dann frage ich mich noch, wie blind manche sein müssen, auch in unserer Stadt, sie brauchen sich nur eine Stunde in dieser Innenstadt gegen Mittag wohin setzen, nur eine Stunde, wenn ich in einem Polizeibericht in Graz lese, dass in den letzten vier Wochen, und in dem Zeitraum bin ich in dieser Stadt gewesen, nur ein einziges Kind gesichtet worden sei, dann frage ich mich, wie blind sind da manche?

***Zwischenruf GR. Hagenauer: Das ist nicht das Problem.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Oh ja, das ist ein Problem, weil dieses Landesgesetz der Polizei...

***Zwischenruf GR. Hagenauer: Das Problem ist, dass die Polizei nichts unternimmt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, diese Polizei sagt, es gibt nur ein bettelndes Kind in den letzten vier Wochen. Dieses Landesgesetz ist so ausgerichtet, dass dieses Kind nichts anderes tun muss, Herr Gemeinderat Hagenauer, als eine Flöte aus der Tasche zu ziehen und schon ist es nicht mehr möglich für einen Polizisten überhaupt nur dagegen vorzugehen oder was zu unternehmen (*Applaus ÖVP*). Ich werde den wesentlichsten Punkt, worin wir uns unterscheiden zwischen KPÖ, Grünen und der SPÖ, heute herausstreichen. Es gibt Fraktionen, und ich glaube, das habe ich heute deutlich herausgehört, die der Meinung sind, dass diese Lebensform der Sinti und Roma, dieses Nicht-zur-Schule-Gehen, dieses Betteln auch als Beruf anzuerkennen, von euch akzeptiert und toleriert wird, und in diesem Punkt sehe ich einen wesentlichen Unterschied...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist eine ganz üble Unterstellung.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe das heute herausgehört und wenn es nicht stimmt, dann ist es gut, dann sage ich allen gegenüber, die das gerne möchten, ich will haben, dass die Kinder in die Schule gehen und ich will haben, dass sie im 21. Jahrhundert in Europa, in Österreich und auch in Graz niemand betteln muss (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Der wesentliche Unterschied, ich bin darauf eingegangen, der wesentliche Unterschied zu der Geschichte, die wir heute mitgeliefert bekommen haben aus dem Jahre 1525, ist eben der, dass diese Stadt damals versucht hat, die fremden Bettler aus der Stadt zu vertreiben und ihnen nichts anbieten wollte, sondern nur die einheimischen Bettler versorgen wollte. Ich bin das zwölfte Jahr in dieser Stadtregierung, ich habe als Finanzreferent und als Bürgermeister alle Initiativen, alle Vereine, alle Organisationen immer ordentlich unterstützt, damit Menschen, die auch

von außen in diese Stadt kommen, nicht betteln müssen. Ich lese heute in dieser Aussendung, und das ist ganz interessant, muss man sich so etwas genauer anschauen, manchmal zögen auch Passanten falsche Schlüsse, so Pucher weiter, es gäbe in Graz eine wegen ihres Leidens als Zitterfrau benannte Bettlerin, von der sich niemand vorstellen könnte, dass sie ohne fremde Hilfe an ihren Stammplatz in der Grazer City gelange, doch die Frau wohne seit Jahren in einem Grazer Caritasheim und schaffe es mit dem Rollstuhl tatsächlich, alleine ihren Bettelplatz aufzusuchen. Diese Frau ist versorgt, diese Frau geht aus meiner Sicht einem Erwerb nach und das möchte ich nicht, ich möchte nicht haben, dass Betteln ein Erwerb ist (*Applaus ÖVP und FPÖ*) und das unterscheidet mich. Wir leben in einer Demokratie, und in einer Demokratie kann es Mehrheiten geben...

***Zwischenruf StRin. Edlinger: Dann wollt ihr alle Bettler nicht.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich möchte nicht haben, dass Menschen betteln müssen und zwar alle nicht, trotz Behinderung, dann tun wir auch was dafür (*Applaus ÖVP und FPÖ*), und wir tun etwas dafür.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, ich möchte ganz was anderes. Es gibt einen Weg, und ich habe es mit dem Herrn Pfarrer Pucher oft diskutiert: Ich will nur nicht haben in einem Land, in dem es angeblich Meinungsfreiheit gibt, dass man eine Meinung nicht äußern darf (*Applaus ÖVP und FPÖ*) und ich werde meine Meinung äußern, so wie es der Herr Pfarrer Pucher tut. Der Herr Pfarrer Pucher hat einen Weg vorgeschlagen, der da lautet, machen wir die Tore auf, ich habe ihm gesagt und ich

habe es mit ihm heftig diskutiert, keine Sorge, ich habe ihm gesagt, ich glaube, dass der Weg, den du einschlägst, kein guter ist. Das habe ich ihm gesagt, ich habe mit ihm das oft ausdiskutiert und ich betone es da auch heute, er möchte einen anderen Weg gehen als ich. Meinungsfreiheit gibt es noch immer und ich bin davon überzeugt, dass die Hilfe vor Ort mehr hilft, dass das Spenden hier in den Hut des Bettlers eigentlich gar nichts bringt, langfristig für diese Menschen einfach nichts bringt und ich betone jetzt einmal von der europäischen Ebene, was ich wirklich einfordern will und wo ich auch nicht müde werde, es nach Brüssel und sonst wohin auf der Welt auch laut hinauszurufen (*Applaus ÖVP*): Wenn in einer Europäischen Union Wirtschaftshilfen in Millionenausmaß in ehemalige Länder des Ostblocks gegeben werden, dann sollte das die Europäische Union nur tun, wenn Minderheitenrechte in diesen Ländern gewahrt werden, und wenn zusätzlich auch die sozialen Bedingungen in diesem Land für diese Menschen erträglich sind. Ich frage mich nämlich auch, wer ist den tatsächlich zuständig in unserer Stadt für dieses Thema? Zum Schluss bleibt ja wie fast alles, was nicht funktioniert, am Bürgermeister hängen und irgendwann erhebt er auch das Wort, weil es in einer Demokratie auch so ist, dass er es erheben muss. Bei mir sind Woche für Woche Menschen, die sagen, was ist denn bei euch los, ob es die Fremden sind, die der Meinung sind, wir sind überhaupt das unsozialste Völkchen hier auf Erden, weil so etwas haben sie überhaupt noch nirgendwo gesehen, und auch die Grazerinnen und Grazer, die zu mir kommen und sagen, Herr Bürgermeister, wir müssen doch endlich einmal etwas tun, das kann doch im 21. Jahrhundert in unserer Stadt nicht ganz normal werden, es kommen ja immer mehr. Ich habe das dem Herrn Pfarrer Pucher im Übrigen gesagt, er hat auch immer gesagt, ich möchte vor allem meine Roma im Bereich von Hostice unterstützen und ich kann mich gut daran erinnern, wie auch die Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl in einer Diskussion, ob wir das begrenzen können und er gesagt hat, das wird niemand aussuchen, wer da betteln darf und wer nicht. Alle Sinti und Roma auf dieser Welt in Graz und in Österreich werden wir im Übrigen mit diesem Berufserwerb auch nicht retten können, da müssen andere Programme und andere Ideen her. Jetzt komme ich aber wieder zurück zu einem für mich ganz, ganz wichtigen Thema. Man kann im Sozialbereich auch oft wegschauen, kümmern sich ja eh der Herr Pfarrer Pucher und andere drum, ich schaue da nicht weg und es ist für mich entwürdigend, menschlich entwürdigend, dass noch niemand in dieser Stadt da war und sich gefragt hat, ob man diese Menschen denn nicht wirklich gleich

operieren könne, auch in der Politik habe ich keine Aufrufe gehört bis zum heutigen Tag.

***Zwischenruf GR. Grosz: Ich habe einen Arzt hingeschickt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, du hast einen Arzt auch hingeschickt, aber wo ist der politische Aufruf? Noch einmal, aber mir ist das ganz, ganz wichtig, das wird in unserer Stadt zum Beispiel nicht diskutiert. Man kann immer wieder darauf hinweisen und da danke ich auch immer für alle guten Ratschläge und für den Fingerzeig. Die österreichische Volkspartei und die Volkspartei in Graz brauchen keine Ratschläge in diese Richtung, und ich finde es auch wirklich mehr als eigenartig, wir haben heute dieses Thema mehr als sachlich diskutiert. Wir sind so vielen Belehrungen ausgesetzt gewesen, zum Teil Beschimpfungen von Heuchlereien bis hin zu einer, aus meiner Sicht, schon mehr als unangenehmen Geschichte, nämlich jemandem sein christlich soziales Gewissen absprechen zu wollen. Wer ein christlich soziales Gewissen hat, macht sich drum Gedanken, wir arbeiten auf vielen Ebenen, wir helfen vor Ort, wir helfen hier Menschen, egal, von wo sie kommen und ich frage mich, wie lange muss einer wirklich Betteln gehen, diese Frage stellt sich nämlich interessanterweise niemand. Wie lange muss jemand wirklich Betteln gehen. Wenn er ein Dach über den Kopf hat, wenn er medizinisch versorgt ist, wenn er Kleidung hat, wenn er Nahrung hat, dann muss er noch immer Betteln gehen? Also geht es darum, dass uns jemand beweisen will, dass wir Armut aushalten müssen, na selbstverständlich, wer ist denn heute noch so blind, dass er diese dramatischen Armutsverhältnisse auf der ganzen Welt überhaupt übersehen kann? Die Debatte, und die finde ich auch schlecht, zu sagen, was stört euch das als ÖVP vielleicht, wenn in der Innenstadtwirtschaft der eine oder andere ein Problem damit hat? Ich will es nicht auf diese, aber es wird immer so als Vorwurf gleich, kommt das mit hinein, es geht euch eh nur ums Wirtschaften oder sonst was. Ja, es gibt auch Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt, die versuchen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchzubekommen, auch in schwierigen Zeiten und die einfach ein Problem damit haben, weil halt auch

so mancher, wenn er dieses Elend sieht, daneben im Gastgarten keine Freude mehr damit hat. Und damit auch Umsatz vielleicht wegfällt, ich will das aber gar nicht als die oberste Debatte führen. Mir ist es nur einmal wichtig zu sagen, darf jemand, darf eine Partei, darf ein Bürgermeister eine andere Meinung haben als andere. Ich glaube, es ist ein Irrweg, auf dem wir uns befinden, es wird immer mehr werden und wenn einmal 2000 dann vielleicht in Graz sind, schaue ich mir an, wie die Debatte dann weitergeht. So wird es nicht funktionieren (*Applaus ÖVP*), es wird vor Ort funktionieren und jetzt noch einmal, um ein solches Thema zu lösen, brauchst du drei Dinge. Das Erste, was du brauchst ist bitte die gesetzliche Regelung. Ich bin Kommunalpolitiker, wir da herinnen haben uns über gesetzliche Regelungen und die genauen Details können wir uns zwar unterhalten, aber eigentlich gibt es dafür einen Landesgesetzgeber. Ich verstehe nicht, wie manche herkommen können und sagen können, in Innsbruck ist das nicht, wir haben gerade angerufen etc. Es sind Fakten, es sind Fakten, dass im Bundesministerium genügend Akten da sind, um nachzuweisen, dass es schlechte Menschen auf der Welt gibt. Weil du das ansprichst, was der Herr Bürgermeister weiß, müsste er doch dringend jemandem sagen. Was ich alles weiß und zwar von der Polizei weiß, kann ich da einmal ein Beispiel jetzt zitieren, weil das das Schlimmste ist, was ich in meinem Leben jemals gehört habe und mir nicht einmal vorstellen konnte. Die Perversion des menschlichen Gehirns oder der Seele, ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll, geht so weit, dass in Amerika Babys gestohlen werden, ich gebe das weiter, weil es mich belastet, Babys gestohlen werden, die verstümmelt werden, um perversen Menschen im Internet zu Missbrauch und zum Ermorden im Internet angeboten werden. Soweit sind wir auf unserem Erdball, ich weiß schon nicht mehr, ob der Herrgott das eigentlich überhaupt alles wollen hat, da gäbe es einiges zu diskutieren, dass das menschliche Gehirn überhaupt zu so etwas in der Lage ist. Die Polizei sucht wie wahnsinnig nach solchen Menschen und es gibt sie, es gibt viele schlechte Menschen auf dieser Welt. Und wenn sich herumspricht, dass man damit Geld machen kann, öffnen wir da vielleicht auch so manchem Tür und Tor, was wir da alle nicht wollen. Ich als Bürgermeister habe keine gesetzliche Hoheit und ich habe auch keine Hoheit, nicht einmal als Bezirkshauptmann kann ich der Grazer Polizei auch nur irgendetwas befehlen. Ich bin Bittsteller und ich sage zum Thema Polizei auch da einmal etwas. Es ist ein Wunder, wenn man in der Landeshauptstadt Graz einen Polizisten auf der Straße sieht, es ist für mich dieser Bericht, dass ein einzelnes Kind

in Graz in den letzten vier Wochen gebettelt hat, nicht auszuhalten. Ich werde mir sowohl den Landespolizeikommandanten als auch den Stadtpolizeikommandanten ins Rathaus einladen (*Applaus ÖVP*), damit wir einmal darüber sprechen, was wirklich los ist. Es geht immer auch ums Vollziehen des Gesetzes, also weder das Gesetz reicht aus, davon gehe ich aus, und mich wundert schon, dass also heute Wortmeldungen kommen, muss ich da vorlesen: Vertreter der katholischen Kirche in der Steiermark haben sich jetzt in die Grazer Bettlerdebatte kritisch zu Wort gemeldet. Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, Caritasdirektor Franz Küberl betonen, die bestehende Gesetzeslage reiche aus, um Ausbeutung zu verhindern und gegen organisierte Bettelerei vorzugehen. Da schau her, bin aber ganz überrascht, selbst mit Gesprächen mit der Polizei sagt mir die Polizei, es reiche eben nicht aus, sie sind dauernd in einem Grenzbereich und es gehört einmal betont. Sie sagen noch etwas da drinnen, das ist heute da auch nicht gefallen: Pfarrer Pucher, scharfe Kritik an der harten politischen Linie sowohl von ÖVP als auch SPÖ übte der Grazer Vinzi-Pfarrer Wolfgang Pucher im Gespräch mit Kathpress, dem Bürgermeister der deklarierten Menschenrechtsstadt Graz Siegfried Nagl warf er vor, mit der Aufforderung, Bettlern keinen Cent zu geben, von seinen christdemokratischen Wurzeln weit abzurücken. Nagl unterstelle, es schade, wenn man bedürftigen Menschen etwas gibt. So, lauter Interpretationen, ich habe gesagt, es hilft, wenn man dort etwas gibt, man möge da nichts mehr geben, weil das wird zu nichts führen und dazu stehe ich bis zur jetzigen Stunde und werde auch weiter dazu stehen. Aber jetzt kommt es für mich, wichtig: Es könne nicht nachgewiesen werden, dass es so etwas wie organisierte Bettelerei gäbe und stimme auch nicht, dass die Erträge an Bettelereiunternehmer abgeliefert werden müssen, wie dies Landeshauptmann Franz Voves behauptet habe. Also auch der Her Landeshauptmann sieht jetzt schon Dinge, die andere nicht sehen. Ich sehe auch Dinge, die andere nicht sehen, und in einer Demokratie ist mir was wichtig. Ich bin in dieser Stadt zweimal zu Wahlen angetreten und ich bin von vielen Grazerinnen und Grazern auch gewählt worden, und diese Grazerinnen und Grazer sehen auch Dinge, die von anderen einfach weggewischt werden und die behaupten, es gäbe das nicht, das sind glaubwürdige Menschen, ich sehe es selber mit meinen Augen und deswegen verstehe ich den Pfarrer Pucher nicht, dass er in dieser Diktion auch über andere urteilt und den Finger so aufhebt. Ich, Siegfried Nagl, als Bürgermeister dieser Menschenrechtsstadt habe in keinsten Weise, und ich betone das da noch einmal, irgendeine Landtagswahldebatte oder sonst etwas vom Zaun

gebrochen, ich habe das ausgesprochen, was viele Menschen uns tagtäglich sagen, wo immer wir hinkommen in unseren Büros, über E-Mail, über Anrufe, kann jeder gerne auch einmal sich den Grazerinnen und Grazern stellen, denen das nicht passt und mit ihnen drüber diskutieren, und dieses Thema habe ich aufgenommen und versuche es mit meinem Gewissen zu vereinbaren, was ich da tue und was ich da sage. Und ich habe kein schlechtes Gewissen dabei zu sagen, dass in diesem 21. Jahrhundert die Bettelei weder als Beruf noch als Erwerb angesehen werden sollte und dabei bleibe ich (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Wir haben uns in der Fraktion schwer durchgerungen kein Bettelverbot generell zu wollen, das ist mir wichtig, dass ich das auch an die Adresse der grünen Koalitionspartner sage. Kein generelles Betteleiverbot, mich stört es auch, dass jetzt, morgen wird es in einer Zeitung stehen, so herauskommt, der Siegfried Nagl möchte nur das Betteln von behinderten Personen verbieten, ich möchte den Missbrauch, das Zur-Schau-Stellen von Körperbehinderungen, das möchte ich unterbinden und da sind viele Menschen dabei, die darin ihren Broterwerb sehen, ich werde das nie können, ich kann das auch nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, dass wir diesen Weg gehen und ich glaube, wir sind gut beraten, weiterhin unsere Sozialeinrichtungen vor Ort zu unterstützen, wir sind gut daran beraten, dem Gesetzgeber jetzt auch dieses Feld zu überlassen, ich bin ja selber gespannt, was herauskommt und ich hoffe, dass dieses Landesgesetz besser ist als das, was wir bisher haben. Und eines werde ich sowieso nimmer verstehen, man kann sich ja auch umtaufen, wenn ich mir dieses Landessicherheitsgesetz, das wir jetzt einfordern, anschau und weiß, dass es strengere im Lande Österreich gibt und die sind nachweislich da, also Salzburg und Tirol sind das Beispiel, wenn man jetzt nichts anderes oder uns wünschen und hier vorschlagen als das Wiener Landessicherheitsgesetz, dann frage ich mich, sind die Tiroler, sind die Salzburger, sind die Wiener deswegen unmenschlicher, was debattieren wir denn da eigentlich? Sind die alle unmenschlicher die Politiker, die das dort beschlossen haben. Die Politik ist unmenschlicher, als das, was wir da tun in Wien, in Salzburg, na ich frage mich das nur, weil es ist der große Aufschrei so quasi, das was ich da einfordere, sei das Unmenschlichste auf der Welt, so kommt es ja heraus, alle belehren uns, wir haben christliches Gewissen...

***Zwischenruf GRin. Binder: Wir wollen es nicht.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und jetzt sind wir wieder bei der richtigen Debatte, Frau Binder, Sie wollen das so nicht und ich will das andere nicht, und das muss man doch akzeptieren können in einer Demokratie. Ich habe keinem vorgeworfen, dass er nicht sozial sei, dass er in seinem Glauben abweiche, ich habe niemandem unterstellt, dass...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Du hast das gerade gesagt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Da verstehe ich nur die Linie nicht,...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das tue ich nicht, lieber Wolfgang, ganz einfach, ich verstehe die Linie nicht, die ihr habt. Der Herr Landeshauptmann Franz Voves sagt, da ist Handlungsbedarf. Der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien hat schon längst gehandelt, die Landeshauptfrau Gabi Burgstaller auf Landesebene hat dieses Gesetz, ich weiß nicht, wann es gekommen ist, zumindest nicht verändert. Da frage ich mich, warum gibt es so viele unterschiedliche Ansichten, warum gibt es immer die große Aufregung, wenn ich das ausspreche, was viele Grazerinnen und Grazer sich auch schon denken und eine Abhilfe haben wollen? Die Abhilfe, die wir schaffen können ist vor Ort sozial zu sein und war, hier bei uns Projekte zu unterstützen, die dort wirklich auch was bewegen. Es gibt ein tolles Projekt, nämlich die Frauenrechte

vielleicht einmal in diesen Ländern verstärkt einzufordern, dazu braucht man gute Anwälte und die zum Beispiel zu unterstützen, das ist ein Projekt, das dort wirklich hilft. Ich werde die Debatte eh nicht mehr in die Länge ziehen, ich glaube, ich war lang genug, es erinnert mich diese Debatte auch wieder daran, was wir in der Stadt schon zu einem Sozialbereich hatten, wo es um den Erzherzog-Johann-Brunnen ging. Große Aufregung, große Empörung, auf einmal ist Menschen eingefallen in dieser Stadt, dass es auch andere Lösungsmöglichkeiten geben kann und diese anderen Lösungsmöglichkeiten haben immerhin dazu geführt, dass diese Personengruppe heute zum Großteil beruflich integriert ist, wohnversorgt ist und vieles mehr. Das würde ich mir wünschen in dieser... aber diese Buchsbäumchen waren notwendig, dass die Sozialstadträtin damals nachgedacht hat, verstärkt Gelder vorgeschlagen hat und Projekte... (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: So viel Selbstgefälligkeit passt auf keine Kuhhaut.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Wolfgang Riedler, Herr Stadtrat, wenn du von Selbstgefälligkeit hier sprichst und einem anderen Gemeinderat heute hier Unglaubliches vorgeworfen hast, dass er quasi diese Redekunst gar nie erreichen wird und die Inhalte, dann muss ich dir ganz ehrlich sagen, kann das da herinnen, glaube ich, niemand mehr verstehen, das hat nichts mit Selbstgefälligkeit zu tun (*Applaus ÖVP, FPÖ und BZÖ*). Du hast das heute einem Gemeinderat gesagt. Es gibt unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen, aber eines lasse ich weder mir, und zwar von niemandem, noch meiner Partei vorwerfen, dass das nur politisches, parteipolitisches Kalkül sei und dass es uns nicht um die Menschen in dieser Stadt ginge, ganz egal, von wo sie kommen. Wir haben einen anderen Ansatz, wir wollen das Problem anders anpacken als so mancher hier und ich möchte, und ich habe es dem Pfarrer Pucher damals schon deutlich gesagt, der Weg, den er geht, wird die Probleme nicht lösen, sie werden stärker werden und genau diesen Punkt haben wir jetzt. Wir haben einmal

von 40 und 80 Personen gesprochen, mittlerweile reden wir so selbstverständlich zwischen 150 und 200 Personen und das kann...

*Zwischenruf StRin. Edlinger. 220 bis 250 hat der Antragsteller gesagt, ich weiß nicht, wie ihr zählt.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist ja ganz egal, auf diese Art und Weise lösen wir die Probleme nicht. Und ich habe den Pfarrer Herrn Pucher immer eines unterstellt, ich habe ihm unterstellt, dass er alles in seiner Kraft tut, um Menschen zu helfen. Ich habe ihn einmal auch gebeten, er möge auch vor Ort, ich glaube, in der Zwischenzeit ist es auch passiert, mit seinem Orden eine Institution gründen, um dort auch gleich zu helfen und ich habe ihm relativ deutlich gesagt, dass wir uns in diesem Weg unterscheiden, das wird auch so bleiben. Ich glaube nicht, dass der Weg, den er eingeschlagen hat, zum Ziel führt, ich weiß, dass es unterschiedliche Ansichten dazu gibt, aber ich ersuche auch alle Parteien drum, dass sie das, worauf wir uns in der Volkspartei auch geeinigt haben, auch akzeptieren und diesen Weg gehen. Das lautet, dass Menschen, die vor Ort wirkliche Probleme haben, auch betteln können, aber wir sind nicht mehr mit dabei zuzuschauen, wie viele, viele Menschen in diese Stadt zu uns gebracht werden und die aus meiner Sicht, beim Kind brauchen wir gar nicht drüber debattieren, missbraucht werden und ich möchte auch haben, dass der Landesgesetzgeber jene Lücken schließt, dass auch niemand, keine Menschen mit Behinderung missbraucht werden, und um das geht es und um sonst gar nichts und alle anderen Interpretationen möge jeder selbst verantworten (*Applaus ÖVP, FPÖ und BZÖ*).

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.00 Uhr den Vorsitz.*

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich würde einmal Folgendes sagen, ich kann in meinem Worten nichts entdecken, womit ich irgendwen belehrt hätte, insbesondere nicht dich, aber ich habe auf verschiedene Fehler in eurem Antrag hingewiesen und du hast das wohlweislich unterlassen, irgendwie zu erklären, warum das nicht stimmt, was ich sage, weil du es wahrscheinlich nicht erklären könntest. Der Punkt, deswegen ich mich zu Wort gemeldet habe, ich rege mich nicht drüber auf, dass du die Zwischenrufe vom Kollegen Grosz, weil ich rufe auch gerne dazwischen, in deiner Vorsitzführung ignorierst und dass man sich hier heraußen alles Mögliche gefallen lassen muss, Beleidigungen, Frechheiten, auf die du nicht reagierst sehr gerne und wenn man dann sich zur Wehr setzt, rhetorisch, durchaus im Rahmen dessen, was akzeptabel ist, dann nimmst du das zum Anlass, um wieder zu belehren. Wir haben einen Bürgermeister, der ständig alle belehren will, der den moralischen Zeigefinger erhebt und uns erklären will, was gerechtfertigt ist oder nicht.

**Zwischenruf GRin. Gesek: *Es gibt keinen, der mehr belehrt als Sie, Sie sind ja der Oberlehrer.***

StR. Dr. **Riedler**: Ich lasse dir deine Meinung, ich sage nur, dass ich der Meinung bin, dass die Vorschläge nicht zu dem Ziel führen werden, was du sagst. Und ich sage nur, dass eine Verwaltungsbestimmung in einem Landesstrafgesetz nicht zu dem Effekt führen wird, von dem du vorgibst, dass er eintreten soll und ich sage nur, dass wir anderer Meinung sind in dem einen Punkt, dass die Ärmsten, von denen du so viel und so gerne redest und deine Werthaltungen auch immer wieder begründend vorschiebst, dass diese Menschen nicht bestraft werden sollen und da bin ich tatsächlich anderer Meinung als du, wir wollen diese Menschen nicht bestrafen und das muss doch möglich sein, das zu sagen, ohne dass man oberlehrerhaft zurechtgewiesen wird.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Er hat nur gesagt, was er will.***

StR. Dr. **Riedler**: Aber der größte Punkt, und das weise ich jetzt schlicht und einfach zurück, dieser Bürgermeister, der immer verlangt, dass ihm alle zuhören mögen, dieser Bürgermeister unterstellt einer Reihe von Fraktionen und auch der sozialdemokratischen Fraktion, dass es ihr lieber wäre, dass Kinder nicht in die Schule gehen, sondern ihrer Lebensweise des Bettelns auf der Straße nachgehen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die sich noch kein Bürgermeister jemals in diesem Haus erlaubt hat, so etwas der sozialdemokratischen Fraktion oder den Grünen oder den Kommunisten vorzuwerfen (*Applaus SPÖ*). Und wenn er das tut, dann überschreitet er jede Grenze, die in diesem Fall angebracht war und hat jedes Recht verloren, über andere den Stab zu brechen, wie er es so gerne tut und hier vorführt. In Wirklichkeit ist das eine ungeheuerliche Unterstellung für eine sozialdemokratische Partei, die neben anderem dafür gesorgt hat, dass es heute ein gutes Bildungssystem in diesem Land gibt, das lassen wir uns nicht gefallen und das weise ich hiermit klar zurück. Ich fände es angebracht, dass du dich dafür entschuldigst, ich sage es ganz einfach (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Titz**: Werte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich habe soviel Betulichkeit kaum wahrgenommen wie bei dieser Debatte und möchte ganz kurz Sie nur an eines erinnern. Es hat früher Jahrmärkte gegeben, wo Menschen mit Deformationen ausgestellt worden sind. Jetzt frage ich Sie bitte, man ist hingegangen, hat einen Opfergroschen gegeben und ist dort hingegangen, um Menschen zu sehen, die einen Wasserkopf hatte, die andere Deformationen hatten, jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, die Sie hier diskutieren: Würden Sie das ablehnen, dass solche Jahrmärkte aufgeführt werden? Ich glaube, keiner herinnen, der Beschluss wäre einstimmig, würde zustimmen, einen solchen Jahrmarkt abzuhalten und jetzt, meine Damen und Herren, bitte erklären Sie mir den Unterschied, wenn die Grazer Herrengasse zur Schaubühne wird, wo Deformationen dargestellt werden, erklären Sie mir bitte diesen Unterschied, worin hier der

Unterschied besteht, ob man jetzt in einen geschlossenen Raum geht oder ob man die Menschen auf der Straße sieht (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Herr Kollege Titz! Ein Versuch, er kann auch danebengehen. Das Betteln ist kein Jahrmarkt, kein Jahrmarkt auf offener Straße, das ist das eine.

*Zwischenruf GR. Mag. Titz: Das wissen wir eh.*

GRin. **Binder**: Das andere ist, wenn Betteln für Menschen, die es notwendig haben, möglich sein muss, dann muss es auch möglich sein für Menschen, die eine Behinderung haben, weil wir nicht selektieren und sagen, die einen dürfen und die anderen dürfen nicht, weil sie eine Behinderung haben. Das ist nicht vergleichbar mit dem, was Sie gesagt haben.

StRin. **Edlinger**: Herr Gemeinderat Titz, wenn sie hier schon die Historie bemühen, dann darf ich das auch tun, es hat früher eine Zeit gegeben, wo Eltern ihre Kinder, wenn sie eine Behinderung hatten, weggesperrt haben, nicht hergezeigt haben, sich dafür geschämt haben, Kinder mit einer Behinderung nicht auf die Straße gegangen sind, wo Menschen oft ihr Leben lang weggesperrt waren, und das ist auch etwas in der Diskussion, wenn es darum geht, wird etwas zur Schau gestellt oder nicht. Was für mich schon die Frage ist, und ich unterstelle das niemandem da herinnen, das habe ich auch im Behindertenbeirat gesagt, ich unterstelle das niemandem da herinnen, aber bei manchen frage ich mich, ob nicht einfach dieses Nicht-Sehen-Wollen schon auch mit ein Grund ist, dass man Bettler und Bettlerinnen mit Behinderung nicht mehr in der Stadt auf der Straße sehen will (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Jetzt gäbe es zur Zusammenfassung Etliches zu sagen, angesichts der Zeit werde ich mich ganz kurz fassen. Herausgekommen ist, dass wir zuerst schauen, das war auch der Antrag von Kurt Hohensinner beim vorletzten Gemeinderat, können wir etwas tun, können wir etwas bewegen und wie können wir etwas tun, um zu helfen und erst dann auch sagen, was wir hier in Graz nicht wollen. Zuerst ist es auf wenig Gegenliebe gestoßen, der Kurt hat inzwischen auch mit Freunden von uns sehr gut gearbeitet für den zweiten Arbeitskreis, um entsprechende Vorschläge zu machen und zu zeigen, dass man sehr wohl etwas machen kann. Das machen wir auch, das zeigt auch die Ernsthaftigkeit, dass wir tatsächlich etwas bewegen wollen. Die Ernsthaftigkeit geht mir manchmal beim Kollegen Wolfgang Riedler dann ab, der sich dann auf den frei gewordenen Platz der Gemeinderätin setzt, herausschreit, Zwischenrufe macht, das ist aber natürlich, wenn man lange Abgeordneter war, ist es schwierig, auf der Regierungsbank zu bleiben. Faktum ist nämlich, dass es natürlich im Bereich der Sozialdemokratie gerade auf Landesseite diese Möglichkeiten gäbe, da vor Ort zu helfen, weil das Land hat ja ein entwicklungspolitisches Referat, dort wäre es ja angezeigt, dass man entsprechende Unterstützungen, Kooperationen über die diversen Regionalräte, die wir besetzen, auch der Herr Landesrat Flecker, dessen Nachfolger der Wolfgang Riedler ja werden möchte, der fliegt nach Nicaragua, um viel Geld, fördert dort um 50.000 Euro Projekte, er nimmt 500.000 Euro, um seine eigene Jugendzeit aufleben zu lassen, aber wenn das Welthaus ansucht um Unterstützung für Projekte, für Projekte in der Slowakei zur Unterstützung von Rechtsanwälten, die den Roma und Sinti helfen sollen, dann ist leider bei knapp 10.000 bis 12.000 Euro schnell einmal ein Schlussstrich gezogen. Soweit zur Ernsthaftigkeit, mit der die Sozialdemokratie diesem Thema begegnet und wie sehr sie bemüht ist, tatsächlich die Situation vor Ort zu ändern, die uns vorwirft, dass wir hier unredlich sind und dass wir in Wirklichkeit ja nur die Bettler weg haben wollen. Ich frage mich wirklich, im Land seid nur ihr zuständig, Wolfgang, dort gibt es die entsprechenden Einrichtungen, wo ist dein Aufschrei gegenüber deinem Landesrat, dass er in diese Richtung aber überhaupt nichts übrig hat für die Ansuchen. Ich werde einmal eine Abrechnung geben vom Welthaus, wie sehr das Land das fördert diese Projekte, das ist jämmerlich, dafür fliegen wir um viele Tausend Euro nach Nicaragua, dafür stellen wir um 500.000 Euro einen Joint in die Stadt hinein, also das ist wirklich jämmerlich, was ihr da aufführt (*Applaus ÖVP*). Die Abläufe haben wir in den letzten zwei

Wochen während einer Überwachungsaktion genau eruiert, sagt der Polizeichef. Bei der Aktion wurden über 100 Personen ins Visier genommen, nach den Beobachtungen der Polizei werde in zwei Varianten der organisierten Bettelerei nachgegangen. Bei der ersten kaufen Betteltouristen an einem Treffpunkt im Ausland für 200 Euro eine Tageskarte, sie werden dafür hierher gefahren, erhalten am Bahnhof einen Stadtplan, auf dem die lohnenden Standorte eingezeichnet sind und abends werden sie wieder nach Hause chauffiert. Menschen, darunter Kinder und Behinderte, werden hergefahren, ihre Sammelbecher werden regelmäßig von Läufern geleert, die die Münzen in Noten umtauschen oder das Geld bei Straßenmusikern deponieren. Diese Leute verdienen pro Tag bis zu 500 Euro. Die organisierte ausländische Bettlerei setzt Bettler, setzt gezielt Kinder und Behinderte ein und nutzt so ein Abhängigkeitsverhältnis aus, aus dem es oft kein Entrinnen gibt. Zwei versehrte Männer mussten vor einigen Wochen medizinisch versorgt werden, sie wurden inzwischen nach Rumänien zurückgeführt, von dort und aus Bulgarien kommen die meisten Bettler, viele sind davon Roma. Der Bericht wurde am 19.5.2009 gegeben von einem Polizeioberst, allerdings in Bern, aber es wird bei uns in Graz alles anders sein. Wer das glaubt und sich davor verschließt, dass man in diese Richtung auch etwas tun muss, der ist wirklich auf dem falschen Weg. Deshalb haben wir uns bemüht, sehr sachlich zu formulieren, um was es uns geht, wer geschützt werden soll, was möglich sein soll und was nicht und ich glaube, dass sehr viele Grazerinnen und Grazer mit dieser sehr klaren Haltung viel mehr anfangen können als mit dieser, ich habe es heute schon einmal gesagt, mit dieser Moraldespotie, mit der wir hier konfrontiert waren. Ich bitte um Annahme des Antrages (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: So, jetzt machen wir einmal die Abstimmung zuerst. Ich sage jetzt gleich noch einmal, wir werden jetzt einmal zum Abänderungsantrag kommen, dann zum Antrag und zum Schluss zum Zusatzantrag. Jetzt darf ich bitten, dass sich möglichst alle Gemeinderatsmitglieder hinsetzen, Herr Klubobmann Karl-Heinz Herper hat mich, soweit ich das richtig verstanden habe, gebeten darum, dass namentlich abgestimmt wird. Also es steht ein Antrag auf namentliche Abstimmung.

*Der Antrag um namentliche Abstimmung wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt komme ich zum Abänderungsantrag, der Abänderungsantrag der freiheitlichen Partei, vorgebracht von Herrn Armin Sippel. lautet: Im Punkt eins, das Betteln soll generell unter Strafe gestellt werden im Punkt 2 schutzbedürftige Gruppen sollen, das sind neben den Minderjährigen auch Kranke und behinderte Menschen durch entsprechende Regelungen besonders berücksichtigt werden.

*Der Abänderungsantrag von GR. Sippel wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Zusatzantrag des BZÖ. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelerei, zur Bekämpfung des Menschen- und Kindeshandels im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und dies unabhängig vom Ausgang der ans Land gerichteten Petition bezüglich der Novellierung des Landessicherheitsgesetzes bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im September 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen.

*Der Zusatzantrag vom BZÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Unterbrechung des Gemeindrates von 21.18 bis 21.55 Uhr.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor der Herr Gemeinderat das Wort ergreift, möchte ich auf Grund eines Gesprächs mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratie und mit Herrn Gemeinderat Fabisch etwas richtig stellen. Ich habe in meiner Rede auch in Emotion vorher quasi die Behauptung aufgestellt, dass ich das Gefühl habe, dass ein Unterschied existiert, der da lautet, dass die Lebensform der Roma mit der Art, dass Kinder auch nicht zur Schule gehen und damit, dass sie das Betteln als einen Erwerb, quasi auch als einen Beruf sehen, uns unterscheidet und habe die SPÖ und die KPÖ und die Grünen da erwähnt. Die beiden Fraktionen waren bei mir, ich weiß nicht, ich habe es aus irgendeinem Debattenbeitrag bei mir gehabt, ich weiß nicht, ob es die Frau Binder war, die KPÖ und die SPÖ haben mir hier vermitteln können, dass sie wohl weder das eine noch das andere in dieser Form auch gut heißen, deswegen ziehe ich diese Aussagen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Das ist in der Emotion so passiert und ich bitte, das auch zu akzeptieren (*Applaus ÖVP*).

### 3) Organisiertes Betteln

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir bleiben vorerst noch beim Abend bestimmenden Thema, nämlich der Bettelerei, wobei, glaube ich, gerade die Diskussion, die wir früher jetzt über die eine oder andere Stunde geführt haben, ein Hinweis war auch darauf, dass mein jetzt folgender dringlicher Antrag nicht unwesentlich ist, sondern vielleicht die eine oder andere Klarheit in Zukunft bringen könnte. Weil allein hier bei diversen Wortmeldungen hat man feststellen können, dass es sehr viele offene Fragen gibt, Vermutungen gibt, ob es jetzt dieses organisierte Verbrechen oder dieses organisierte Betteln hier gibt und aus diesem Grund, glaube ich, ist es sinnvoll, hier einmal objektiv feststellen zu lassen und nicht nur Vermutungen hier in den Raum zu stellen von unterschiedlicher Seite, die einen behaupten, es gibt diese organisierte Bettelerei, die anderen behaupten, es gibt sie nicht, und aus diesem Grunde wollen wir hier eine objektive Feststellung durchgeführt wissen und wie gesagt nun zu

meinem Antragstext. Bereits seit vielen Jahren wird in mehr oder weniger deutlicher Form behauptet, dass gleichsam professionelle Strukturen mit verantwortlich dafür wären, dass in Graz sehr viele Menschen aus Ost- und Südosteuropa betteln. Von organisierter Bettelerei ist da die Rede und davon, dass viele Menschen durch diverse Hintermänner in ihrer Heimat entweder gezwungen würden, in Graz zu betteln und das Geld größtenteils an diese abzugeben, oder aber, dass sie für eine Art „Grundgehalt“ hier in Graz auf der Straße sitzen und der darüber hinaus gehende Tageserlös von diesen Hintermännern einkassiert würde.

Wie gesagt: Diese Aussagen stehen stetig im Raum und wurden am Sonntag...

### *Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Eichberger**: Ich höre gerade, dass es eine Vereinbarung gibt, dass es bei den dringlichen Anträgen es auch nur mehr um den Antragstext geht. Halte mich natürlich dran. Muss vorweg eines kundtun jetzt zum Antragstext, wir haben diesen ursprünglichen Antragstext in geringerer Form abgeändert, ich weiß nicht, inwieweit auch die Schriftführung jetzt die Letztfassung hat, darf ich dann geben, darf aber jetzt zum neuen, wir haben es an die Klubs verteilt, die Neufassung.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Bürgermeister wird beauftragt, Innenministerin Maria Fekter zu ersuchen, unpräjudiziell per Weisung alle Polizeidienststellen aufzufordern, dem Vorwurf des Bürgermeisters der organisierten Bettelerei in Graz umgehend nachzugehen und, sofern dieser sich als richtig erweist, die organisierte Bettelerei unter Inanspruchnahme

der entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen augenblicklich zu unterbinden. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Aufgrund eines Aufnahmefehlers konnten die Wortmeldungen von Bgm. Mag. Nagl und GR. Eichberger nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **4) Demokratiereform/Verfassungskonferenz**

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Einerseits haben wir PolitikerInnenverdrossenheit, eine gefährliche Politikmüdigkeit festzustellen. Wichtig ist auch, das Misstrauen, das gegenüber Politik im Besonderen und demokratischen Parteien manifest wird, wenn man an bestimmte Wahlgänge zuletzt auch bei der EU-Wahl denkt, das heißt, es geht um mehr Transparenz, es geht um Bezirksdemokratieausbau, es geht um Stärkung der Rechte des Gemeinderates. Unser Parteivorsitzender hat gemeinsam mit Elke Edlinger und mir erst vor kurzem eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie wir im Sinne des Selbstwertgefühls und auch im Sinne der Entscheidungstransparenz hier im Gemeinderat diese verbessern können, unsere Beiträge geliefert, das heißt, BürgerInnenzentren in allen

Stadtbezirken, BürgerInnenbefragung auf Bezirksebene, BürgerInnenbefragung mittels Briefwahl, die BürgerInnenstunde, Direktübertragungen von Gemeinderatssitzungen im Internet, verpflichtende Behandlung von Bezirks- und Gemeinderatsanträgen, Zweidrittel-Mehrheit bei Änderungsanträgen beziehungsweise Änderungen bei Statut der Stadt Graz und der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, mehr Kontrolle der Beteiligungen, an denen die öffentliche Hand und die Stadt Graz hält durch den Gemeinderat, mehr Oppositionsrechte, Demokratisierung der Gemeinderatssitzungen. Ein Stück, das zumindest heute auf der Tagesordnung gestanden wäre, neue Geschäftsordnung der Gemeinderatssitzung, die aber zurückgestellt worden ist.

Ich stelle also namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass wir mehr Demokratie wagen müssen, sollen hier und der Erweiterung der Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, Verbesserung der Transparenz in den Entscheidungsprozessen, der Ausbau der Bezirksdemokratie und die Stärkung der Rechte des Gemeinderates, wie ich angeführt habe. Das heißt, wir fordern noch im Herbst dieses Jahres eine Demokratie- und Verfassungskonferenz mit VertreterInnen aller Gemeinderatsparteien, zwei von der Plattform der Grazer BürgerInneninitiativen nominierten Persönlichkeiten, VerfassungsexpertInnen sowie allenfalls noch zu nominierenden TeilnehmerInnen, um hier dieses Maßnahmenbündel gemeinsam mit allen Fraktionen und dem Stichwort „Mehr Demokratie wagen in Graz“ zu erarbeiten. Bitte um Annahme dieser Verfassungskonferenz. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dr. **Piffi-Percevic** zum Antrag: Ich stelle einen Abänderungsantrag namens der Volkspartei, dass vorerst keine nach außen wirkenden Maßnahmen getroffen werden, sondern die Magistratsabteilung Präsidialamt wird um einen

Informationsbericht ersucht, damit wir eine Grundlage haben, welche Relevanzen legislativer Art umsetzungsmäßig, bevor wir dann durchaus bereit sind, auch eine Konferenz einzuberufen. Abänderung, Ausschuss befassen mit einem Informationsstück. Danke, bis Oktober Fristsetzung (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir können uns vollinhaltlich, nicht den zehn kleinen Negerlein, sondern den zehn Geboten der SPÖ anschließen, wobei wir, das Einzige wo wir ein bisschen Bauchweh haben, ist der Punkt 7 mit der Zwei-Drittel-Mehrheit den Abänderungsanträgen und Änderung des Statutes der Stadt Graz und der Geschäftsordnung des Gemeinderates, das sollte man vielleicht einmal im Laufe eines Diskussionsprozesses noch überlegen. Weil wenn wirklich diese Zwei-Drittel-Mehrheit gibt, dann gibt es fast nur eine Versteinerung. Wo wir uns nicht anfreunden können ist, muss ich ehrlich sagen, mit dem Abänderungsantrag, das verstehe ich nicht ganz, muss ich ganz ehrlich sagen, weil was sollte da noch viel überprüft werden? Ich glaube, dass dieser Abänderungsantrag nur darauf hinausläuft, ein Begräbnis erster Klasse dem Antrag der SPÖ zu beschern und wie gesagt, wir werden dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, während wir dem Hauptantrag zustimmen werden. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

#### **4) Schaffung von Grillplätzen**

GR. **Schneider** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt gerade im Sommer tut man das gerne, nämlich sich einfach mit FreundInnen oder der Familie treffen und den

Griller aufzustellen, einzuheizen und sich was Gutes zu grillen, sei es jetzt, dass das eine Kuh ist oder sei es jetzt, dass das Zucchini oder sonstiges Gemüse ist, das ist alles möglich. Das Grillen ist da ja nicht einschränkend in irgendeiner Art und Weise. Nur sind wir draufgekommen, dass das Grillen halt in Graz momentan verboten ist im öffentlichen Raum, das trifft natürlich alle, die keinen Garten haben und davon gibt es doch recht viele Leute in Graz, und auch denen wollen wir eine Grillmöglichkeit verschaffen. Ein bisschen verschärft worden ist das Problem dadurch, dass die Gemeinde Thal auch ein Grillverbot erlassen hat am Thalersee. In dem Zusammenhang würde ich vielleicht auch den Herrn Bürgermeister bitten, wenn er das nächste Mal den Bürgermeister von Thal trifft, mit ihm da auch drüber zu sprechen, weil der Bürgermeister von Thal sagt, dass da eben ein hoher Aufwand entsteht durch Müll und so. Ich meine, ich bin dort selber öfter, so schlimm ist es zwar nicht, aber vielleicht kann der Herr Bürgermeister daher im positiven Sinne einwirken auf den Herrn Bürgermeister unserer Nachbargemeinde.

Jedenfalls wollen wir dem abhelfen, dass es diese Grillmöglichkeiten in Graz im öffentlichen Raum nicht gibt. Selbstverständlich muss man das genau definieren, wo es die geben soll in Zukunft, abgrenzen, auch Regeln entwickeln, wie das genutzt werden kann dann, damit es da keine Konflikte gibt, keine Konflikte um die Grillplätze, keine Konflikte mit AnrainerInnen etc.

Deswegen darf ich ganz kurz und bündig den folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

stellen: Der Gemeinderat möge beschließen:

die zuständigen Stellen, Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl und Herrn Stadtrat Gerhard Rüschi, aufzufordern, ein Konzept zur Schaffung von ausreichend gut erreichbaren, öffentlichen Grillplätzen im Grazer Stadtgebiet auszuarbeiten, geeignete Standorte vorzuschlagen, ein Nutzungskonzept und Nutzungsregeln für diese Grillzonen auszuarbeiten und eine entsprechende Novelle der Grazer Grünanlagenverordnung ebenfalls auszuarbeiten. Über das alles soll auch spätestens im Dezember dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung Information erstattet werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Wir Freiheitliche lehnen den Antrag aus Umweltschutzgründen ab. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Schröck** zum Antrag: Also diesmal kein Abänderungsantrag, ohne Knoblauch grillen oder so irgendwas. Also, werter Herr Gemeinderat, es ist tatsächlich Ihr Ernst, Sie haben diesen Antrag tatsächlich als dringlich eingebracht. Ich bin der Meinung, dass es in Graz wahrlich dringlichere Probleme gibt, als das Grillen hier faktisch zum Menschenrecht zu erheben. Mir ist klar, dass Grillen in entsprechender Umgebung und Atmosphäre ein angenehmes Vergnügen ist, aber es handelt sich hierbei um nichts anderes als um ganz simple Nahrungsaufnahme. Also, das muss man schon einmal so sehen, das zu einem politischen Großthema zu machen, scheint mir dann doch etwas kühn und übertrieben. Also, abgesehen von den Gefahren, die das Grillen in Parks durchaus auch bergen kann, wenn man ein bisschen ungeschickt ist, ich denke da nur an Feuerentfachung, Verletzungen, braucht man eben, wie Sie selbst gesagt haben, nur noch Thal bei Graz schauen, wo solche Grillorgien ausgeartet sind und dort nach diesen Grillagen wahrliche Müllhalden hinterlassen wurden, was ja sicher auch nicht in Ihrem grünen Sinne sein kann. Das Geld in Graz ist wahrlich rar geworden, wir sollten es nicht für solche weniger dringlichen Probleme ausgeben. Es bleibt Ihnen und Ihrer Fraktion natürlich unbenommen, private Grillklubs oder Grillgemeinschaften zu gründen oder einfach nur einen einfachen Küchengriller vielleicht zu kaufen, aber bitte nicht mehr solche Anträge als dringlich hier einbringen, und die Kunst des Grillens ist es ja, dass man das Fleisch auf heißer Luft gart, das ist Ihnen wirklich gut gelungen heute, Sie bekommen den Preis, Sie sind der beste Grillmaster hier im Gemeinderat und weiterhin im Grilljargon zu bleiben, dieser Antrag ist wirklich für die Würste. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Schneider**: Vielen Dank für die vielen qualifizierten Wortmeldungen. Keine Sorge, es ist keine Petition an die UNO-Generalversammlung, die Charta der Menschenrechte zu erweitern, die Sorge kann ich gleich wegnehmen. Zu einem anderen Argument, als Soziologe muss ich schon eines dazusagen, es handelt sich eben nicht nur um Nahrungsaufnahme, sondern ein gemeinsames Grillerlebnis hat noch andere Funktionen, soziale nämlich, die sehr wichtig sind und die wir allen Menschen in der Stadt zur Verfügung stellen wollen. Das ist ein Defizit, dem wir abhelfen wollen in der Stadt, und nächstes Jahr werden wir dann grillen und da seid dann auch ihr letztlich dann herzlich dazu eingeladen, da teilzunehmen und auch zu grillen. Was den Umweltschutzaspekt angeht, es ist ein Naturerlebnis zu grillen und die Natur ist nichts, was wir unter die Käseglocke stellen wollen...

*Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.*

GR. **Schneider**: Herr Kollege, vielleicht kann man sogar eine Zone einrichten, wo Ihrem Wunsch nach FKK-Grillen gerecht gemacht werden kann, da müssen Sie dann drüber reden. Zum Umweltschutz, erstens wir wollen die Natur nicht unter eine Käseglocke stellen, sondern die Natur soll erlebt werden und Grillen gehört dazu.

*Zwischenruf GR. Grosz: Das Osterfeuer auch.*

GR. **Schneider**: Selbstverständlich und deswegen beauftragen wir ja auch die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates, da gute Lösungen auszuarbeiten und gute Orte zu finden, das zu machen und selbstverständlich wird auch das Müllproblem gelöst werden. Ich freue mich schon drauf, dass wir dann nächstes Jahr dann loslegen können. Machen wir dann. In diesem Sinne bitte ich um Annahme. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

## 5) Austritt Österreichs aus Euratom

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Ganz kurz, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dringlich ist, weil es EU-weite Initiativen gibt, die Atomkraft weiter zu pushen. Ich darf die Grünen beruhigen, es hat sogar die Bundessprecherin Glawischnig und EU-Abgeordnete Lunacek treten klar für den sofortigen Ausstieg ein. Eine kleine Korrektur bitte ich vorzunehmen, im Motivenbericht ein entscheidender Fehler, es sind nicht 69 Gemeinden in Österreich, es sind schon 70. Die drei Universitätsprofessoren, die angeführt sind, haben mit ihrem Namen dafür gebürgt, dass es rechtlich möglich ist. Professor Geistlinger spricht sogar von der Möglichkeit innerhalb eines Jahres. Ich darf den Text der drei Zeilen schnell vorlesen.

Der Gemeinderat fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, im Sinne einer aktiven, glaubwürdigen Antiatompolitik den Austritt Österreichs aus Euratom, der europäischen Atomgemeinschaft, umgehend und konsequent zu betreiben. Die Atomwirtschaft soll nicht marktfähiger sein als die sinnvollere erneuerbare. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Mag. Fabisch als Antragsteller! Ich danke für den Antrag, besonders für den Zeitpunkt jetzt so kurz nach der EU-Wahl, weil gerade das Thema Euratom sehr stark die Menschen immer wieder interessiert, berührt und auch entsetzt, wie lange eigentlich dieses Relikt der Gründungsphase der EU oder EWG, oder wie sie vorher geheißen hat, einfach ein Thema ist, das energiepolitisch von besondere Relevanz natürlich für unser Land ist, weil wir bereits im Jahre 1978 mit der Anti-Zwentendorf-

Volksabstimmung eine ganz klar andere Energiepolitik seitens des Volkes gefordert haben. Und jetzt 30 Jahre danach immer noch in dieser Struktur zu hängen der EU, immer noch gefesselt zu sein durch diesen Euratom-Vertrag, wo Österreich jährlich mehr als 40 Millionen Euro an Steuergeldern, und somit auch Graz Steuergeld, investiert, um diese Technologie am Leben zu halten, die wahrscheinlich sonst nach der Unglücksserie, die es in Tschernobyl gegeben hätte, schon längst auf der Müllhalde der Geschichte gelandet wäre, dass ist eigentlich ein Wahnsinn in Zeiten wie diesen, wo das Geld, wie wir wissen alle, besonders knapp ist. Und es ist besonders eine Missachtung, weil im Antrag die SPÖ zu Demokratiereform auch drinnen gestanden ist, Bürgernähe, auf die Bürger zugehen, die Bürger einbinden, wenn man allein aus Umfragen heraus liest, dass mehr als 75 % der Österreicher gegen diesen Euratomvertrag sind, gegen ein Geld, dass in dieser Technologie EU-weit verwendet wird und sich ganz klar für eine nachhaltige ökologische ressourcenschonende Energiepolitik einsetzen. Und ich weiß zwar nicht, wie die Grünen abstimmen werden, sie haben sich ja so stark für das Grillen eingesetzt, ich weiß nicht, ob sie diesen Euratomvertrag jetzt aus Staatsräson auch noch mittragen, wer weiß es. Aber selbst, wenn sie es ablehnen, ist ihre Energiepolitik dennoch gänzlich inkonsequent, weil Sie sich nämlich gegen die regenerative, wie wir wissen, regenerative Energiepolitik am Beispiel der Wasserkraft wenden (*Applaus BZÖ*). Seitens des Bundes Zukunft Österreich, so wie wir das auch im Wiener Nationalrat postulieren, werden wir uns klar gegen diesen Euratomvertrag, wir möchten lieber heute als morgen aussteigen. Ich ersuche daher um Annahme des Antrages von Mag. Fabisch (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPÖ bekannte sich und bekennt sich auch weiterhin zu einer entscheidenden Antiatompolitik. Was nun den Euratomvertrag angeht, so werden wir weiterhin, ich habe da mit unserem Energiesprecher im Parlament, Wolfgang Katzian, heute in der früh noch telefoniert, weiterhin alle Bemühungen im Hinblick auf eine Reform des Vertrages fortsetzen, insbesondere um den Förderzweck zu eliminieren, den Schutzweg auszubauen, einen fairen Wettbewerb der Energieträger herzustellen und die Entscheidungsprozesse zu demokratisieren. Dies ist jedoch nur möglich, wenn

wir auch in der Lage sind, unsere Interessen dort zu artikulieren, sollten wir die wenigen kritischen Stimmen, zu dem auch Österreich nach wie vor zählt, gehört werden, so würden sie bei dementsprechenden Beratungen verstummen, was eine Reform noch in weitere Ferne rücken würde. Eine Forderung nach Ausstieg ist eine sehr plakative und auch verständliche von dir, Andreas, und sehr einfach scheinende, zwar werden in dem Antrag verschiedene Gutachter zitiert und bleibt es fraglich, ob dieser Ausstieg so einfach möglich wäre. Kritisch zu sehen ist, wäre es weitaus, wenn Österreich aus dem Vertrag aussteigt, aber weiter Beiträge abzuliefern hätte. Es ist ja nicht so, dass die österreichischen Zahlungen an die EU in unterschiedliche Tortenstücke segmentiert werden, das heißt, wir zahlen das Tortenstück nicht und jenes schon, das würde nur dazu führen, dass wir uns unserer Mitbestimmungsrechte berauben würden. Es ist klar, wie mitangekündigt wurde von der Grünen Fraktion ein Abänderungsantrag, den wir in der Intention für eine realistische Forderung halten, Kollegin Andrea Meixner-Pavlovec wird den Antrag einbringen. Der hätte auch unserer Meinung nach Chancen, wie ich mit unserem Delegationsleiter, dem künftigen im Europaparlament, Jörg Leichtfried, telefoniert habe, auch noch und auf europäischer Ebene diskutiert werden und sich eventuell in absehbarer Zeit auch zur Umsetzung gebracht werden können. Wir halten ihn für realistischer und einschätzbarer und damit auch umsetzbarer als den von dir, Andreas. Bitte um Verständnis (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Ja, das Thema Atomkraft ist im Zuge der Energie- und Klimaschutzdiskussion auf EU-Ebene ein wichtiges Thema, daher werden wir auch der Dringlichkeit zustimmen und zum Inhalt einen Abänderungsantrag einbringen.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich meinem Erstaunen Ausdruck verleihen, was der Herr Gemeinderat Mariacher gesagt hat und vor allem, dass er Applaus vom Herrn Gemeinderat Grosz bekommen hat zu seiner wasserkraftkritischen Äußerung, weil mir sind E-Mails bekannt von Ihnen, wo Sie den AuenschützerInnen sagen, dass Sie sie unterstützen und gegen den Kraftwerksbau sind. Ich möchte jetzt aber zum eigentlichen Thema kommen. Ich war vor einer Woche am 1. europäischen Antinuklear-Forum, wo NGOs und Expertinnen und Experten aus ganz Europa teilgenommen haben. Das ist eine Gegenveranstaltung zum Europäischen Nuklearforum, das leider zu einer Lobby-Veranstaltung der Atomenergie verkommen ist und von Tschechien und der Slowakei auch in diesem Sinne betrieben wird. Wie gesagt, da waren Expertinnen und Experten aus ganz Europa, wir haben über das Thema diskutiert, dass Atomkraft nicht klimaneutral ist, dass die Energiezukunft Europas durch Atomkraft und Atomkraftwerke nicht lösbar ist, dass nach wie vor die Endlagerung des Atommülls ungelöst ist und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den nächsten hundert Jahren viel Geld kosten wird und wir haben geredet über lösungsorientierte Ansätze, wie Energieeffizienzmaßnahmen und Forcierung erneuerbarer Energieträger. Das Thema Euratom war dort kein Thema, weil den ExpertInnen und den NGOs bewusst ist, dass das politisch nicht durchsetzbar ist derzeit bei der EU und im EU-Parlament. Daher habe ich einen Abänderungsantrag formuliert: Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich den Abänderungsantrag, der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, im Sinne einer aktiven und glaubwürdigen Anti-Atom-Politik

1. auf der EU-Ebene umgehend eine Initiative zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Energieeffizienz und Entwicklung erneuerbarer Energieträger zu starten,
2. für die teilnehmenden EU-Länder die Möglichkeit der Umschichtung von Beiträgen von Euratom zur neuen Gemeinschaft zu schaffen,
3. auf der EU-Ebene umgehend eine Initiative zur Umwandlung des Euratom-Vertrages in ein reines Kontrollinstrument im Bereich der nuklearen Sicherheit mit grenzüberschreitenden Kompetenzen sowie mit vollen Kontrollmöglichkeiten des EU-Parlaments zu starten. Ich bitte um Annahme des Antrages (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: In aller Kürze. Es ist schon angedeutet worden, auch vom Herrn Klubobmann Herper, dass es hier doch rechtliche Bedenken gibt, sofort aus dem Euratom-Vertrag auszusteigen, deswegen unterstützen wir auf jeden Fall die beiden ersten Punkte dieses Abänderungsantrages und ersuchen um getrennte Abstimmung, weil uns der dritte Punkt für die jetzige Umsetzung sehr unrealistisch erscheint und die ersten zwei Punkte durchaus eine neue Situation schaffen würden als Gegenpol zu dem Euratom-Vertrag, wo wir glauben, dass wir auf jeden Fall engagiert, so wie es auch angesprochen wurde im Bereich unserer Möglichkeiten, die Österreich bietet, hier auf jeden Fall gegensteuern könnten und nicht einen sofortigen Auszug aus diesem Vertrag befürworten wollen (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Fabisch**: Es erinnert mich bei allen EU-Initiativen, die von mir und von uns hier vorgelegt wurden, es ist der gleiche Wischiwaschi-Slalom von Grünen und SPÖ in Bezug auf den Vertrag von Lissabon. Diese Parallelen sind erschreckend, wir werden diesem Abänderungsantrag natürlich nicht zustimmen. Wenn wir den Ausstieg wollen, dann müssen wir ihn hier jetzt auch fordern (*Applaus KPÖ*) und nicht fragen, ob wir das auch dürfen. Was für Linz, für Gmunden, für Wels, für Freistadt und für Thal bei Graz gilt, das kann auch für Graz möglich sein. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

***Der Abänderungsantrag wurde im Punkt 1. mit Mehrheit angenommen.***

***Der Abänderungsantrag wurde im Punkt 2. mit Mehrheit angenommen.***

***Der Abänderungsantrag wurde im Punkt 3 mit Mehrheit abgelehnt.***

***Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 22.30 Uhr den Vorsitz.***

## 6) Petition an den Landtag Steiermark bezüglich SchuldnerInnenberatung

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Oktober im letzten Jahr habe ich in einer Anfrage die Probleme der SchuldnerInnenberatungsstelle irgendwie benannt. Es hat zwischenzeitlich zwar über das Sozialressort des Landes eine kleine Erhöhung gegeben, aber diese Maßnahmen greifen offensichtlich zu kurz, denn die Wartezeit auf eine Beratung ist nach wie vor bei sechs Monate und das bedeutet eben nach wie vor, dass betroffenen Menschen in Notlagen sehr lange warten müssen und sich ihre persönliche Situation dann auch entschieden verschlechtert.

Und die geringfügige Anhebung, die es bis jetzt gibt, hat eben deshalb auch nicht die gewünschte Wirkung, weil nämlich in der Zwischenzeit einfach die Wirtschaftskrise die Lebenssituation vieler Menschen noch stärker dramatisch verschlechtert hat

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Die Stadt Graz wendet sich in Form einer Petition an den Steirischen Landtag mit dem Ersuchen, eine bedarfsorientierte Anhebung der finanziellen Mittel bei den Schuldnerberatungsstellen vorzunehmen, um notleidende Menschen zeitgerecht beraten und insbesondere unterstützen zu können. Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! Die SchuldnerInnenberatung ist sicher gerade in dieser Zeit eine besonders wichtige Angelegenheit, weil ohne eine entsprechende Beratung, die Bürde und die Last für die Betroffenen von Tag zu Tag größer wird, sich die Schulden noch weiter erhöhen und eine Lösung in immer größere Ferne rückt. Ich mache es daher kurz, ich unterstütze diesen Antrag, weil wir eigentlich nicht warten dürfen hier, diese

Wartezeiten entsprechend zu reduzieren, und wer schnell hilft, hilft doppelt. Danke (*Applaus BZÖ*).

Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Ich hoffe auf Zustimmung, damit also den Menschen geholfen werden kann und die SchuldnerInnenberatungsstelle auch eine bessere finanzielle Ausstattung hat. Danke (*Applaus KPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Die Problematik, dass die SchuldnerInnenberatung also zu wenig Budget hat, ist uns vollständig bewusst. Auch in Anbetracht der ständig zunehmenden Privatkonkurse, und aus diesem Grund hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Kurt Flecker die freiwillige Basisförderung auch sehr erhöht und zusätzlich noch für ein Pilotprojekt, und zwar der Schuldnerhotline einen Betrag von 80.000 Euro gewährt. Es ist so, dass im Juni des Vorjahres eine Sozialreferententagung stattgefunden hat und bei dieser Sozialreferententagung ist man zur Entscheidung gekommen, dass alle Länder an den Bund herantreten, damit eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, dass auch der Bund sich finanziell an den Schuldnerberatungen beteiligt, und in diesem Sinne stelle ich jetzt namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Zusatzantrag zum Antrag von Mag.<sup>a</sup> Ulli Taberhofer: Dass parallel zu den bereits bestehenden Aktivitäten bezüglich der Verbesserung des Budgets der Schuldnerberatung – in Anbetracht der steigenden Anzahl der Privatkonkurse – an die Justizministerin herantreten wird zwecks Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Schuldnerberatung. Ich ersuche ebenfalls um Annahme des Zusatzantrages (*Applaus SPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

*Der Zusatzantrag von GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. Sprachmann wurde einstimmig angenommen.*

## **7) Umfassendes Sicherheitsprogramm für Graz**

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Antrag der Gemeinderäte Grosz, Mariacher, Schröck, Sicherheitspaket für Graz, Exekutive, Aufstockung der Planstellen, derzeitiger Stand, Drogenkriminalität, Substitolproblematik ist, glaube ich, Menschenhandel, organisierte Bettlerkriminalität ist, glaube ich, ausführlich behandelt worden, meine Standpunkte dazu sind klar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung, und hier insbesondere die Bundesministerin für Inneres, werden vom Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert, eine Aufstockung der Planstellen der Grazer Exekutivkräfte um zumindest 400 zusätzliche Polizeikräfte im Jahr 2009 zu erwirken bzw. zu veranlassen. Des weiteren wird die Bundesministerin für Inneres eindringlich ersucht, die umgehende Dienstversetzung der nach Wien dienstzugeordneten, aber in Graz familiär, sozial und gesellschaftlich beheimateten Grazer Exekutivkräfte - auf freiwilliger Basis - zu ermöglichen.

2. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelerei – zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels - im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im September 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Bürgermeister der Stadt Graz sowie die weiteren Mitglieder des Stadtsenats werden aufgefordert, einen entsprechenden Vorschlag zur Errichtung von Schutzzonen gegen die Drogenkriminalität auszuarbeiten und diesen Vorschlag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat tritt die Stadt Graz an die Sicherheitsbehörden mit dem Ersuchen heran, entsprechend dem Vorschlag der Stadt Graz geeignete Schutzzonen auf Grazer Stadtgebiet zu verordnen. Von dieser Schutzzonenverordnung sollen in erster Linie die öffentlichen Plätze der Stadt Graz, Grazer Schulen, Kindergärten, Kindertagesheime und Parkanlagen umfasst sein.
4. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert im Wege einer Petition den Bundesminister für Gesundheit auf, ein Verbot der Ersatzdroge Substitol so rasch als möglich zu veranlassen.
5. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesministerin für Inneres für die Einrichtung einer Soko-Drogen im Stadtpolizeikommando Graz mit zumindest 30 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten einzutreten.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung und bitte die Frau Vizebürgermeisterin um getrennte..., Frau Vizebürgermeisterin, bitte ich beantrage über die Punkte, die verlesenen, einzelnen fünf Punkte eine getrennte Abstimmung, auf Wunsch einiger Fraktionen zur Dringlichkeit...

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Vorausgeschickt, ich trage mich nicht mit dem Gedanken, zum BZÖ zu wechseln, damit nicht gleich wieder der große Wirbel entsteht, aber ich möchte, das sage ich gleich voraus, aber ich möchte dem Kollegen Grosz sehr herzlich zu dem

Antrag gratulieren, weil er ist sehr sachlich recherchiert, es sind natürlich sehr viele Sachen drinnen, die wir ja seit Jahren gefordert haben, aber das soll ja nichts sein, macht uns nichts, wenn es uns gemeinsam gelingt, diese Forderungen, die der Kollege Grosz hier sehr gut in diesem Antrag niedergelegt hat, in die Stadt Graz zu bringen, dann soll es uns nur sehr recht sein. Das Ganze ist ein bisschen unter dem Gesichtspunkt einer Schlagzeile des heutigen Kuriers, man kann sagen, es ist noch heute, weil in 40 Minuten ist es eh schon gestern und was gibt es Älteres als wie eine gestrige Zeitung, aber hier steht zum Beispiel drinnen, Fekter plant Bekenntnis einer Hilflosigkeit, also, wie gesagt, lieber Kollege Grosz, einer deiner Punkte befasst sich ja mit der Soko und auch mit den 400 Polizisten, die wir nicht abgeben wollen beziehungsweise die wir haben wollen dann. Man sieht auch, immerhin eine sehr große Tageszeitung teilt auch deine Befürchtungen und nicht nur deine, sondern auch unsere Befürchtungen, aber wie gesagt, wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, es hat ja sehr viele Anträge in dieser Hinsicht schon im hohen Haus gegeben, auch von uns und von meiner Person auch hie und da vorgetragen. Wir werden der Dringlichkeit selbstverständlich zustimmen und wir werden allen fünf Punkten der Dringlichkeit zustimmen, weil ich möchte mich, falls die Dringlichkeit gegeben ist, auch nicht mehr zum Inhalt melden, wir werden auch dem Inhalt voll unsere Zustimmung geben. Noch einmal herzlichen Dank für diesen Antrag und ich hoffe, falls diskutiert wird, dass er in einer sachlichen Form diskutiert wird, sondern, dass wir uns nicht wieder gegenseitig verbal zumindest, die Köpfe einschlagen, weil ich glaube, das Problem ist einfach zu wichtig und jeder, der durch Graz geht, ob das jetzt die Innenstadt ist, ob es der Volksgarten ist, ob es der Stadtpark ist, ist sich dieser Problematik bewusst dann und ich bitte auch im Namen des Antragstellers um Annahme dieses Antrages. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pogner:** Sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In gebotener Kürze: Zum Antrag gäbe es einiges zu sagen unter anderem, dass es eigentlich eine Sicherheitspartnerschaft ja schon gibt. Lieber Gerald, keine Krokodilstränen weinen, wir werden nicht überall zustimmen. Die ÖVP-Fraktion wird der Dringlichkeit bei den Punkten 1. und 4. zustimmen, die restlichen Punkte werden von uns nicht goutiert.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich muss zu dieser Frage der Abstimmung der Dringlichkeit in einzelnen Punkten ausrichten, dass entweder, also wenn man einem Punkt zustimmt, stimmt man der Dringlichkeit zu, das kann man nicht in getrennten Punkten abstimmen, das ist laut Magistratsdirektion so aus der Geschäftsordnung zu lesen. Der Antrag wird sowieso extra abgestimmt und der kann ja in Punkten abgestimmt werden, wie gehabt. Ich gehe davon aus, dass der Herr Gemeindrat Pagner jetzt damit der Dringlichkeit zugestimmt hat.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Punkt 1) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Punkt 2) des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Punkt 3) des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Punkt 4) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Punkt 5) des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

**8) Energie Graz GmbH & CO KG: Forderungen nach Reduzierung der derzeit geltenden exorbitanten Prozentsätzen an Mahnspesen**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Vizebürgermeisterin! Es geht hier um ein klassisches Thema im Schnittstellenbereich Wirtschaft – Soziales, nämlich um die Forderung nach Reduzierung der derzeit geltenden exorbitanten

Prozentsätze an Mahnspesen bei der Energie Graz, also den Strompreis betreffend. Wir sind uns, glaube ich, alle einer Meinung, dass natürlich auch Mahnungen erforderlich sind in Wirtschaftsbetrieben, weil es einfach notwendig ist, um die Zahlungsmoral aufrecht zu erhalten, ja zu stärken, aber wo wir, glaube ich, auch eine soziale Verantwortung haben für die Kunden und besonders für die sozial Schwachen ist, dass über die Mahnspesen als Teil der Nebengebühren kein Körpergeld für die Wirtschaftsbetriebe verdient werden soll, weil einfach horrenden Mahnspesen einfach nicht hinzunehmen sind. Letzter Satz, bevor ich den Antragstext verlese ist, dass wir in die Richtung kommen müssen, sozialpolitisch wirklich ein gesundes Verhältnis wieder zu schaffen zwischen den Versorgungsunternehmen und den Verbrauchern und daher die Rücknahme der Höhe der Mahnspesen, wie Sie sie auch in der beiliegenden Tabelle vorfinden, die bis zu 100 % gehen, einfach nicht mehr gegeben werden sollen in Zukunft.

Ich stelle daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

seitens der unterfertigten Gemeinderäte des BZÖ, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen,

1. der Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird umgehend ersucht, als direkter beziehungsweise mittelbarer Eigentümervertreter auf die Geschäftsführung der Energie Graz nachdrücklich einzuwirken, um die deutliche Reduzierung der derzeit geltenden Mahnspesen zu begehren beziehungsweise einzufordern.
2. In der Folge ist dem Gemeinderat unverzüglich ein Bericht über die Ergebnisse zu erstatten.

Ich bitte um Annahme des dringlichen Antrages. Danke.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind der Meinung, dass die Energie Graz sehr wohl Mittel haben muss, um die Bezahlung ihrer Rechnungen zu betreiben. Wir sind aber auch der Meinung, dass eine soziale Abfederung der Mahngebühren angebracht ist. Wir stellen daher den Abänderungsantrag: Der Bürgermeister der Stadt Graz möge auf die Energie Graz einwirken, um eine Neufassung der derzeit geltenden Mahnspesen mit der Zielsetzung zu begehren, für soziale Schwache eine gerechte und faire Regelung zu erreichen. Damit sollen die Mahngebühren für diesen Personenkreis deutlich gesenkt werden. Ähnliche Überlegungen werden bereits von E-Control und Caritas angestellt. Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich halte mich zu dieser fortgeschrittenen Stunde sehr kurz. Herr Kollege Linhart, ich zolle dir Anerkennung für deine Bemühungen hier zu fortgeschrittener Stunde, aber ich meine, doch etwas festhalten zu müssen: Mahnspesen sind sicher nie gerecht und fair, sie sind immer ungerecht und belastend. Eine soziale Staffelung, wie du sie hier forderst ist natürlich schön, aber jene, die in Zahlungsverzug kommen, sind immer finanziell schlechter gestellt, die genug Geld haben, außer sie vergessen, werden kaum in Zahlungsverzug kommen. Hier geht es ausschließlich um Personen, die in Zahlungsverzug kommen. Und da denken wir, können wir dem Energieunternehmen, dem städtischen, die Einkommensberechnung erlassen, wir sind für eine deutliche Absenkung und hier für eine einfache deutliche Regelung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber**: Ja zunächst herzlichen Dank für diesen Antrag, also das ist ein sehr wichtiger Schritt, um die sozial Schwachen zumindest in einem kleinen Bereich zu entlasten und ich hätte mir gewünscht, dass man das auch so beschließen, weil das eine einfache Regelung gewesen wäre, aber in Anbetracht des vorliegenden Antrages der ÖVP werden wir auch dem Abänderungsantrag die Zustimmung geben. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur kurz daran erinnern, dass bereits im Jänner diesen Jahres meine Kollegin Gerti Schloffer bereits einen Antrag gestellt hat, der nicht in die gleiche Richtung geht, aber wo wir damals beschlossen haben ein

Frühwarnsystem drohender Strom- und Heizungsabschaltungen in Wohnungen und ich glaube, das ist auch ein Antrag, der in eine ähnliche Richtung geht, wo nämlich sozial Schwache entlastet werden sollen, und ich möchte an dieser Stelle aber auch noch eben diesen Antrag in Erinnerung rufen und auch darauf drängen, dass dieses Frühwarnsystem eben tatsächlich auch kommen soll, wie wir es bereits beschlossen haben. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Der Abänderungsantrag von GR. Dipl.-Ing. Linhart wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **10) Ferialermächtigungen 2009**

GRin. **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn**: Es geht um die Ferialermächtigung 2009, Antrag zur dringlichen Behandlung. Namens der im Stadtsenat vertretenen Fraktionen stelle ich den dringlichen Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Da vom 26. Juni bis 23. September 2009 keine Sitzungen des Gemeinderates stattfinden, wird der Stadtsenat gemäß § 45 Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 für diese Zeit zur Beschlussfassung über Angelegenheiten, die dem Gemeinderat gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 1, 4 bis 10, 15 und 16 vorbehalten sind und deren Erledigung ohne Nachteil für die Stadt oder für einen Beteiligten keinen Aufschub duldet, ohne Vorberatungen in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen gegen nachträgliche Mitteilung an den Gemeinderat ermächtigt.

Unter gleichen Voraussetzungen wird gemäß § 5 Abs. 3 des Organisationsstatutes für die Geriatrischen Gesundheitszentren der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren sowie gemäß § 5 Abs. 3 des Organisationsstatutes für die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz und gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes für das Grazer Parkraumservice, der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe und das Grazer Parkraumservice

zur Beschlussfassung über Angelegenheiten ermächtigt, die dem Gemeinderat gemäß dem jeweiligen Organisationsstatut vorbehalten sind.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 22.55 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister! Wir stimmen der Dringlichkeit zu, allerdings, und das sage ich jetzt auch da, dem Antrag nicht, weil wir Freiheitliche dagegen sind, ich meine, es ist uns schon bewusst, dass es sich hier um eine formal notwendige Ermächtigung zur Durchführung der Geschäfte handelt auch dem Sommer über, aber wir sagen, und die Gelegenheit möchte ich da auch nutzen, dass ein Monat Ferienzeit für den Gemeinderat ausreichen sollte. Wir haben diesmal natürlich eine unglückliche Konstellation von fast drei Monaten Pause und das bei vollen Bezügen und ich glaube nicht, dass das der Stadt Graz und den Grazern gegenüber verantwortlich ist, dass wir hier der Politik in Graz etwas Gutes tun (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich möchte nur daran erinnern, dass wir ja nicht gemeinsam alle in den selben Wochen auf Urlaub gehen und die Schwierigkeit auch in den letzten Jahrzehnten war immer die, dass man halt immer schauen muss, dass möglichst alle da sind und deswegen erklärt sich das irgendwie von selbst, dass es auch, wie bisher, die Ferialverfügungen gibt und wir haben die Gemeinderatssitzungen festgelegt und es ist auch nicht so, dass in der Zwischenzeit niemand arbeitet, sondern jeder wird, wenn er seine zwei Wochen auch weg war, die restlichen sieben, acht Wochen selbstverständlich arbeiten und es ist auch immer so angedacht dass, wenn der Stadtsenat verfügbar ist, wird es eine kollegiale Beschlussfassung im Stadtsenat geben und nur in den dringendsten Fällen, wo wirklich ein Schaden der Stadt eintreten würde, würde es eine Dringlichkeitsverfügung durch den Bürgermeister geben.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*